

David Demes / Frédéric Krumbein
Taiwan

Schriftenreihe Band 11091

David Demes / Frédéric Krumbein

Taiwan

Asiens erstaunliche Demokratie

David Demes ist freier Journalist und Vizepräsident des Taiwan Foreign Correspondents' Clubs. Der studierte Chinawissenschaftler und Soziologe berichtet unter anderem für das China.Table Professional Briefing und den Tagesspiegel über Taiwans Politik und Gesellschaft sowie die Beziehungen zur Volksrepublik China. Neben seiner journalistischen Tätigkeit unterrichtet er als Lektor an der Tamkang Universität in Neu-Taipeh im Bereich Deutsch-Chinesische Übersetzung.

Frédéric Krumbein (Dr.) ist Heinrich-Heine-Gastprofessor an der Tel Aviv University. Zuvor hat er als Taiwan- und Menschenrechtsexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und als Geschäftsführer des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. gearbeitet. In seiner Forschung befasst er sich schwerpunktmäßig mit den Themen Menschenrechte in der EU, Taiwan und China, den politischen Systemen der EU, Chinas und Taiwans und den Beziehungen zwischen der EU und China sowie Taiwan.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Die Inhalte der im Text zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Autoren keine Haftung übernehmen.

Bonn 2024

© Bundeszentrale für politische Bildung

Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Projektleitung: Karen Klaffke, Lorenz Abu Ayyash, beide bpb

Lektorat: Barbara Lauer, Bonn, Karen Klaffke, bpb

Korrektur: Barbara Lauer, Bonn

Bildredaktion: Karen Klaffke, bpb

Bildredaktionelle Mitarbeit: Martine Marinow, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: © Raul Ariano / Redux / laif. Fünf junge Menschen blicken auf den Platz der Freiheit in Taipeh, in der Ferne die Nationale Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle, ein Symbol der autoritären Herrschaft der Kuomintang.

Kartografie: mr-kartographie, Eisenach

Satzherstellung und Layout: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

ISBN 978-3-7425-1091-4

www.bpb.de

Vorwort

Taiwan, offiziell Republik China (Taiwan), gewinnt seit einigen Jahren in Deutschland zunehmend an Aufmerksamkeit. Leider ist ein großer Teil dieses Interesses der Bedrohung durch die Volksrepublik China geschuldet, die Anspruch auf die Insel erhebt. Ansonsten ist Taiwan hierzulande eher unbekannt. Dabei hat Taiwan in den vergangenen 30 Jahren nicht nur einen erstaunlichen schnellen und konsequenten Wandel von einer Einparteiendiktatur hin zu einer konsolidierten Demokratie vollzogen, sondern die kleine Insel im Pazifik nimmt heute auch eine globale Schlüsselrolle in der Hightech-Industrie ein.

Dieses Buch verfolgt daher vor allem zwei Ziele. Zum einen will es den Konflikt mit der Volksrepublik China erläutern und erklären, warum und wie Taiwan durch die Volksrepublik bedroht wird. Zum anderen wollen wir die zahlreichen Facetten der taiwanischen Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft näher beleuchten, um ein besseres Verständnis für dieses faszinierende Land zu ermöglichen. Dabei haben wir die taiwanische Perspektive in den Mittelpunkt gestellt, da diese in der Wissenschaft und den Medien häufig zu kurz kommt und der Fokus meist auf China liegt.

Dies hat vor allem strukturelle Gründe: Die Taiwan-Forschung ist traditionell in der Sinologie, also den China-Studien, angesiedelt. Taiwan wird daher oft nur am Rande behandelt. Die Berichterstattung über Taiwan erfolgt zudem hauptsächlich aus den Nachbarstaaten. Es gibt zwar immer mehr freie Autor:innen, die für deutschsprachige Medien aus Taiwan berichten, aber im Regelfall müssen die wenigen Korrespondent:innen in China Taiwan nebenbei abdecken. Bei einem so riesigen Land wie der Volksrepublik bleibt da kaum Zeit für eine intensive Auseinandersetzung mit Taiwan. Die meisten von ihnen können etwa nicht öfter als ein- oder zweimal im Jahr für eine Recherchereise auf die Insel kommen. Um sich ein umfassendes Bild des Landes zu machen, reicht das kaum aus.

Durch die Informationsumgebung innerhalb der Volksrepublik ist man außerdem ständig einem sehr taiwankritischen, chinazentrischen Diskurs ausgesetzt, was auf Dauer sicher den Blickwinkel des einen oder der anderen beeinflusst. Doch Taiwan verdient mehr Beachtung; nicht nur aufgrund der Konfliktsituation mit China, sondern weil die Geschichte Taiwans sehr

vielseitig ist und die Beschäftigung mit der taiwanischen Demokratie mit-
samt seiner lebendigen Zivilgesellschaft wertvolle Erkenntnisse liefern und
aufklären kann.

Inhalt

1 Einführung	13
Im Fadenkreuz der Weltmächte	14
Regenbogeninsel	15
Insel der Vielfalt.....	16
Die schöne Insel	17
Perlenmilchtee und dunkler Drachentee.....	19
Begrifflichkeiten.....	20
2 Eine Geschichte von Besiedlung und Fremdherrschaft	23
Taiwans indigene Völker.....	24
Asiatische Kontakte und Eroberungsversuche ab dem 17. Jahrhundert.....	25
Erste Berührungen mit dem Westen	26
Der Piratenfürst Koxinga und die Herrschaft der Familie Zheng.....	29
Taiwan unter den Qing	31
Anfang vom Ende der Qing-Herrschaft.....	32
Widerstand gegen die japanische Übernahme: Die Republik Formosa.....	36

Taiwan wird Teil des japanischen Kaiserreiches.....	38
Japans Kolonialherrschaft und die indigene Bevölkerung.....	40
Übergabe Taiwans an die Republik China.....	42
Der „Weiße Terror“.....	43
Politische Liberalisierung und „Taiwanisierung“ (chin. <i>Bentuhua</i>).....	46
3 Die taiwanische Demokratie.....	49
Präsidentialrepublik mit fünf Gewalten.....	51
Demokratie und Menschenrechte.....	56
Asiens Vorreiter bei der gleichgeschlechtlichen Ehe und bei LGBTQ+-Rechten.....	57
Die Anwendung der Todesstrafe.....	60
Die Aufarbeitung von Taiwans Diktaturzeit.....	61
Die Situation der indigenen Bevölkerung.....	65
Ein demokratisches Beispiel für erfolgreiches Pandemiemanagement.....	69
4 Ein Land, das es nicht geben darf.....	79
Internationale Marginalisierung.....	83
Republik China oder Taiwan?.....	86
Der Konsens, der keiner war.....	88
Eigen- und Fremdwahrnehmung: Wer bin ich, und wenn ja, wie viele?.....	89

Was sagt das Völkerrecht?.....	94
Diplomatische Waffenruhe und Scheckbuchdiplomatie.....	94
5 Die EU und Taiwan als Werte- und Handelspartner.....	101
Die Ziele der europäischen Taiwanpolitik: Frieden, Werte und Handel.....	103
Die Instrumente der europäischen Taiwanpolitik.....	105
Der Einfluss Chinas und der USA auf die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan.....	113
Fazit.....	118
6 Hightech-Insel und Siliziumschild.....	121
Von der Agrargesellschaft zum Tigerstaat.....	123
Taiwans Aufstieg zum Marktführer im Bereich Halbleiter.....	127
Gefahren und Herausforderungen für Taiwans Wirtschaft.....	129
7 Taiwans Identität im Wandel.....	133
Aufkeimen einer taiwanischen Identität.....	135
Von einer Assimilation zur nächsten.....	136
Der 228-Zwischenfall als identitätsstiftendes Ereignis.....	136
Ethnische Spannungen: <i>Waishengren</i> und <i>Benshengren</i>	139
Trauma der <i>Waishengren</i>	140

Wiedererwachen einer taiwanischen Identität.....	142
Der Fall Chou Tzu-yu.....	145
Von einer ethnischen zu einer bürgerlichen Identität.....	147
8 Bedrohte Demokratie – Der Konflikt in der Taiwanstraße.....	151
Chinas Strategie zur Schwächung Taiwans.....	152
Szenarien einer gewaltsamen Annexion Taiwans.....	159
Nächstes Jahr, in zehn Jahren oder nie?.....	161
Die Rolle der USA als Schutzmacht Taiwans.....	163
Gegenstrategien Taiwans und seiner Verbündeten.....	166
Was können Deutschland und die EU tun?.....	172
9 Schlusswort.....	175
Zeitstrahl: Taiwan seit dem 16. Jahrhundert.....	178
Index.....	181
Bildnachweise.....	189



1 Einführung



Im Fadenkreuz der Weltmächte

Die Volksrepublik China betrachtet Taiwan laut ihrer Verfassung als Teil ihres „heiligen Territoriums“. Tatsächlich stand die Insel aber nie unter ihrer Herrschaft. Taiwan ist die erste und einzige konsolidierte Demokratie im chinesischsprachigen Kulturraum. Sie nimmt damit eine Vorreiterrolle in Ostasien ein. Auch aus diesem Grund möchte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die die Volksrepublik China diktatorisch regiert, Taiwan ihrem Machtbereich einverleiben und das dortige demokratische System zerstören. Ein weiterer Grund ist das Streben der KPCh und ihres Generalsekretärs Xi Jinping nach dem „Wiedererstarben der chinesischen Nation“. Dazu gehört auch die Wiederherstellung von Teilen des verlorenen Territoriums des chinesischen Kaiserreichs. Einige Regionen Taiwans wurden zwischen 1683 und 1895 von der Qing-Dynastie, der letzten Kaiserdynastie Chinas, regiert, seit 1885 galt die Insel als chinesische Provinz. Von 1895 bis 1945 war Taiwan eine japanische Kolonie, bevor es nach der japanischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg zur Verwaltung an die Republik China übertragen wurde (die Volksrepublik China existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht). Drittens hat Taiwan als Teil der Ersten Inselkette eine strategische Bedeutung als mögliches Tor für Chinas Kriegsmarine und Luftwaffe zum Pazifischen Ozean.

Die Volksrepublik hat eine „friedliche Wiedervereinigung“ mit Taiwan zum Ziel ihrer Politik erklärt, bedrängt aber die Insel politisch, wirtschaftlich und militärisch immer mehr und droht offen mit einer gewaltsamen Eroberung Taiwans (siehe Kapitel 8). Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass aus verbalen Drohungen und historischem Revisionismus schnell ein Krieg entstehen kann. Der Konflikt in der Taiwanstraße unterscheidet sich in vielen Punkten von dem Krieg in der Ukraine. Aber eine Parallele besteht in dem Hegemonialstreben eines autoritären und mächtigen Staates, der die Freiheit und demokratische Selbstbestimmung eines kleineren Nachbarn bedroht.

Gleichzeitig haben auch die USA ein großes Interesse an Taiwan. Die Vereinigten Staaten agieren seit dem Koreakrieg (1950–1953) de facto als Schutzmacht Taiwans. Für Washington stand anfangs vor allem die Eindämmung des Kommunismus in Asien im Vordergrund. Heute bilden die gemeinsamen demokratischen Werte sowie die strategische Bedeutung Taiwans und seine Vorreiterrolle bei der Halbleiterproduktion das Fundament der bilateralen Beziehungen. Die Insel stellt über 60 Prozent aller Halbleiter

und über 90 Prozent der weltweit fortschrittlichsten Halbleiter her, die sich in etlichen technischen Geräten finden, von Kühlschränken über Laptops bis hin zu Kampfflugzeugen. Ohne dieses „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ würde ein Stillstand in den globalen Produktions- und Lieferketten eintreten (siehe Kapitel 6).

Die taiwanische Halbleiterindustrie sowie ein gemeinsames demokratisches Werteverständnis spielen auch eine wichtige Rolle in den Beziehungen zwischen Taiwan und der Europäischen Union sowie Taiwan und Deutschland. Die EU sieht Taiwan zwar als eine sich selbst regierende demokratische Insel und unterhält de facto zwischenstaatliche Beziehungen mit ihr. Diese sind jedoch de jure keine Beziehungen zwischen souveränen Staaten und lassen sich nur vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen der EU und China und im Kontext der US-China-Rivalität verstehen (siehe Kapitel 5).

Regenbogeninsel

Taiwan gilt als Asiens liberalste und fortschrittlichste Demokratie (siehe Kapitel 3). Die Inselrepublik wird von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen als in der Region führend bei Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit bewertet und hat als erstes asiatisches Land die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert. Über 40 Prozent der Abgeordneten im Parlament sind Frauen, und im Jahr 2016 wählte das Land zum ersten Mal eine Präsidentin an die Spitze des Staates. Taiwans Vorreiterrolle in Asien bei der Gleichberechtigung der Geschlechter und den Rechten sexueller Minderheiten beruht auf einer lebendigen und konsolidierten Demokratie mit unabhängigen und starken Gerichten. Insofern verdient Taiwan nicht nur mehr Aufmerksamkeit, sondern auch größere Unterstützung als eine Gesellschaft, die unsere Werte teilt und von der Deutschland und Europa noch einiges lernen können. Ein Beispiel dafür ist Taiwans erfolgreiche Eindämmung und Kontrolle der Coronapandemie. Der Blick auf Taiwans Erfahrungen könnte helfen, um für die – hoffentlich in ferner Zukunft liegende – nächste Pandemie gerüstet zu sein (siehe Kapitel 3, „Pandemie“).

Die mehr als 23 Millionen Taiwaner:innen beweisen, dass auch eine stark vom Konfuzianismus und chinesischer Tradition geprägte Gesellschaft mit Demokratie und Menschenrechten vereinbar ist. Die Kommunistische Partei Chinas versucht der Welt das Gegenteil einzureden und wettet gegen diese sogenannten westlichen Werte. Warum allerdings der ursprünglich aus Europa

stammende Marxismus und Kommunismus sich mit chinesischen Werten übertragen, Demokratie und Menschenrechte aber angeblich nicht, bleibt dabei ebenso ein Rätsel wie die Tatsache, dass in der Geschichte Chinas viele Intellektuelle und andere Bürger:innen von einem demokratischen China geträumt haben und weiter träumen. Bis heute dient Taiwan als Projektionsfläche für viele chinesische Oppositionelle, die auf eine Demokratisierung ihres Landes hoffen.

Insel der Vielfalt

Die Geschichte des modernen Chinas beginnt mit der Gründung der Republik China durch Sun Yat-sen im Jahr 1912 nach dem Ende des chinesischen Kaiserreichs. Sun Yat-sen wird bis heute sowohl in der Volksrepublik China als auch auf Taiwan als Begründer des modernen Chinas geachtet. Die von ihm gegründete chinesische Nationalpartei, die Kuomintang (KMT), wurde zur stärksten politischen Kraft der Republik. 1921 gründete sich die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die das Ziel verfolgte, einen kommunistischen chinesischen Staat zu etablieren. In den 1930er- und 1940er-Jahren kam es zum Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten der KPCh und den sogenannten Nationalisten der KMT, der während des Zweiten Weltkriegs, in dem sich die Republik China gegen die japanische Besatzungsmacht zur Wehr setzte, von einem fragilen Waffenstillstand unterbrochen wurde. Nach dessen Ende verlor die KMT unter Chiang Kai-shek den Bürgerkrieg, und er flüchtete mit über einer Million Menschen aus seiner Anhängerschaft und seinem Militär im Jahr 1949 nach Taiwan. Die Insel wurde somit die letzte Bastion der Republik China und von der KMT bis Ende der 1980er-Jahre diktatorisch mithilfe des Kriegsrechts regiert. Nach dessen Aufhebung im Jahr 1987 begann schrittweise ein Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung mit den ersten freien Wahlen in den 1990er-Jahren. Innerhalb kurzer Zeit hat Taiwan so viele Fortschritte erzielt, dass es heute in unabhängigen Bewertungen von Menschenrechtsorganisationen und Forschungseinrichtungen Spitzenwerte bei Demokratie und Menschenrechten erzielt.

Wie in Kapitel 2 ausgeführt wird, reicht Taiwans Geschichte allerdings weit vor die chinesische Besiedlung zurück, die erst im 17. Jahrhundert begann. Vor fast fünftausend Jahren ließen sich die Vorfahren der indigenen Völker auf Taiwan nieder, von denen heute 16 auf der Insel offiziell anerkannt sind und die etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung ausmachen. Von Taiwan aus

besiedelten sie einen Großteil der Inseln des asiatisch-pazifischen Raums. Doch es gab auch eine kurze Phase der Kolonialisierung durch europäische Mächte, die Spuren hinterließ. Portugiesische, niederländische und spanische Seefahrer erreichten die Insel im 16. und 17. Jahrhundert. Die Überreste ihrer Stützpunkte lassen sich noch in Tainan im Süden und Tamsui im Norden besichtigen. Die Beziehungen zwischen Taiwan und Europa gehen entsprechend weit zurück.

Seit dem 17. Jahrhundert kamen vom chinesischen Festland in verschiedenen größeren Einwanderungswellen Menschen nach Taiwan, was die Kultur und Gesellschaft der Insel bis heute stark prägt (siehe Kapitel 7). Daher sprechen die meisten Menschen neben Taiwanisch oder der Verkehrssprache Mandarin auch andere chinesische Sprachen bzw. Dialekte wie etwa Hakka. Der Einfluss der japanischen Kolonialzeit (1895–1945) ist in zahlreichen historischen Gebäuden sichtbar, wie dem Präsidentenpalast, und den bis heute engen Beziehungen zwischen den beiden Inseldemokratien.

Neben den unterschiedlichen historischen und kulturellen Einflüssen zeigt sich die Vielfalt der Insel auch in den vielen Tempeln und Gotteshäusern. Die Mehrheit der Menschen verehrt lokale Gottheiten und folgt daoistischen, konfuzianischen und/oder buddhistischen Glaubens- und Wertvorstellungen. Hinzu kommt eine kleine, aber lebendige christliche Gemeinschaft. Muslim:innen machen etwa 0,3 Prozent der Bevölkerung aus.

Die schöne Insel

Dieses Buch ist kein Reiseführer, insofern stehen die touristischen Vorzüge Taiwans nicht im Vordergrund. Dennoch wäre das Bild unvollständig ohne ein paar Worte zur natürlichen und kulinarischen Attraktivität der Insel. Als mit den Portugiesen die ersten Europäer die Insel erreichten, taufte sie diese *Ilha Formosa*, die schöne Insel, weil sie so angetan waren von ihren grünen Bergen und dem blauen Meer. Die Ostküste bietet die schönste Natur, mit der Tarokoschlucht und der Küste in Taitung. Bäche und Flüsse, die sich durch mächtige bewaldete Berge schlängeln und eine bunte Fauna und Flora sind Charakteristika der Schlucht. In Taitung gibt es fast menschenleere weiße Strände, den blauen Pazifik und grüne Berge, auf denen Wolken wie weiße Tupfer sitzen, eingerahmt vom blauen Himmel. Der Jadeberg (engl. *Mount Yushan*) ist der höchste Berg Ostasiens. Wer von den Wanderungen durch die bewaldeten Berglandschaften Taiwans erschöpft ist, kann in einer der zahlreichen natürlichen heißen Quellen entspannen.



Blick auf Küste und Strand in Taitung, Osttaiwan, 2020

Neben der natürlichen Schönheit hat Taiwan ebenfalls viel Kultur zu bieten. Architektur, Kunst und Museen bilden eine kreative Mischung aus chinesischen, japanischen und lokalen Einflüssen ab. Im Nationalen Palastmuseum in Taipeh finden sich einige der bekanntesten Artefakte chinesischer Kunst, die Chiang Kai-shek bei seiner Flucht aus der Verbotenen Stadt in Peking mitgenommen hat. Der Präsidentenpalast und das Menschenrechtsmuseum sind Symbole der taiwanischen Demokratie. Der Präsidentenpalast, früher Sitz des japanischen Gouverneurs, dient heute als Amtssitz des demokratisch gewählten Staatsoberhauptes. Er ist zudem öffentlich und kostenlos zugänglich und zeigt die Dauerausstellung „Die Macht dem Volke“ (engl. *Power to the People*), um über Taiwans Demokratie und seine Geschichte zu informieren. Der Titel der Ausstellung weist darauf hin, dass die Taiwaner:innen selbst über ihr eigenes Schicksal entscheiden sollen. Das Nationale Menschenrechtsmuseum in zwei ehemaligen Gefängnissen für politisch Verfolgte am Rande Taipehs und auf der Grünen Insel (chin. *Lü Dao*) vor Taiwans Ostküste gedenkt der Opfer der Diktaturzeit bis Anfang der 1990er-Jahre und informiert über die Menschenrechtsverletzungen unter Chiang Kai-shek und seinen Nachfolgern. Es symbolisiert eindrücklich den Wandel Taiwans von einer Diktatur zu einer konsolidierten Demokratie.



Taiwanischer Bubble Tea auf dem Dongdamen-Nachtmarkt in der Stadt Hualien, 2019

Perlenmilchtee und dunkler Drachentee

Kulinarisch ist der vermutlich bekannteste Exportartikel der „Bubble Tea“, der im Chinesischen den poetischeren Namen „Perlenmilchtee“ trägt. Es gibt ihn in Dutzenden Variationen von Tee, Milch und den aus Tapioka hergestellten – meist schwarzen – „Perlen“ sowie anderen möglichen Zutaten wie Früchten als Saft, Gelee oder Fruchtfleisch. Taiwans ehemalige Digitalministerin Audrey Tang, die erste trans Person mit Ministeramt, hat die fast endlosen Variationen des „Perlenmilchtees“ mit der Meinungsvielfalt der taiwanischen Demokratie verglichen.

Taiwan ist aber nicht nur für seinen „Perlenmilchtee“ bekannt, sondern auch für seine lokal angebauten Teesorten, wie den dunklen Drachentee (Oolongtee), dessen feinste Blätter im taiwanischen Hochgebirge wachsen. Unvermutet sind die Vielfalt von lokal gebrauten Bieren und ein preisgekrönter Whisky, der nach einem indigenen Volk, den Kavalan, benannt ist.

Auch beim Essen findet sich eine große kulinarische Bandbreite und Qualität. Die Nachtmärkte, die es in jeder Stadt gibt, bieten eine Auswahl vieler lokaler Spezialitäten: von Austernomelette, Frühlingszwiebelpannkuchen und

stinkendem Tofu bis hin zu Süßkartoffelbällchen. Der fermentierte stinkende Tofu ist sehr schmackhaft und kann in unterschiedlicher Art und Weise zubereitet werden. Im Inneren sollte er aber immer saftig sein, und er schmeckt am besten mit knackigem eingelegtem Gemüse und salziger Chilisaucen. Süßkartoffelbällchen sind ein traditionelles Dessert; außen knusprig frittiert, sind sie innen weich und luftig.

Begrifflichkeiten

Noch ein Hinweis zu den verwendeten Begrifflichkeiten: Im Buch werden die Begriffe Volksrepublik China, Peking und China synonym für den Staat und das Territorium der Volksrepublik China verwendet. Festlandchina bezeichnet das Territorium der Volksrepublik ohne die beiden Sonderverwaltungszone Hongkong und Macao. Taiwan und die dazugehörigen kleineren Inseln werden synonym als Republik China (Taiwan), Republik China, Taipen oder Taiwan bezeichnet.

Der komplexe historische, politische und völkerrechtliche Status Taiwans wird in Kapitel 4 ausführlich beleuchtet. Aus völkerrechtlicher Perspektive erfüllt Taiwan alle Merkmale eines eigenständigen Staates, da das Land sich demokratisch selbst regiert und über ein eigenes Staatsvolk und ein eigenes Staatsgebiet verfügt und die Hoheitsgewalt über Volk und Territorium ausübt. Dennoch wird Taiwan heute von den wenigsten Staaten offiziell anerkannt und sein völkerrechtlicher Status ist trotz der objektiven Erfüllung der zentralen Merkmale von Staatlichkeit international umstritten.

Bei der Transkription chinesischsprachiger Namen haben wir uns bei historischen Personen, zum Beispiel Chiang Kai-shek, an die etablierten Formen gehalten und uns ansonsten bemüht, die Selbsttranskription der Namen von erwähnten Personen, sofern bekannt, zu verwenden. In Taiwan sind verschiedene Transkriptionssysteme von chinesischen Zeichen in das lateinische Alphabet gebräuchlich, sodass die Transkription von Personen, Institutionen und geografischen Orten variiert. Viele Personen haben zudem selbst gewählte englische Vornamen, die sie in fremdsprachlichen Kontexten verwenden.

Die deutsche Übersetzung von Zitaten erfolgte durch die Autoren. Grundlage bildete die Ausgangssprache der jeweils angegebenen Quelle.

Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir uns für eine Gendersensibilität vermittelnde Sprache entschieden haben. Um die Vielfalt real existierender und nicht eindeutiger sozialer Geschlechtsidentitäten auch

sprachlich sichtbar(er) zu machen, verwenden wir im Text den „Gender-Doppelpunkt“. Er symbolisiert eine Leerstelle, die Spielräume jenseits der starren Logik der Zweigeschlechtlichkeit (Mann/Frau) bzw. der maskulinen und der femininen Endung eines Wortes ausdrücken soll. Ausnahmen betreffen etwa historische Kontexte. Da es im Chinesischen keine sprachliche Geschlechtskennzeichnung gibt, wurde auch bei der deutschen Übersetzung der Zitate gegendert.



2 Eine Geschichte von Besiedlung und Fremdherrschaft



Taiwans Geschichte ist vielschichtig und kann aus verschiedenen Perspektiven ganz unterschiedlich erzählt werden. In Europa hat lange Zeit eine chinazentrische Geschichtsschreibung unsere Vorstellung von Taiwan bestimmt. Wenn es nach dem Verständnis mancher westlicher Kolumnist:innen ginge, könnte man meinen, Taiwan sei vor 1945 ein unbewohnter Fels gewesen, der erst durch Chiang Kai-shek und seine nationalistischen Truppen besiedelt wurde. Tatsächlich lebten damals wie heute neben chinesischen Siedler:innen auch viele indigene Volksgruppen auf Taiwan und seinen vorgelagerten Inseln. Ihre Geschichte lässt sich anhand archäologischer Funde mehrere Tausend Jahre zurückverfolgen.

Die erste menschliche Besiedlung Taiwans begann bereits vor über 25000 Jahren. Damals war die heutige Insel noch über eine Landbrücke mit dem Festland verbunden. Tiere und Menschen konnten sie so problemlos bevölkern. In einigen Höhlen an der Ostküste Taiwans wurden Überreste einer solchen frühen Kultur gefunden. Gegen Ende der letzten Eiszeit wurde die Landbrücke überspült, als die Gletscher zu schmelzen begannen und die Meeresspiegel langsam anstiegen.

Taiwans indigene Völker

Spätere Siedler:innen erreichten Taiwan über das Wasser. Dazu gehörten wohl auch die Vorfahren der heute in Taiwan lebenden indigenen Völker (chin. *Yuanzhu minzu*), die sich vor mindestens 4800 Jahren auf der Insel niederließen. Bis heute leben mehr als 25 indigene Volksgruppen auf der Hauptinsel Taiwan und der vorgelagerten Orchideeninsel (chin. *Lan Yu*). Vor allem die im Flachland lebenden Indigenen wurden wiederholt von Siedler:innen vertrieben. Viele von ihnen sind in der Han-chinesischen Mehrheitsgesellschaft aufgegangen und haben ihre Sprachen sowie einige ihrer kulturellen Eigenheiten im Laufe der Jahrhunderte verloren. In Taiwan erinnern heute teilweise noch Orts- und Straßennamen an sie. So ist die große Prunkstraße vor dem Präsidentenpalast nach dem Volk der Ketagalan benannt, das bis ins 19. Jahrhundert in Nordtaiwan lebte. Heute sind 16 indigene Gruppen, die insgesamt ca. 600000 Menschen umfassen, offiziell anerkannt. Andere kämpfen noch um staatliche Anerkennung und die damit verbundenen Rechte und Ressourcen.

In ihrer mündlichen Überlieferung berichten fast alle indigenen Völker Taiwans von sogenannten kleinen schwarzen Menschen, die sie entweder als ihre

ehemaligen Feinde oder als ihre Vorfahren bezeichnen. Das Volk der Saisiyat, das im Nordwesten der Insel zu Hause ist, hält bis heute alle zwei Jahre eine mehrtägige Zeremonie zu Ehren dieses Urvolkes ab. Von der Wissenschaft wurden die mündlichen Überlieferungen der Saisiyat und anderer indigener Gruppen lange Zeit nicht ernst genommen. Erst 2022 wurde bei einer Untersuchung eines bereits 1988 in einer Höhle in Osttaiwan entdeckten Skeletts festgestellt, dass es sich dabei um einen Vorfahren jener ethnischen Gruppen mit dunklerer Hautfarbe und kleinerer Statur handeln könnte, die bis heute in einigen Ländern Südostasiens beheimatet sind. Für viele Indigene ist der Fund ein später Beweis ihres tradierten Wissens von den „kleinen schwarzen Menschen“.

Taiwans Indigene sind vermutlich die Urahnen zahlreicher austronesischer Völker im Indopazifik. Genanalysen sowie kultur- und sprachwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Taiwans Indigene zwischen 1500 und 1000 v. Chr. erst die Philippinen besiedelten und sich im Laufe der Jahrhunderte dann weiter ausbreiteten (sog. *Austronesian Expansion*): im Süden bis nach Neuseeland, im Westen bis nach Madagaskar und im Osten sogar bis zu den Osterinseln vor der Küste Südamerikas. In Taiwan sahen sich die Indigenen seit dem 16. Jahrhundert derweil immer öfter mit Eindringlingen konfrontiert, die die Insel unter ihre Herrschaft bringen wollten.

Asiatische Kontakte und Eroberungsversuche ab dem 17. Jahrhundert

Im Laufe der Jahrhunderte kamen immer wieder Menschen vom chinesischen Festland nach Taiwan, die sich aber meist nur für einige Monate im Jahr auf der Insel aufhielten. Im 17. Jahrhundert waren das neben Fischern auch immer häufiger chinesische Seeräuber, die mit japanischen Piraten zusammenarbeiteten. Nachdem die chinesische Ming-Dynastie (1368–1644) gegen Ende des 14. Jahrhunderts ein Verbot von Seefahrt und Seehandel ausgesprochen hatte, um sich vor Einflüssen aus dem Ausland zu schützen, mussten die Händler, die den Handel zwischen Japan und China bedienten, einen neuen Stützpunkt für ihre Geschäfte finden. Die zwischen China und Taiwan gelegenen Penghu-Inseln (auch *Pescadores* oder *Pescadoren* genannt), auf denen es bereits eine größere chinesische Gemeinde gab, boten sich dafür an. Als die Ming später jedoch ihre Stellungen auf den Penghu-Inseln verstärkten, um den japanischen Einfluss in der Region zurückzudrängen, verlegten Händler und Piraten ihre Aktivitäten von Penghu nach Taiwan.

Ab wann verschiedene chinesische Dynastien von Taiwan wussten und ein strategisches Interesse an der Insel entwickelten, ist umstritten. Die früheste gesicherte chinesische Beschreibung Taiwans findet sich in der Zeit der Ming-Dynastie. Im Jahr 30 der Regierung des Wanli-Kaisers (1603) führte der General Shen Yu-jung eine Flotte von 24 Schiffen nach Taiwan an, um japanische Seeräuber zu vertreiben, die jahrelang die chinesische Küste unsicher gemacht hatten. Ein Mitglied seiner Mannschaft, der Militärexperte und Sprachwissenschaftler Chen Ti, veröffentlichte anschließend einen Bericht über seine Erlebnisse. In seinen „Aufzeichnungen über die östlichen Barbaren“ (chin. *Dongfan Ji*) beschreibt Chen detailliert das Leben und die Gesellschaft der Indigenen in Südtaiwan. Da Shens Truppen nur etwa 20 Tage auf der Insel verbrachten, stammten die meisten seiner Informationen für die Abhandlung aber vermutlich von chinesischen Fischern und Seeleuten, die regelmäßig mit den Indigenen Tauschhandel trieben.

Auch in Japan hatte man früh ein Auge auf Taiwan geworfen. Bereits 1593 forderte der japanische General Toyotomi Hideyoshi Taiwan (jap. *Takasago*, dt. das Land der hohen Berge) in einem Brief dazu auf, Tribut an ihn zu entrichten. Seine Emissäre konnten in Taiwan aber keinen Empfänger finden und kehrten mit leeren Händen nach Japan zurück. Auch Toyotomis Nachfolger Tokugawa Ieyasu hatte Interesse an der Insel. 1616 entsandte er 3000 Soldaten, um Taiwan zu unterwerfen. Es war einem Taifun zu verdanken, dass sein Plan fehlschlug. Nur ein einziges Schiff erreichte die taiwanische Küste, seine Mannschaft wurde alsbald von Indigenen getötet. Weil die Ming-Dynastie in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ihr Seeverbot lockerte und die Kontrolle über die Seewege verstärkte, gab Japan vorerst seine Pläne auf, Taiwan zu erobern. 1641 schottete sich Japan unter dem Tokugawa-Shogunat schließlich für die nächsten 200 Jahre gänzlich nach außen ab.

Erste Berührungen mit dem Westen

Früheste Erwähnung in einer westlichen Quelle findet Taiwan in einem Logbuch portugiesischer Seefahrer, in dem die Insel 1544 nach einer Vorbeifahrt als *Ilha Formosa* (dt. schöne Insel) beschrieben wurde. Den ersten physischen Kontakt mit Europäern hatte Taiwan aber erst einige Jahre später, als im Jahr 1582 ein portugiesisches Handelsschiff auf dem Weg von Macao nach Japan vor der Küste Taiwans Schiffbruch erlitt. Nachdem sich die Überlebenden auf die Insel retten konnten, trafen sie schnell auf indigene Inselbewohner:innen.

Europäische Kolonien auf Taiwan 1624–1668



Kaiserreich CHINA

bis 1644 Ming-Dynastie
ab 1644 Qing-Dynastie

Formosastraße
(Taiwanstraße)

Pescadores
(Penghu)
1622–24

Niederländisch-
Formosa
1624–68

Südchinesisches
Meer

Besitzungen der Niederländischen Ostindien-Kompanie

- Niederländisch-Formosa
- indigenes Gebiet unter niederländischer Oberherrschaft

Besitzungen der Spanischen Krone

- Spanisch-Formosa, ab 1642 niederländisch

1624–62 Dauer der Herrschaft europäischer Staaten

Landdag Gebiet eines „Landdags“ (jährliche Massenversammlung niederländischer Kolonisten und indigener Völker)

- Befestigungsanlage
- städtische Siedlung; Dorf indigener Völker

Quelle:
Chiu, H.H., "The colonial 'civilizing process' in Dutch Formosa 1624-1662", 10. Mai 2007
<https://hdl.handle.net/1887/11953>

Zwar waren die Portugiesen die ersten Europäer, die in Taiwan an Land gingen, sie hinterließen auf der Insel aber keine Spuren. Sobald die Wetterverhältnisse es zuließen, kehrten sie nach nur 75 Tagen wieder nach Macao zurück.

Es war die niederländische Ostindien-Kompanie (ndl. *Vereenigde Oostindische Compagnie*, VOC), die sich 1624 nach militärischen Niederlagen in Macao und Penghu im Süden Taiwans etablierte und im Gebiet des heutigen Tainans zwei militärische Befestigungen errichtete. Überreste dieser beiden Festungen, Fort Zeelandia und Fort Provintia, existieren noch heute. Die VOC betrieb aktiv die Ansiedlung von Festlandchines:innen in Taiwan. Als Anreize bot sie ihnen kostenloses Ackerland, Steuerfreiheit und die Bereitstellung landwirtschaftlicher Nutztiere, wie Wasserbüffel. Mehrere Tausend folgten dem Aufruf und ließen sich in der Gegend um das heutige Tainan nieder, um Zuckerrohr- und Reisfelder anzulegen und zu bewirtschaften. Dies war der Beginn der groß angelegten Besiedlung der Insel.

Außer im Handel betätigten sich die Niederländer auch in missionarischer Arbeit. Niederländische Priester eröffneten Schulen in indigenen Dörfern und entwickelten Schriftsysteme für die Sprachen der indigenen Bevölkerung.

Als Antwort auf die niederländischen Aktivitäten errichteten die Spanier 1626 und 1628 zwei Befestigungen im Norden Taiwans. Die dort stationierten Soldaten hatten allerdings immer wieder mit Krankheiten und einer feindlich gesinnten indigenen Bevölkerung zu kämpfen, sodass sie das Fort Santo Domingo in Tamsui (heute New Taipei City) bereits 1637 aufgeben mussten. Die



Fort Zeelandia, errichtet von der niederländischen Ostindien-Kompanie (VOC) in den Jahren 1624 bis 1634 im Süden Taiwans, niederländischer Kupferstich, zeitgenössisch

kleine Festungsanlage diente im 20. Jahrhundert als Sitz des britischen Konsulats und kann auch heute noch besichtigt werden. Nach einer sechs Tage andauernden Schlacht mit den Niederländern um das Fort San Salvador in der nördlichen Hafenstadt Keelung mussten sich die Spanier im Jahr 1642 schließlich ganz von der Insel zurückziehen.

Der Piratenfürst Koxinga und die Herrschaft der Familie Zheng

Die niederländische Präsenz auf Taiwan endete, als der Sohn eines chinesischen Piraten und einer Japanerin die VOC von der Insel vertrieb: Zheng Chenggong, im Westen vor allem unter dem Namen Koxinga bekannt. 1644 war die Ming-Dynastie von mandschurischen Eroberern gestürzt worden, die daraufhin die Qing-Dynastie, Chinas letzte Kaiserdynastie, begründeten. Unter ihrer Herrschaft wurden die Han-Chines:innen, die bis heute größte Volksgruppe Chinas, als Bürger:innen zweiter Klasse behandelt und unterdrückt. Zheng Chenggong führte den Widerstand gegen die Fremdherrschaft der Qing in Südchina an, scheiterte aber mit seinem Versuch, die Ming-Dynastie wiederherzustellen. Um die immer schwieriger werdende Versorgung seiner Truppen langfristig zu gewährleisten, entschloss er sich im Jahr 1661, seinen Stützpunkt nach Penghu und Taiwan zu verlegen. Im Frühjahr erreichte Zheng mit einer Streitmacht von 25 000 Soldaten die niederländische Kolonie in Südtaiwan und überzog die Niederländer monatelang mit Angriffen, bis sie Anfang 1662 aufgeben und sich aus Südtaiwan zurückziehen mussten. 1668 verließen sie schließlich auch Keelung in Nordtaiwan.

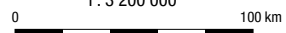
Während sich die Niederländer mit der neuen Qing-Regierung zusammaten, um Zheng den Zugang zur chinesischen Küste zu verwehren, festigte dieser seine Herrschaft über Taiwan und gründete das Königreich Tungning. In der Unterdrückung der Indigenen stand Zheng seinen Vorgängern in nichts nach, sodass es bald zu Auseinandersetzungen kam. Zhengs 25 000 Mann starke Truppen und ihre 5 000 Angehörigen sorgten für einen enormen Bevölkerungsdruck. Zu diesem Zeitpunkt lebten in ganz Taiwan nur etwa 100 000 Menschen, und die Landwirtschaft der Insel war nicht auf die Versorgung von zusätzlichen 30 000 Menschen ausgelegt. Die Aufstände der Indigenen gegen Zhengs Herrschaft wurden von dessen Truppen brutal niedergeschlagen und in seinem Namen ganze Stämme ausgelöscht. Historisch gut belegt ist zum Beispiel der Massenmord am Salagh-Dorf (chin. *Shalu*) im heutigen Taichung, von dessen mehreren Hundert Bewohner:innen nur sechs Personen überlebten.

Das Königreich von Tungning (1662–1683)



- Eroberungsfeldzüge und Militärkampagnen der Zhengs gegen Niederländisch-Formosa und indigene Völker
- Königreich Tungning
- Einflussbereich des Königreichs Tungning
- Siedlungsgebiete der Han-Chinesen
- Hauptstadt des Königreichs Tungning
- Dorf
- ◆ Kapitulation des Königreichs Tungning am 3. Oktober 1683, Machtübernahme durch die Qing-Dynastie

1 : 3 200 000



© mr-kartographie, 2024

Obwohl Zheng bei der Gründung seines Königreiches versprochen hatte, das Land der Indigenen unangetastet zu lassen, führte sein Sohn nach Zhengs Tod 1662 eine Bodenreform durch und zog große Gebiete ein, die zuvor in indigener Hand gewesen waren. Die Kinder der Indigenen wollte er außerdem sinisieren. Zu diesem Zweck eröffnete er in vier Dörfern Schulen, in denen sie chinesische Sitten und die chinesische Sprache erlernen sollten. Zhengs Enkel, Zheng Keshuang, verlor 1683 schließlich gegen eine Großoffensive der Qing und musste sich ergeben. Nach 23 Jahren endete damit die Herrschaft der Zhengs und Teile der Insel fielen für die nächsten 212 Jahre in den Herrschaftsbereich der mandschurischen Qing-Dynastie. Das Königreich Tungning war das erste Han-chinesisch dominierte politische Gebilde auf Taiwan.



Die Koxinga-Statue in der chinesischen Küstenstadt Xiamen blickt gen Taiwan. Der General wird von Peking heute zur Legitimierung chinesischer Gebietsansprüche herangezogen, da er 1662 erstmals eine chinesische Herrschaft auf Taiwan etablierte. November 2007

Taiwan unter den Qing

Nach dem Sieg der Qing-Dynastie war die Zukunft Taiwans vorerst ungewiss. Am kaiserlichen Hof entbrannte eine Debatte: Sollte man eine Präsenz auf der Insel beibehalten oder Taiwan aufgeben? Schließlich entschied sich der Kangxi-Kaiser im April 1684, der Empfehlung seines Generals Shi Lang zu folgen, der das Königreich Tungning für die Qing erobert hatte und Taiwan als „Schutzschirm“ für Chinas Küstenregionen ansah. So wurden die südlichen Gebiete, die die Qing-Truppen kontrollierten, schließlich zu einer Präfektur der Provinz Fujian. Damit sollte verhindert werden, dass sich erneut Widerstand gegen den Thron oder Piraten auf der Insel organisieren konnten.

Insgesamt verfolgten die Qing in Taiwan eine eher passive Politik. Die Befriedung und Verwaltung der Insel sollten der Staatskasse am besten keine Mehrkosten verursachen. Um einer Überbevölkerung der Insel vorzubeugen, die möglicherweise zu Nahrungsmittelknappheit und Konflikten mit den Indigenen geführt hätte, wurde während der ersten hundert Jahre der Qing-Herrschaft die weitere chinesische Besiedlung stark begrenzt. Selbst Beamte und

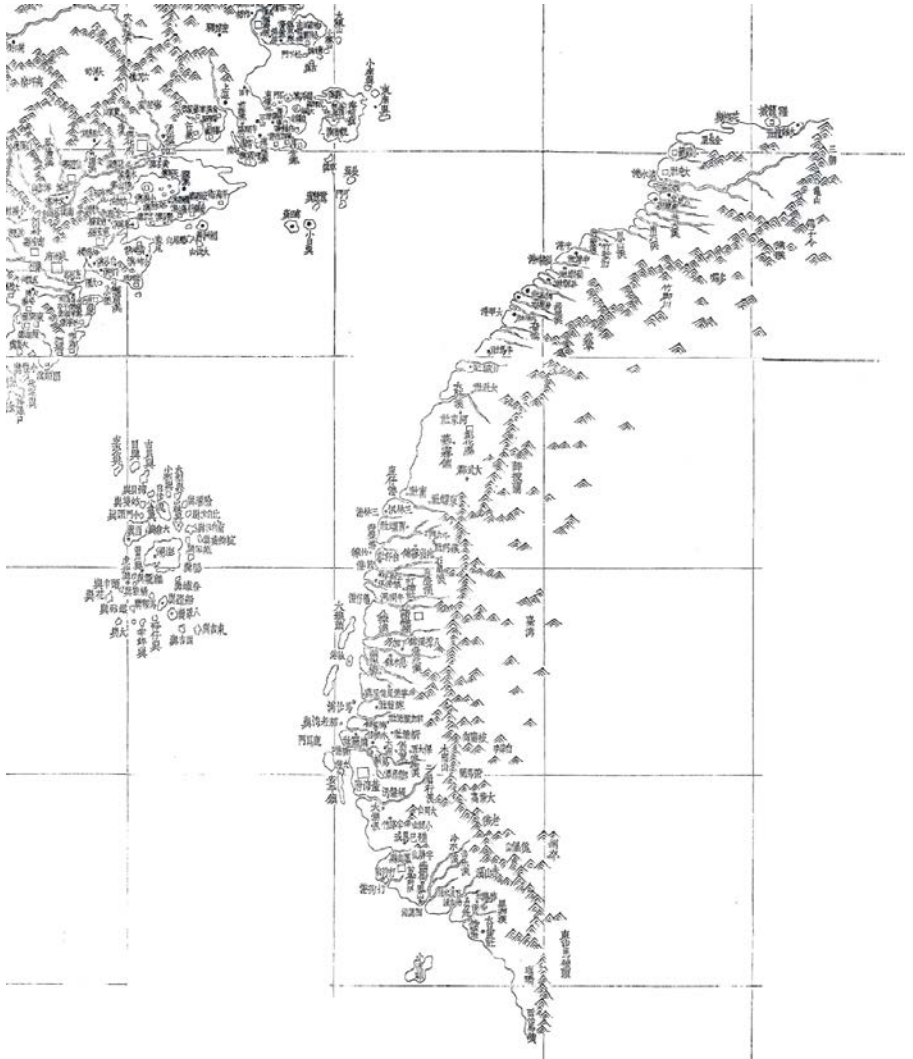
Militärpersonal durften ihre Familien nicht nach Taiwan mitbringen. 1790 wurde das Einwanderungsverbot zwar etwas gelockert, doch erst 1875 wurden alle Einreisebeschränkungen vollständig aufgehoben. Dass Taiwans Bevölkerung zwischen 1811 und 1892 trotzdem von 1,95 Millionen auf 2,55 Millionen Menschen wuchs, lag vor allem an der Emigrationswelle, die durch die Verhältnisse auf dem chinesischen Festland ausgelöst wurde. Überbevölkerung und Nahrungsknappheit ließen viele Han-Chines:innen aus Südchina ihr Glück fern der Heimat suchen. Die Gründung vieler chinesischer Gemeinschaften in Südostasien, deren Spuren bis heute in den sogenannten *China Towns* vieler Städte zu finden sind, lässt sich vor allem in diese Zeit zurückverfolgen.

Obwohl die Qing-Behörden das Betreten indigenen Bodens verboten hatten, kam es immer wieder zu Gebietsverletzungen durch chinesische Siedler. Wenn sie Land nicht durch Tauschhandel erwerben konnten, dann nahmen sie es sich häufig auch mit Gewalt. Eine weitere Strategie der oft alleinstehenden Siedler war es, indigene Frauen zu heiraten, um über Erbschaft in den Besitz von Land zu kommen. Zudem wurden die Indigenen von den Qing vermehrt zu Arbeitseinsätzen herangezogen.

In der zentraltaiwanischen Ebene hatte es spätestens seit Mitte des 17. Jahrhunderts eine stammesübergreifende Gemeinschaft gegeben, die die Niederländer als Königreich Middag bezeichneten und die weitgehend mit ihnen kooperiert hatte. Dort kam es zwischen 1731 und 1732 zum größten Aufstand der indigenen Bevölkerung gegen die Qing-Herrschaft, der allerdings in der Folge auch das Ende des Königreichs bedeuten sollte. Um den Aufstand niederzuschlagen, brachte der Hof mit einhundert Schiffen militärisches Gerät und 6000 Soldaten nach Taiwan. Angesichts dieser Übermacht mussten sich nach einem siebenmonatigen Kampf auch die letzten Dörfer ergeben. Dreizehn Anführer wurden hingerichtet und ihre Köpfe als Warnung zur Schau gestellt. Die verbliebenen Flachland-Indigenen (chin. *Pingpuzu*) vermischten sich im Laufe der nächsten zweihundert Jahre immer mehr mit den chinesischen Siedlern. Bis heute kämpfen die Angehörigen dieser Gruppen um staatliche Anerkennung (siehe Kapitel 3, „Indigene Bevölkerung“).

Anfang vom Ende der Qing-Herrschaft

Der Herrschaftsbereich der Qing-Behörden konzentrierte sich hauptsächlich auf die Westküste der Insel. Die Ostküste und die zentralen Bergregionen standen auch weiterhin unter der Kontrolle der indigenen Völker und waren *Terra incognita* für die chinesischen Siedler. Karten aus dieser Zeit zeigen Taiwan daher



Chinesische Karte Taiwans während der Qing-Dynastie im ersten Jahr der Herrschaft des Yongzheng-Kaisers, 1723

nur unvollständig. Zwei Schlüsselereignisse in den 1860er- und 1870er-Jahren schließlich offenbaren, wie wenig Macht die Qing tatsächlich über die indigenen Gebiete ausübten: der „Rover-Zwischenfall“ von 1867 und der „Mudan-Zwischenfall“ von 1874.

Im März 1867 verunglückte das amerikanische Handelsschiff Rover vor der Küste der Hengchun-Halbinsel im äußersten Süden Taiwans. Dreizehn Überlebende, die im Gebiet des Paiwan-Volkes an Land gingen, darunter auch der Kapitän und seine Frau, wurden von Indigenen getötet, vermutlich aus Rache für einen früheren Mord an Stammesangehörigen durch andere Ausländer. Ein 14. Mitglied der Mannschaft, ein Matrose aus Kanton, konnte sich retten und die Behörden über die Geschehnisse informieren. Die Tatsache, dass er sich bis nach Kaohsiung durchschlagen musste, um einen chinesischen Beamten zu finden, zeigt, dass die Macht der Qing zu diesem Zeitpunkt kaum in Taiwans indigene Gebiete hineinreichte.

Der „Mudan-Zwischenfall“ (benannt nach einem der involvierten Paiwan-Dörfer) begann ebenfalls mit einem Schiffbruch. Im Dezember 1871 sank ein Schiff von den Ryūkyū-Inseln kommend, einer Inselkette, die Japans Hauptinseln mit Taiwan verbindet und von Japan beansprucht wurde, vor der Südwestküste Taiwans. Von den 66 Überlebenden wurden 54 von indigenen Kriegern getötet. Den Vorfall nutzte Japan als Vorwand, um seine Gebietsansprüche auf die Ryūkyūs international zu legitimieren. Obwohl Ryūkyū zu diesem Zeitpunkt noch ein unabhängiges Königreich war, verlangte Japan vom Qing-Hof Rechenschaft für den Tod der Seeleute aus Ryūkyū. Das Qing-Außenamt (chin. *Zongli Yamen*) lehnte aber jede Verantwortung für die Handlungen der indigenen Bevölkerung Taiwans ab und argumentierte gegenüber den Japanern, dass die Indigenen „außerhalb unseres Rechtssystems und unserer Zivilisation“ stünden. Peking gab Japan schließlich freie Hand bei der Bestrafung der Schuldigen. Im Mai 1874 schickte das japanische Militär daraufhin eine Strafexpedition nach Südtaiwan. Erst im Dezember desselben Jahres, nachdem China sich zu Reparationszahlungen bereit erklärt und die japanische Herrschaft über die ehemals im chinesischen Einflussbereich liegenden Ryūkyūs akzeptiert hatte, zogen sich Japans Truppen wieder zurück.

Die letzten 20 Jahre

Nach dem Mudan-Zwischenfall erklärten die Qing-Behörden in den letzten 20 Jahren ihrer Herrschaft über Taiwan offiziell das Ziel, die „Berge zu erschließen und die Wilden zu befrieden“ (chin. *Kai shan fu fan*). Doch auch wenn die

Unterdrückung und Vertreibung der indigenen Bevölkerung die Erschließung und wirtschaftliche Nutzbarmachung großer Gebiete ermöglicht hatte, gelang es den Qing nie, die indigenen Gebiete vollständig zu unterwerfen. Und selbst innerhalb ihres Herrschaftsbereichs war die Autorität der Qing nicht unangefochten, denn auch die Siedler:innen sorgten immer wieder für Unruhen. Während der Qing-Zeit kam es zu mehr als hundert bewaffneten Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der chinesischen Siedlungsgemeinschaften. Dabei ging es vor allem um wirtschaftliche Interessen, um die Verteilung von Land und Ressourcen. Die Behörden waren nur begrenzt in der Lage, die öffentliche Ordnung zu wahren.

1883 wurde der chinesische Militär Liu Mingchuan (1836–1896) mit der Verteidigung der Insel betraut und nach Taiwan entsandt. Als die Franzosen während des Sino-Französischen Krieges (1884–1885) versuchten, den Norden Taiwans zu erobern, führte Liu die Qing-Truppen persönlich in die Schlacht. Frankreichs Versuche, auf Taiwan Fuß zu fassen, machten den Qing erneut die strategische Bedeutung der Insel bewusst. Aus diesem Grund wurde Taiwan 1885 in den Rang einer chinesischen Provinz erhoben und Liu Mingchuan zu ihrem ersten Gouverneur ernannt.

In seinem neuen Amt legte Liu großen Wert auf Modernisierung und machte die Insel innerhalb weniger Jahre zu einer der technologisch fortschrittlichsten



Streckenkopf der von Liu Mingchuan gebauten Eisenbahnlinie in Taipeh, links das damalige Kaiserliche Deutsche Konsulat für Formosa, 1898

Provinzen des Reiches. Unter seiner Führung wurde 1887 die erste Eisenbahnstrecke eröffnet. Sie führte von der Hafenstadt Keelung über Taipeh bis nach Hsinchu. Zwei der drei auf der Strecke eingesetzten Lokomotiven kamen aus deutscher Produktion. Außerdem wurde eine Telegrafienverbindung von Tamsui nach Tainan geschaffen und ein Unterseekabel nach Fuzhou auf dem chinesischen Festland verlegt, um den Informationsfluss zwischen Taiwan und der Reichsregierung zu stärken. Das Zentrum der Verwaltung wurde nach der offiziellen Provinzgründung 1885 außerdem aus dem historischen Tainan nach Taipeh verlegt.

Vertrag von Shimonoseki: Taiwan fällt an Japan

Obwohl Liu Mingchuan die Modernisierung der Insel mit großem Tempo vorantrieb, hatte der Mudan-Zwischenfall im Ausland den Eindruck verstärkt, das Qing-Kaiserreich sei nicht in der Lage, Taiwan effektiv zu beherrschen. Dieses augenscheinliche Machtvakuum erweckte Begehrlichkeiten. Das benachbarte Japan hatte sich im Rahmen seiner Industrialisierung und der sogenannten Meiji-Restauration politisch und militärisch modernisiert. Die dortigen Machthaber wollten verhindern, dass westliche Mächte die Schwäche der Qing ausnutzen und Taiwan und Korea unter ihre Kontrolle bringen konnten. Gleichzeitig hatten die Japaner auch Interesse daran, sich nach dem Modell des westlichen Imperialismus Ressourcen zu sichern und den eigenen Machtbereich auszubauen. Im Ersten Sino-Japanischen Krieg (1894–1895) konnte Japan seine neu gefundene Stärke erfolgreich testen. In seinem Verlauf drängte es Chinas Einfluss in Korea zurück und drang mit seinen Truppen bis tief in die Mandschurei vor. Die Qing mussten schließlich weitreichende Zugeständnisse machen. Im sogenannten Vertrag von Shimonoseki wurde Peking im April 1895 gezwungen, die Unabhängigkeit Koreas formell anzuerkennen sowie Taiwan und die Penghu-Inseln „für immer und ewig“ an Japan abzutreten. Taiwan und seine Bewohner:innen wurden so erneut zum Spielball großer Mächte.

Widerstand gegen die japanische Übernahme: Die Republik Formosa

Einen Monat nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen den Qing und dem japanischen Kaiserreich in Shimonoseki regte sich in Taiwan Widerstand. Gemeinsam mit dem letzten Qing-Gouverneur der Insel, Tang Ching-sung, erklärte die taiwanische Oberschicht ihre Absicht, sich gegen die bevorstehende Übernahme

durch Japan zur Wehr zu setzen. Es ging dabei weniger um die Selbstbestimmung des taiwanischen Volkes an sich, sondern vielmehr darum, Zeit zu gewinnen, um für ein internationales Eingreifen zu werben. So wurde die ursprünglich ebenfalls an Japan abgetretene Liaotung-Halbinsel in Nordost-China nach einem Eingreifen Russlands, Frankreichs und Deutschlands zum Beispiel an China zurückgegeben. Ähnliche Hoffnungen für Taiwan wurden allerdings enttäuscht.

Am 23. Mai 1895 erklärte die Gruppe um Tang Ching-sung die Gründung der „Republik Formosa“ (oder „Demokratische Republik Taiwan“, chin. *Taiwan Minzhuguo*). Tang wurde ihr erster Präsident. In seiner Antrittsrede beschwor er jedoch seine Loyalität zur Qing-Dynastie und betonte, dass Taiwan chinesisches Territorium sei. Bereits wenige Tage später landeten japanische Truppen an der Küste, um die Insel offiziell zu übernehmen. Der Widerstand der republikanischen Streitkräfte war nur von kurzer Dauer. Nachdem die Hafenstadt Keelung gefallen war, floh Präsident Tang nach China. Die von ihrem Anführer zurückgelassenen Soldaten begannen in der Hauptstadt Taipeh zu marodieren, sodass die Taipeher Bürgerschaft schließlich selbst die Stadttore öffnete und die Japaner bat, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Die Eroberung des Südens stellte sich derweil als deutlich schwieriger heraus. Während die japanischen Truppen nur zehn Tage brauchten, um Taipeh einzunehmen, dauerte es ca. drei Monate, bis sie die in Südtaiwan gelegene Stadt Changhua einnehmen konnten. Auch General Liu Yung-fu, der sich nach Tangs Flucht zum Präsidenten der Republik Formosa erklärt hatte, entzog sich den vorrückenden japanischen Truppen. Als Tagelöhner verkleidet flüchtete er auf einem britischen Handelsschiff nach China. Einen Monat später, am 19. November, informierte die japanische Armee die Regierung in der Heimat, dass Taiwan „befriedet“ und in Besitz genommen sei.

Obwohl die Republik kein ernst zu nehmender Versuch einer taiwanischen Unabhängigkeit war, ist das Motiv ihrer Flagge, ein gelber Tiger auf blauem Grund, heute wieder vermehrt auf T-Shirts und anderen Gegenständen zu sehen. Die einzige erhaltene Flagge der Republik Formosa befindet sich heute in der Sammlung des Nationalen Taiwan Museums in Taipeh.



Rekonstruktion der Flagge der Republik Formosa

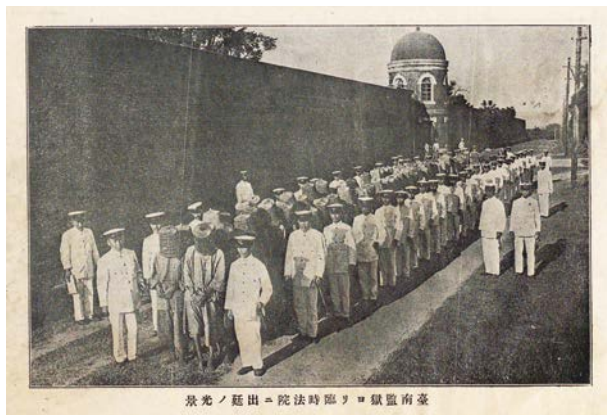
Taiwan wird Teil des japanischen Kaiserreiches

Von 1895 bis zur japanischen Kapitulation im Jahr 1945 war Taiwan Teil des japanischen Kaiserreiches. In diesen 50 Jahren versuchte Japan, Taiwan zu modernisieren und zu einer Modellkolonie auszubauen. Die Spuren dieser Epoche, von verlassenen Zuckerraffinerien im Süden bis hin zur renommierten National Taiwan University und dem Präsidentenpalast in Taipeh, sind noch heute überall im Land sichtbar. Die von Japan vorangetriebene Modernisierung und Infrastrukturentwicklung trug zweifellos zur Verbesserung des Lebensstandards vieler Taiwaner:innen bei. Japanische Geografen, Biologen und Anthropologen leisteten bedeutende Beiträge zum Verständnis Taiwans. Viele Elemente der japanischen Kultur leben bis heute in Taiwan weiter. So brachten die Japaner zum Beispiel Baseball nach Taiwan, das heute auf der Insel als Nationalsport gefeiert wird. Im Gegensatz zu Korea ist die kollektive Erinnerung an die japanische Kolonialzeit in Taiwan daher mehrheitlich positiv – auch wenn die indigene Bevölkerung sie beispielsweise sehr viel kritischer betrachtet als die Mehrheitsgesellschaft (siehe nächstes Unterkapitel). Der positive Eindruck der meisten Taiwaner:innen lässt sich vermutlich auch auf eine Phase zurückführen, in der Taiwan von einer zivilen Regierung verwaltet wurde. Zu Beginn und gegen Ende der Kolonialzeit regierte Japan die Insel jedoch mit härterer Hand.

In der ersten Phase ihrer Herrschaft (1895–1919) war die japanische Führung unentschlossen, wie sie Taiwan behandeln sollte – als Teil des japanischen Territoriums oder als Kolonie. In dieser Zeit, die von Aufständen und Guerilla-Aktionen geprägt war, verwalteten militärische Gouverneure Taiwan und gingen hart gegen Widerstand vor. Die japanische Regierung räumte ihnen umfassende Rechte in der Verwaltung, Gesetzgebung und Justiz ein. Taiwaner:innen wurden diskriminiert und als Bürger:innen zweiter Klasse behandelt. Der letzte große Aufstand der Han-chinesischen Bevölkerung war der sogenannte Tapani-Zwischenfall von 1915, bei dem religiöse Fanatiker in Südtaiwan gezielt japanische Einrichtungen und Polizeistationen angriffen und Japaner:innen töteten. Danach ging der bewaffnete Widerstand hauptsächlich von den in den Bergregionen lebenden indigenen Völkern aus.

Eine Mehrheit der taiwanischen Elite hatte bereits 1907 erkannt, dass bewaffneter Widerstand gegen die Japaner zwecklos war. Der politische Aktivist und Autor Lin Hsien-tang traf im selben Jahr in Japan den chinesischen Reformler Liang Chi-chao, der ihm riet, sich auf gewaltfreien Widerstand zu konzentrieren und sich innerhalb des Systems für die Belange seiner Landsleute

Taiwan während der japanischen Kolonialherrschaft: Nach dem Tapani-Zwischenfall begleiteten japanische Truppen taiwanische Inhaftierte vom Gefängnis Tainan zum Gerichtshof. 1915



einzusetzen. Zusammen mit dem japanischen Politiker und Bürgerrechtsaktivisten Itagaki Taisuke gründete Lin Hsien-tang 1914 die *Taiwan Assimilation Society* (jap. *Taiwan Dōkakai*). Ihr Ziel war es, der Diskriminierung der taiwanischen Bevölkerung durch die Japaner ein Ende zu setzen. Zwar wurde die Organisation innerhalb von nur zwei Monaten vom japanischen Gouverneur verboten, sie legte aber einen wichtigen Grundstein für die aufstrebende taiwanische Zivilgesellschaft.

Die zweite Phase der japanischen Kolonialherrschaft (1919–1936) war von einer politischen Liberalisierung geprägt. Ihren Beginn markierte die Amtsübernahme des ersten zivilen Gouverneurs Den Kenjiro im Jahr 1919. Der damalige japanische Premierminister befürwortete eine Doktrin der „Erweiterung des Innenlandes“ (jap. *Naichi enchō shugi*). Mit anderen Worten sollte Taiwan fortan als erweitertes japanisches Territorium und nicht mehr als bloße Kolonie betrachtet werden. 1920 gründete Lin Hsien-tang, inspiriert von Liang Chi-chaos Manifest „Der Neue Bürger“, gemeinsam mit taiwanischen Studierenden in Tokio die *New People Society*. Ihre Forderung nach politischen Reformen mündete schnell in Bemühungen, ein taiwanisches Lokalparlament zu gründen. Insgesamt brachte die Gruppe um Lin Hsien-tang zwischen 1921 und 1934 fünfzehn Mal eine Petition im japanischen Parlament ein, in der sie die Schaffung eines lokalen Parlamentes forderte. Die Petitionen wurden aber jedes Mal aufs Neue zurückgewiesen. Grund war wohl vor allem die Sorge, dass zu viel Selbstverwaltung eine Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan fördern könnte.

1936 endete die Ära der Liberalisierung, und Japan entsandte mit Seizō Kobayashi erneut einen Militärangehörigen als Gouverneur nach Taiwan. Kobayashi verfolgte eine Politik der „Japanisierung“ (sog. *Kōminka*-Bewegung), um die taiwanische Bevölkerung für den bevorstehenden Krieg gegen China zu mobilisieren. Dafür mussten die Taiwaner:innen zunächst kulturell und sozial assimiliert werden. Der neue Gouverneur verbot chinesischsprachige Medien und beschränkte die Meinungsfreiheit auf der Insel erheblich. Die Bevölkerung wurde gezwungen, Japanisch zu lernen, japanische Bräuche anzunehmen, sich japanische Namen zuzulegen und den Shintoismus als Religion zu akzeptieren. Diese Strategie lieferte schnell Ergebnisse. Sprachen im Jahr 1937 nur 37,8 Prozent der Bevölkerung Japanisch, waren es 1944 bereits 71 Prozent. Bis heute sprechen einige ältere Taiwaner:innen nur gebrochenes Hochchinesisch. Ihre Muttersprache war Taiwanisch, und in der Schule haben sie ausschließlich Japanisch gelernt.

Zwischen 1937 und 1945 verpflichtete Japan mehr als 200 000 Taiwaner zum Militärdienst, etwa 5 000 davon waren Indigene. Aus Sorge vor Überläufern vermied es die japanische Führung, taiwanische Soldaten nach China zu schicken, daher wurden die meisten von ihnen in Südostasien eingesetzt. Insgesamt fielen mehr als 30 000 Taiwaner im Zweiten Weltkrieg. Trotz der großen Opfer, die Taiwan für das japanische Kaiserreich erbrachte, gab es unter der japanischen Verwaltung bis zum Schluss Zweifel an der Loyalität der taiwanischen Bevölkerung.

Japans Kolonialherrschaft und die indigene Bevölkerung

Die japanische Kolonialzeit war für viele Menschen in Taiwan von Unterdrückung, gewaltsamen Konflikten und kultureller Assimilation geprägt. Ganz besonders litt die indigene Bevölkerung. Um ein umfassendes Verständnis der Auswirkungen der japanischen Kolonialherrschaft auf Taiwan und seine vielfältige Bevölkerung zu erlangen, ist es wichtig, diese unterschiedlichen Perspektiven zu berücksichtigen. Denn von Anfang an unterschied Japan in seinem Vorgehen zwischen den Han-Chines:innen und der indigenen Bevölkerung Taiwans.

In der Anfangsphase der Kolonialisierung versuchten die Japaner, ihren Herrschaftsanspruch bei den indigenen Völkern durch eine Mischung aus militärischer Gewalt und diplomatischen Bemühungen zu festigen. In dieser Zeit wurde auch das Büro für indigene Angelegenheiten eingerichtet, um die Verwaltung

der indigenen Gebiete zu vereinfachen. Ab 1900 verschob sich der Fokus jedoch Richtung gewaltsamer Maßnahmen gegen die indigene Bevölkerung. Die japanischen Gouverneure waren der festen Überzeugung, dass die Erschließung der Bergregionen dringend notwendig sei. Ihre Politik der harten Hand führte allerdings zu zahlreichen Konflikten zwischen Japanern, Han-Chines:innen und der indigenen Bevölkerung. Die Fortschritte in der Erschließung der Berggebiete waren gering und nur wenige indigene Gruppen unterwarfen sich.

Der 1906 zum Gouverneur ernannte Sakuma Samata verschärfte die Politik gegenüber den Indigenen weiter. Seine Strategie bestand vor allem in Einschüchterung und Unterdrückung. Im Jahr 1909 begann Japan mit der Erstellung von Landkarten der indigenen Gebiete und förderte das Erlernen indigener Sprachen bei der Polizei. Mit hohen Kosten, viel Repression und Gewalt gelang es den japanischen Behörden nach neun Jahren schließlich, ihre Herrschaft in den Berggebieten und bei der indigenen Bevölkerung durchzusetzen. So gelang ihnen, woran die Qing-Dynastie noch gescheitert war: Zum ersten Mal in der Geschichte wurde die gesamte Insel von einer zentralen Macht regiert. Sakumas Politik wurde von seinen Nachfolgern weitgehend fortgeführt, bis 1930 die sogenannte Wushe-Rebellion (auch „Musha-Zwischenfall“ genannt) ausbrach.

Bereits 1897 war ein japanisches Landvermessungsteam in das Wushe-Gebiet in Zentraltaiwan eingedrungen und von einer indigenen Gruppe angegriffen worden. Als Vergeltung schlossen die Japaner den Zugang zu der Bergregion und blockierten die Wirtschaft der betroffenen indigenen Siedlungen. Dies führte zu anhaltenden Spannungen, die durch kulturelle Konflikte und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung als Arbeitskraft für die Erschließung der Bergregionen weiter geschürt wurden.

1930 kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen den Japanern und der Wushe-Gruppe, diesmal anlässlich von Arbeitskonflikten im Zusammenhang mit dem Bau von Schulen. Mona Rudo, ein Anführer des Seediq-Volkes, griff zusammen mit seinen Kriegern mehrere Polizeistationen und eine Grundschule an und tötete 134 Japaner:innen. Zur Niederschlagung der Wushe-Rebellion mobilisierte Japan Polizei- und Militäreinheiten. Nach einem Monat erbitterter Kämpfe, bei denen rund 4 200 Soldaten, Polizisten und Zivilist:innen eingesetzt wurden, gelang es den japanischen Streitkräften, den Widerstand der indigenen Bevölkerung zu brechen. Wegen des schwierigen Terrains griffen die Japaner aus der Luft an und warfen chemische Waffen über den Dörfern der Seediq ab. Bis heute ist unklar, ob es sich dabei ausschließlich um Tränengas

oder auch um Giftgas handelte. Insgesamt starben 644 Indigene, 564 ergaben sich. Die Überlebenden wurden zwangsumgesiedelt.

Die Wushe-Rebellion war der letzte bewaffnete Aufstand gegen die japanische Herrschaft in Taiwan. Für das japanische Kaiserreich und die japanische Bevölkerung der Insel war der Aufstand ein Schock. Das Wushe-Dorf hatte lange als Muster der Integration gegolten. Als Reaktion auf die Rebellion verstärkte Japan seine Bemühungen, die Indigenen zu japanisieren und zu loyalen Untertanen des Kaisers umzuerziehen.

Übergabe Taiwans an die Republik China

Die japanische Herrschaft auf Taiwan endete 1945 mit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg. Taiwan und Penghu wurden von den Alliierten in die Obhut der Republik China gegeben. Diese war 1912, nach dem Zusammenbruch des chinesischen Kaiserreiches, auf dem chinesischen Festland gegründet worden und hatte im Krieg an der Seite der Alliierten gegen die Japaner gekämpft. Die Kapitulation Japans und die Ankunft der Truppen der Republik China wurden in Taiwan zuerst begrüßt. Auch die Übergangsphase von der Kapitulation bis zur Ankunft der Chinesen verlief größtenteils friedlich.

Die Hoffnungen vieler Taiwaner:innen, dass ein Abzug der Japaner endlich mehr demokratische Teilhabe bedeuten würde, wurden allerdings rasch enttäuscht. Nur wenige Tage nachdem der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, Douglas MacArthur, den japanischen Offizieren in China, Formosa (Taiwan) und Französisch-Indochina befohlen hatte, sich der chinesischen Regierung unter Chiang Kai-shek zu ergeben, schuf dieser ein Provinzverwaltungsamt, dessen Machtfülle die des japanischen Gouverneurs noch übertraf. Chen Yi, der neue Verwaltungschef, erhielt nicht nur exekutive und legislative Macht, sondern auch die militärische Befehlsgewalt über die Insel. Er vertrat Chiang Kai-shek bei der Unterzeichnung der offiziellen Kapitulationsurkunde in Taipeh am 25. Oktober 1945 und erklärte in einer Radioansprache eigenmächtig, dass „Taiwan und die Penghu-Inseln erneut zum chinesischen Territorium“ gehörten.¹ Diese Behauptung entbehrte allerdings jeglicher rechtlichen

1 Hsu Tsung-mao (Xu Zongmao), 20 shiji Taiwan [Taiwan im 20. Jahrhundert]. guangfu pian, Jingxuan ben, chuban, Yuedu Taiwan 8V18 (Taipei Shi: Taiwan guji chuban youxian gongsi, 2007), Seite 36

Grundlage. Taiwans völkerrechtlicher Status war vielmehr ungeklärt (siehe Kapitel 4, „Völkerrecht“).

Als die ersten chinesischen Soldaten der Kuomintang (KMT, dt. Nationale Volkspartei Chinas) in den Häfen von Keelung im Norden und Zuoying im Süden der Insel an Land gingen, erlebten viele Taiwaner:innen einen Schockmoment. Nach acht Jahren eines zermürbenden Krieges gegen die Japaner stellte sich der Einzug der Truppen, teilweise nur in Lumpen gekleidet und mit einfachen Strohsandalen an den Füßen, keineswegs als triumphal dar. Ihre mangelnde Disziplin und die Unfähigkeit, in Taiwanisch, Hakka oder Japanisch mit der lokalen Bevölkerung zu kommunizieren, führten immer wieder zu Auseinandersetzungen. So kam es vor, dass Soldaten für Mahlzeiten und Einkäufe nicht bezahlten, taiwanische Bürger:innen bestahlen oder gar sexuell übergriffig wurden.

Außerdem hatte der chinesische Bürgerkrieg, der auf dem Festland zwischen den Nationalisten (der KMT) unter Chiang Kai-shek und den Kommunisten unter Mao Tse-tung tobte, schwere Auswirkungen auf Taiwan: Um ihre Ausgaben zu decken, war die Zentralregierung gezwungen, Geld zu drucken, was eine verheerende Hyperinflation zur Folge hatte. Lebensnotwendige Güter wie Reis, Stoffe, Salz und Zucker wurden nach Festlandchina geschickt, um den Bürgerkrieg zu finanzieren. Taiwan wurde regelrecht ausgeplündert. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich dramatisch, Industrie und Landwirtschaft gerieten ins Stocken und die Wirtschaft stagnierte. Gleichzeitig übernahmen die Chinesen vom Festland alle Führungspositionen, die ehemals von Japanern besetzt gewesen waren. Alles japanische Eigentum wurde von der KMT konfisziert. Korruption und Betrug waren unter den neuen Machthabern weit verbreitet.

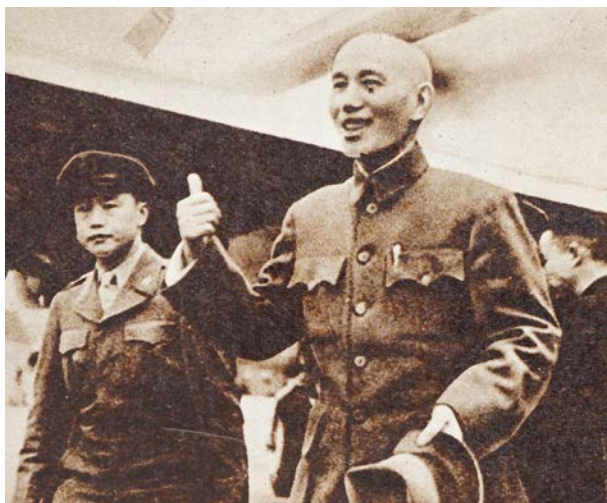
Die taiwanische Bevölkerung litt unter Diskriminierung, Unterdrückung und Misswirtschaft, was zu Unzufriedenheit und Widerstand gegen die KMT und die von Chen Yi geleitete Verwaltung führte. Diese Unzufriedenheit entlud sich am 28. Februar 1947 im sogenannten 228-Zwischenfall, in dessen Folge vom Festland herbeorderte Soldaten mehrere Tausend Taiwaner:innen, darunter der Großteil der taiwanischen Elite, töteten (siehe Kapitel 7).

Der „Weiße Terror“

Nachdem sich die Lage der KMT unter der Führung Chiang Kai-sheks im chinesischen Bürgerkrieg immer weiter verschlechtert hatte, sah sich die Regierung der Republik China gezwungen, das Festland aufzugeben und sich

komplett nach Taiwan zurückzuziehen, wo sie eine diktatorische Herrschaft errichtete. Die Behörden verhängten 1949 in Taiwan, wie schon kurzzeitig 1947 nach dem 228-Zwischenfall, das Kriegsrecht, um sich auf die Ankunft mehrerer Hunderttausend chinesischer Geflüchteter und Soldaten sowie einen möglichen Angriff der Kommunisten vorzubereiten. Das Kriegsrecht blieb 38 Jahre in Kraft und war damit der zweitlängste militärische Ausnahmezustand der Weltgeschichte.

Durch zahlreiche Sonderregelungen wurden die Garantien der Verfassung der Republik China auf freie und faire Parlamentswahlen sowie Bürger- und Menschenrechte außer Kraft gesetzt. So waren in der nach Taiwan verlegten Nationalversammlung der Republik China, für die 1947 zum letzten Mal Wahlen abgehalten worden waren, Abgeordnete aller chinesischen Provinzen vertreten. Da Taiwan dort lediglich als eine Provinz unter vielen vertreten war, hatte die Bevölkerung der Insel lange kaum eine Stimme in dem Gremium, das unter Demokratieaktivist:innen als „Ewiges Parlament“ (chin. *Wannian Guohui*) verschrien war, weil die Abgeordneten dort auf Lebenszeit Mitglied waren und sich keiner Wiederwahl stellen mussten. Aufgrund ihres hohen Alters mussten sie später teilweise zu Abstimmungen getragen werden. Zudem wurde jede gesellschaftliche und politische Opposition unterdrückt, die Presse unter strenge Zensur gestellt und von der KMT unabhängige gesellschaftliche



Während der Belagerung Chengdus, der letzten von der KMT kontrollierten Stadt auf dem chinesischen Festland, werden Chiang Kai-shek und sein Sohn Chiang Ching-kuo mit einem Flugzeug nach Taiwan evakuiert. 10. Dezember 1949

Organisationen und Parteien verboten. Außerdem standen die wichtigsten Industriezweige unter ihrer Kontrolle.

Diese Phase der politischen Verfolgung und Repression Andersdenkender während der KMT-Diktatur wird als „Weißer Terror“ bezeichnet. Als dessen Ende werden in der Literatur entweder das Jahr 1987 mit der Beendigung des Kriegsrechts genannt, das Jahr 1991, in dem die Notstandsgesetze aufgehoben wurden, oder das Jahr 1992 mit dem Ende der autoritären Herrschaft, der Reform von Artikel 100 des Strafgesetzbuches (Straftaten gegen die innere Sicherheit), der zur Verfolgung von Dissident:innen genutzt wurde, und vor allem den ersten freien Parlamentswahlen. Im Vergleich zum 228-Massaker, das in einem gänzlich rechtsfreien Raum stattfand, wurde während des Weißen Terrors zumindest der Anschein eines Rechtsstaats gewahrt. Es gab offizielle Haftbefehle, Verhöre, Prozesse und Gerichtsurteile, die entweder in Haftstrafen, Todesurteilen oder auch Freilassungen mündeten. Die staatliche Gewalt nahm also eine bürokratischere Form an, wenn auch mit Ausnahmen. So wurden noch bis in die frühen 1980er-Jahre Dissident:innen und deren Familienmitglieder außergerichtlich ermordet.

In den 1970er-Jahren wurden Forderungen nach politischen Veränderungen laut. Oppositionelle Kräfte verlangten gezielt nach mehr Generationengerechtigkeit, anstatt direkt nach mehr Stimmen für Taiwan:innen (ein rotes Tuch für die KMT-Behörden) zu rufen. Die Regierung sah sich derweil mit einer dramatischen Veränderung des internationalen Machtgefüges konfrontiert. Die Republik China verlor 1971 ihren Sitz in den Vereinten Nationen und mit dem Besuch Richard Nixons in der Volksrepublik China im Jahr 1972 setzte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Peking ein (siehe Kapitel 4, „Internationale Marginalisierung“). 1979 sollten beide Seiten offiziell diplomatische Beziehungen aufnehmen, womit die KMT einen zentralen Teil ihrer innenpolitischen Legitimität verlor: nämlich ihren Anspruch, ganz China zu vertreten. Mit dem Ziel, den Machtanspruch der KMT in Taiwan zu festigen und als Reaktion auf internationalen Druck leitete Chiang Ching-kuo, Sohn und Nachfolger Chiang Kaisheks, Schritte in Richtung einer wirtschaftlichen und politischen Öffnung ein. Er beförderte mehr gebürtige Taiwan:innen in wichtige Ämter und erhöhte 1972 die Anzahl der Sitze in Nationalversammlung und Parlament. Für diese neuen Sitze wurden regelmäßige Wahlen abgehalten, ohne die Mandate der „ewigen Abgeordneten“ aus China infrage zu stellen, die ihr Amt auf Lebenszeit innehatten.

Die Opposition organisierte sich trotz bestehender Verbote in einer Bewegung, die als *Tang-wai* (dt. außerhalb der Partei), das heißt außerhalb der KMT, bekannt wurde. Ein wichtiges Mittel der Bewegung waren oppositionelle

Publikationen, wie die Magazine *Free China*, *The Intellectual* und später auch *Formosa*. In den 1970er-Jahren versuchten einzelne Oppositionelle über die frei werdenden Mandate auch innerhalb des Systems politischen Einfluss zu gewinnen. Doch als 1979 bekannt wurde, dass die USA der Republik China die offizielle diplomatische Anerkennung zugunsten der Volksrepublik entziehen würden, ließ Chiang Ching-kuo die Wahlen kurzfristig stoppen, was für großen Unmut in der Opposition sorgte. Die Folge war der sogenannte Kaohsiung-Zwischenfall, bei dem eine von Redaktionsmitgliedern des Magazins *Formosa* am 10. Dezember 1979, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, in der südtaiwanischen Hafenstadt Kaohsiung organisierte Versammlung eskalierte. In den nächsten Wochen ging der Staat mit erneuter Härte gegen die Opposition vor und nahm mehr als 150 Personen ins Visier. Den verhafteten Dissident:innen wurde vor einem Militärgericht öffentlichkeitswirksam der Prozess gemacht. Es war das vorläufige Ende der öffentlichen Demonstrationen der *Tang-wai*-Bewegung.

Während der 1980er-Jahre wurden die Rede- und Versammlungsfreiheit durch die KMT weiter unterdrückt. Trotzdem gelang es Umwelt- und Arbeitergruppen immer wieder zu demonstrieren. So hielten sie die Opposition am Leben, obwohl viele der prominenten Anführer:innen weiter in Haft waren. Es waren vor allem Frauen, viele von ihnen Ehefrauen inhaftierter Dissidenten, die sich für politische Ämter aufstellen ließen und den Protest so weiter in die Parlamente trugen. Im Jahr 1986 gründeten Mitglieder der *Tang-wai*-Bewegung schließlich die Demokratische Fortschrittspartei (engl. *Democratic Progressive Party*, DPP). Obwohl das Parteienverbot damals noch in Kraft war, hatte der zu dem Zeitpunkt schwer kranke Chiang Ching-kuo entschieden, die neue Partei zu tolerieren.

Politische Liberalisierung und „Taiwanisierung“ (chin. *Bentuhua*)

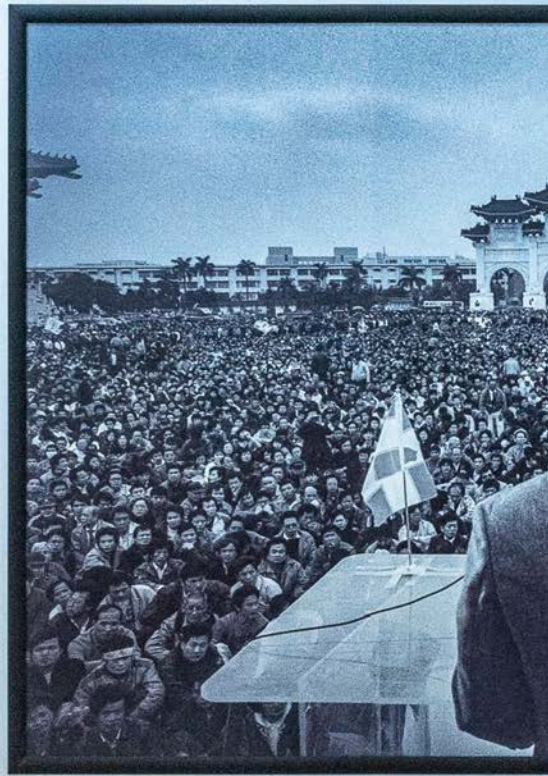
1987 hob Chiang das Kriegsrecht auf und tat erste Schritte in Richtung politischer Liberalisierung, indem er etwa die Gründung von Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen zuließ. Doch erst sein Nachfolger, Lee Teng-hui, der nach Chiangs Tod im Jahr 1988 als erster gebürtiger Taiwaner Präsident wurde, leitete einen wirklichen Prozess der Demokratisierung ein. Zwei Jahre später wurde Lee durch die Nationalversammlung im Amt bestätigt und begnadigte am Tag seiner Amtsübernahme die Opfer des Kaohsiung-Zwischenfalls.

Lee beförderte die Desinisierung in Bildung und staatlichen Behörden und stärkte so die taiwanische Identität. Nicht zuletzt als Reaktion auf inneren politischen und gesellschaftlichen Druck, insbesondere die Studentenproteste der „Wilden-Lilien-Bewegung“ des Jahres 1990 (siehe Kapitel 3), änderte er die Verfassung und schickte die alten Abgeordneten des Parlaments und der Nationalversammlung in den Ruhestand. So öffnete er den Weg für Taiwans erste freie Parlamentswahlen im Jahr 1992. Drei Jahre später, 1995, entschuldigte er sich in seiner Funktion als Präsident der Republik China offiziell bei den Opfern des 228-Zwischenfalles. 1996 wurde Lee in der ersten freien Direktwahl des Präsidenten im Amt bestätigt.

Die Zeit von 1990 bis 1996 wird als entscheidend für die Ausbildung demokratischer Institutionen in Taiwan betrachtet. Im Laufe mehrerer friedlicher Machtwechsel zwischen KMT und DPP konnte sich die Demokratie in Taiwan seit 1996 festigen. Im Jahr 2000 wurde mit Chen Shui-bian zum ersten Mal ein Oppositionspolitiker der DPP zum Präsidenten gewählt. Damit war Taiwans Prozess der Demokratisierung weitgehend abgeschlossen – auch wenn der erste vollständige Machtwechsel sowohl im Präsidentschaftsamt als auch in einer Mehrheit im Parlament bis 2016 auf sich warten ließ.



Lee Teng-hui bahnt sich durch einen Wald von Fahnen in Taipeh den Weg. Mit einem deutlichen Sieg gewann er die historische erste freie Präsidentschaftswahl in Taiwan. 23. März 1996



革命年代



1990自由之聲
新民主黨

3 Die taiwanische Demokratie

Taiwan hat innerhalb von nur 30 Jahren einen beeindruckenden Weg von einer Einparteiendiktatur hin zu Asiens liberalster Demokratie zurückgelegt. Noch bis 1987 galt das Kriegsrecht auf Taiwan, auf den vor der chinesischen Küste gelegenen Inseln Kinmen und Matsu sogar bis 1992. In dieser Zeit wurde Taiwan von der Partei KMT (Kuomintang), dem Militär und der Geheimpolizei kontrolliert. Während des sogenannten Weißen Terrors wurden Tausende Personen, die im Verdacht standen, mit den Kommunisten zu sympathisieren oder zu kollaborieren, oder sich einfach nur gegen die Regierung stellten, verhaftet, gefoltert oder sogar hingerichtet. Zwei der berüchtigten Gefängnisse, eines in Taipeh, eines auf der abgelegenen „Grünen Insel“ vor Taiwans südlicher Pazifikküste, beherbergen heute Standorte des Nationalen Menschenrechtsmuseums. In den Museen werden die Menschenrechtsverletzungen, wie die harten Haftbedingungen und die Misshandlungen und Folter, sichtbar gemacht und der Opfer der Diktatur gedacht.

Nach der Einleitung erster Schritte in Richtung Liberalisierung durch Präsident Chiang Ching-kuo ab 1987 wurde der anschließende Demokratisierungsprozess weitgehend durch seinen Amtsnachfolger Präsident Lee Teng-hui und Taiwans politische Elite gesteuert. Lee spielte eine wichtige Rolle, indem er sich gegen konservative Kräfte innerhalb von Staat und Partei durchsetzte und die ersten freien Wahlen zum Parlament im Jahr 1992 sowie die ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996 organisierte. Doch ohne die breite Demokratiebewegung, die von Studierenden, Intellektuellen, der Zivilgesellschaft, der politischen Opposition, und selbst Teilen der Regierungspartei KMT und vielen Bürger:innen getragen wurde, wäre Taiwans Entwicklung zu einer liberalen Demokratie kaum möglich gewesen. So hatten Zehntausende Studierende im März 1990 auf dem zentralen Platz in Taipeh, auf dem die Gedächtnishalle für Chiang Kai-shek steht, protestiert und direkte Wahlen für das Parlament sowie politische Reformen gefordert. Diese sogenannte Wilde-Lilien-Bewegung, benannt nach der weißen Taiwanlilie, war ein Schlüsselmoment der Demokratisierung. Die Blume wurde von Studierenden getragen und sollte unter anderem Widerstandsgeist, Reinheit und den Graswurzel-Charakter der Bewegung widerspiegeln. Taiwanische Intellektuelle hatten die weiße Taiwanlilie in der Vergangenheit bereits als Symbol für Taiwans Identität verwendet. Der Platz im Herzen Taipehs heißt heute Platz der Freiheit in Erinnerung an die Teilnehmenden der Bewegung.

Erwähnenswert für den Kampf um mehr Freiheit ist auch Nylon Cheng (chin. Cheng Nan-jung), der sich 1989 in den Redaktionsräumen seiner Zeitschrift selbst verbrannte. Die Sicherheitsbehörden der KMT wollten ihn verhaften, weil



Besucher:innen während einer Tour im Jingmei-Gedenkpark für den Weißen Terror in Taipeh: Im ehemaligen Militärgefängnis saßen während der Kuomintang-Diktatur mehr als 16 000 Personen wegen Vorwürfen wie Aufruhr oder Spionage. 23. August 2022

er sich für Meinungsfreiheit einsetzte und mit der *Freedom Era Weekly* eine einflussreiche prodemokratische Zeitschrift herausgab. Heute beherbergen die Räumlichkeiten ein Museum. An seinen Einsatz für „100-prozentige Meinungsfreiheit“¹ wird in Taiwan seit 2016 mit einem landesweiten Gedenktag erinnert.

Präsidentialrepublik mit fünf Gewalten

Die Verfassung der Republik China, die immer noch in Taiwan in Kraft ist, wenn auch mit einigen Änderungen, sieht eine semipräsidentielle Demokratie vor. Die taiwanische Demokratie hat Ähnlichkeiten mit der Weimarer Republik und der französischen Fünften Republik, Frankreichs gegenwärtigem politischen System.

1 Cheng Nan-jung (Zheng Nanrong), „Zhengzhi douzheng zilai jiu meiyou chidu [Politischer Kampf hatte noch nie Maß]“, *Ziyou Shidai Zhoukan [Freedom Era Weekly]*, 21. September 1985, www.nylon.org.tw/main/index.php?option=com_content&view=article&id=909:100&catid=2:2009-04-05-16-41-44&Itemid=9 (31.1.2024)



Präsidentenpalast in Taipeh, 2020

Bei den alle vier Jahre stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wird das Präsidentschaftsamt durch direkte Wahl besetzt. Es reicht die einfache Mehrheit der Stimmen, eine Stichwahl ist nicht erforderlich. Das Staatsoberhaupt entscheidet über die Leitlinien der Innen- und Außenpolitik, inklusive der Verteidigungspolitik. Das Amt beinhaltet auch den Oberbefehl über die Streitkräfte und die Zuständigkeit für die Ernennung der jeweiligen Premierminister:innen. Die Regierung ist für die Umsetzung der präsidentialen politischen Prioritäten und der Gesetze des Parlaments verantwortlich. Sie wird als „Exekutiv-Yuan“ bezeichnet.

Acht Jahre lang (2016–2024) war Tsai Ing-wen von der DPP als erste Frau Taiwans Präsidentin. Da in Taiwan nur eine einmalige Wiederwahl zulässig ist, durfte sie für die Präsidentschaftswahlen 2024 nicht erneut antreten. Diese gewannen im Januar 2024 Lai Ching-te (Amtsantritt: 20. Mai 2024), der Vizepräsident von Tsai Ing-wen, zusammen mit der ehemaligen taiwanischen Repräsentantin in den USA, Hsiao Bi-khim, die zur neuen Vizepräsidentin gewählt wurde. Es war das erste Mal, dass eine Partei die Präsidentschaft auch für eine dritte Amtszeit halten konnte. Lai und Hsiao werden Taiwans Politik mindestens für die nächsten vier Jahre prägen, bis die Taiwaner:innen im Januar 2028



Präsidentin Tsai Ing-wen und Vizepräsident Lai Ching-te während des Nationalfeiertags in Taiwan, 10. Oktober 2023

erneut zu den Urnen gehen. Es könnte für sie allerdings deutlich schwieriger werden, ihre Vorhaben durchzusetzen, da die DPP bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen ihre Mehrheit im Parlament verlor.

Das Parlament („Legislativ-Yuan“) hat 113 Mitglieder. Die meisten werden direkt in Wahlkreisen (73) gewählt, wobei die Person, auf die die Mehrheit der Stimmen entfällt, den Wahlkreis gewinnt. Weitere 34 Sitze werden über eine Verhältniswahl und Parteilisten vergeben. Sechs Sitze sind den indigenen Völkern Taiwans vorbehalten. Das Wahlsystem weist Ähnlichkeiten mit der deutschen Wahl zum Bundestag auf. In Taiwan gibt es ebenso zwei Stimmen, eine für den Wahlkreis und eine für die Parteien. Die Parteien müssen auch eine Fünfprozenthürde überwinden, um über die Parteiliste Sitze im Parlament zu erhalten. Die Tatsache, dass fast zwei Drittel der Sitze im Parlament über Wahlkreise vergeben werden und die Präsidentschaftswahlen ebenfalls durch eine einfache Mehrheitswahl entschieden werden, hat allerdings – anders als in Deutschland – das Entstehen eines Zweiparteiensystems begünstigt.

Taiwan hat auch ein Verfassungsgericht („Judikativ-Yuan“) mit fünfzehn Richter:innen, die vom Präsidenten mit Zustimmung des Parlaments für acht



Blick ins Innere des Legislativ-Yuans, 24. Dezember 2020

Jahre ernannt werden. Die Verfassung der Republik China (Taiwan) verfügt damit über die klassischen drei Gewalten moderner demokratischer Staaten (Regierung/Exekutive, Gesetzgebung/Legislative, Gerichtsbarkeit/Judikative).

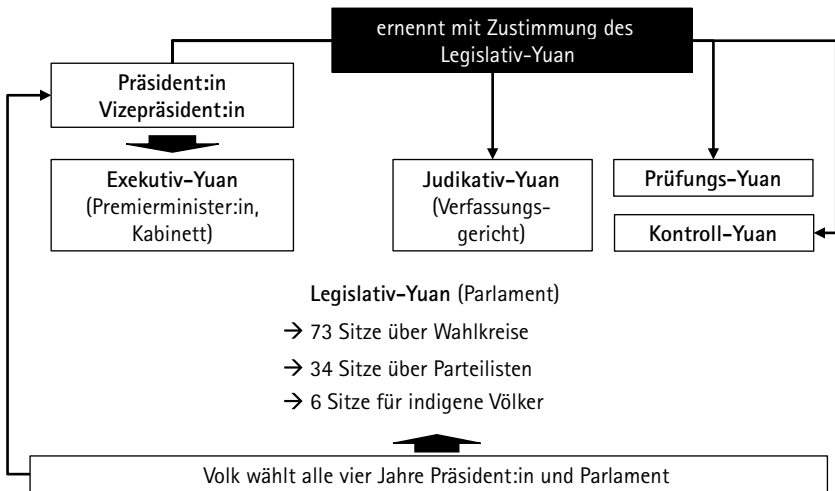
Als Besonderheit gibt es zwei weitere Gewalten, die aber eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen: der „Kontroll-Yuan“ und der „Prüfungs-Yuan“. Der Kontroll-Yuan hat Ähnlichkeiten mit den Organen eines Rechnungshofs und einer Ombudsstelle, das heißt, er überwacht die staatlichen Ausgaben und geht Beschwerden von Bürger:innen über administrative Verfehlungen nach. Eine seiner Aufgaben ist die Untersuchung von Fehlverhalten öffentlicher Bediensteter. Teil des Kontroll-Yuan ist Taiwans Nationale Menschenrechtskommission, die im Jahr 2020 ins Leben gerufen wurde. Bürger:innen können hier ihre Beschwerden über Fehlverhalten der Verwaltung, Unregelmäßigkeiten oder Verletzungen ihrer Grund- und Menschenrechte vorbringen. Die Nationale Menschenrechtskommission geht den Beschwerden nach, veröffentlicht Stellungnahmen und Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Taiwan, steht mit Taiwans Zivilgesellschaft über die Situation der Menschenrechte im Austausch und berät Taiwans Regierung und Parlament bei der Umsetzung von internationalen Menschenrechtsstandards. Der Prüfungs-Yuan ist vor allem zu-

ständig für die Auswahl und Beförderung von öffentlichen Bediensteten. Beide Gewalten gründen sich auf eine jahrtausendealte Tradition der meritokratischen Auswahl, Beförderung und Überwachung von Beamten im chinesischen Kaiserreich, die eine zentrale Rolle bei seiner Verwaltung gespielt haben.

Taiwans Parteienlandschaft ist dominiert vom zentralen politischen Grundkonflikt um Taiwans Identität als Republik China oder als unabhängiges Land Taiwan. Die KMT und weitere kleinere Parteien des sogenannten blauen Lagers betonen Taiwans chinesische Identität und setzen sich für gute Beziehungen zur Volksrepublik China ein. Dabei will die große Mehrheit der „blauen“ Wähler:innen allerdings nicht, dass Taiwan Teil der Volksrepublik China wird. Sie wünschen sich nur gute Beziehungen mit ihr und möglicherweise als Fernziel die Vereinigung von Taiwan und Festlandchina in einem gemeinsamen demokratischen chinesischen Staat.

Das „grüne“ Lager um die gegenwärtige Regierungspartei DPP und verbündete kleine Parteien setzt sich für eine von China unabhängige taiwanische Identität ein. Obwohl sich die DPP 1991 in ihrem Parteistatut die Schaffung einer „Republik Taiwan“ zum Ziel gesetzt hatte, haben sich die Partei und ihre Präsident:innen mittlerweile von einer Staatsneugründung distanziert. Gemäß ihrer Interpretation

► Abb.: Politisches System der Republik China (Taiwan)



Quelle: eigene Darstellung

ist Taiwan bereits ein von der Volksrepublik unabhängiger Staat namens Republik China (Taiwan). Grüne Kleinstparteien wie die *Taiwan Statebuilding Party* halten derzeit an der Forderung einer formellen Namensänderung fest.

Als drittes Lager kommt seit 2019 die Taiwanische Volkspartei (engl. *Taiwan People's Party*, TPP) Ko Wen-je, des ehemaligen Bürgermeisters von Taipeh, hinzu. Die Partei wirbt damit, dass sie die Spaltung in zwei politische Lager überwinden und sich für eine „pragmatische“ Politik einsetzen möchte. Allerdings bleibt die Partei oft vage in ihren politischen Positionen und vermeidet bewusst eine eindeutige Stellungnahme zum Verhältnis von Taiwan zur Volksrepublik China.

Demokratie und Menschenrechte

Seit Taiwans ersten freien Wahlen in den 1990er-Jahren hat sich die Inselrepublik zu einer der wenigen stabilen Demokratien Asiens entwickelt. Der „Demokratieindex“ der Economist Intelligence Unit, ein britisches Forschungsinstitut der Wochenzeitung *The Economist*, sieht Taiwan im Jahr 2023 auf dem ersten Platz in Asien und auf dem zehnten Platz weltweit bei der Qualität der Demokratie und der bürgerlichen und politischen Menschenrechte. Andere unabhängige Organisationen, wie Freedom House, Reporter ohne Grenzen, oder die beiden größten Menschenrechtsorganisationen, Amnesty International und Human Rights Watch, kommen zu vergleichbaren positiven Einschätzungen über Demokratie und Menschenrechte in Taiwan. Beispielsweise sieht die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen Taiwan auf dem ersten Platz in Asien im Bereich der Pressefreiheit.

Da Taiwan kein Mitglied der Vereinten Nationen (UNO) ist (siehe Kapitel 4, „Internationale Marginalisierung“), kann die Insel internationale Menschenrechtsverträge, ebenso wie die meisten anderen internationalen Abkommen und Verträge, nicht unterzeichnen und ratifizieren. Die beiden wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, hat Taiwan trotzdem im Jahr 2009 ebenso in taiwanisches Recht übertragen wie weitere internationale Menschenrechtsverträge. Dazu gehören das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes und das Übereinkommen über die

Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zudem wurde ein eigener Überwachungsprozess implementiert, der sich an den bestehenden Prozessen der Vereinten Nationen orientiert.

Im Rahmen der UNO sind in der Regel Komitees von unabhängigen Menschenrechtsexpert:innen aus verschiedenen Weltregionen für die rechtliche Auslegung der Verträge und die Erstellung von Berichten über die Menschenrechtslage in den Vertragsstaaten zuständig. Taiwan hat im Rahmen des Überwachungsprozesses selbst international renommierte Menschenrechtsexpert:innen als Mitglieder eines Überwachungskomitees (engl. *review committee*) eingeladen. Dieses Komitee untersucht die Situation bei den von Taiwan in das nationale Recht übertragenen internationalen Menschenrechtsnormen und gibt Empfehlungen für eine Verbesserung der Menschenrechtslage. Drei solche Überwachungsverfahren haben seitdem stattgefunden. Die Expert:innen haben jeweils in den Jahren 2013, 2017 und 2022 die Menschenrechtssituation in Taiwan evaluiert und Empfehlungen abgegeben, wie Defizite behoben und weitere Fortschritte erzielt werden können. Insgesamt wird die Lage als positiv bewertet und der „dramatische Fortschritt“¹ gelobt, den Taiwan seit Aufhebung des Kriegsrechts im Jahr 1987 gemacht habe. Als Errungenschaften der vergangenen Jahre werden unter anderem die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Etablierung der Nationalen Menschenrechtskommission genannt. Als zwei bedeutende Defizite werden die Todesstrafe und die Einschränkungen der Landnutzungs- und Selbstbestimmungsrechte der indigenen Bevölkerung angeführt (siehe Kapitel 3, „Todesstrafe“ und „Situation der indigenen Bevölkerung“).

Asiens Vorreiter bei der gleichgeschlechtlichen Ehe und bei LGBTQ+-Rechten

Ein Beispiel für Minderheitenrechte sind die Rechte von LGBTQ+-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer). Taiwans Parlament hat am 17. Mai 2019 als erstes Land in Asien die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt und

1 Review of the Third Reports of the Government of Taiwan on the Implementation of the International Human Rights Covenants Concluding Observations and Recommendations adopted by the International Review Committee Taipei, 13. Mai 2022, Seite 2, https://www.humanrights.moj.gov.tw/media/20212005/concluding-observations-and-recommendations_taiwan-international-review-%E8%8B%B1%E6%96%87%E5%AE%9A%E7%A8%BF%E7%89%88.pdf?mediaDL=true (24.3.2024)

sich damit zu den mehr als 50 Staaten weltweit gesellt, die entweder gleichgeschlechtliche Ehen oder eingetragene Partnerschaften legalisiert haben.

Die gleichgeschlechtliche Ehe ist das Ergebnis eines langen Kampfes für Gleichberechtigung. So versuchte bereits 1958 ein lesbisches Paar – erfolglos – seine Ehe in Taiwan zu registrieren. 1986 bemühte sich das erste schwule Paar um eine Eheschließung, ebenfalls ohne Erfolg. Einer der beiden Partner war der bekannteste LGBTQ+-Aktivist Taiwans, Chi Chia-wei, der sich seit Jahrzehnten für LGBTQ+-Rechte einsetzt. Nach der Demokratisierung gab es in den 2000er- und 2010er-Jahren erste ernsthafte Ansätze zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Mehrere Gesetzesinitiativen fanden aber nie eine Mehrheit. Im Oktober 2015 verkündete die damalige Kandidatin und spätere Präsidentin Tsai Ing-wen, dass sie die gleichgeschlechtliche Ehe unterstütze. Allerdings zögerte ihre Regierung nach ihrem Amtsantritt im Mai 2016, auch wenn sie die deutliche Mehrheit der Parlamentssitze hatte. Sie fürchtete den Widerstand konservativer Kräfte, unter anderem Taiwans kleiner, aber aktiver christlicher Minderheit, die etwa sechs Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Währenddessen urteilte das Verfassungsgericht am 24. Mai 2017, dass die bestehende Beschränkung der Ehe auf eine Verbindung von Mann und Frau sowohl gegen den Gleichheitsgrundsatz als auch gegen das Recht auf Eheschließung in Taiwans Verfassung verstoße. Die sogenannte Verfassungsinterpretation Nr. 748 ist das Ergebnis einer Klage Chi Chia-weis und der Stadtregierung von Taipeh. Das Verfassungsgericht gewährte dem Parlament eine Frist von zwei Jahren zur Umsetzung des Urteils. Die Richter:innen verlangten zwar im Prinzip eine Gleichstellung der Rechte von homosexuellen und heterosexuellen Paaren, aber sie überließen die Details der Umsetzung dem Parlament.

Das Parlament ließ sich allerdings Zeit und schöpfte die zweijährige Frist aus. Dies lag vor allem an der Uneinigkeit innerhalb der Regierungspartei DPP. Ein Teil der Abgeordneten befürwortete eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft mit reduzierten Rechten, während eine andere Gruppe sich für eine vollständige Gleichstellung mit der heterosexuellen Ehe aussprach.

In der Zwischenzeit nutzten die Gegner:innen der gleichgeschlechtlichen Ehe die Gelegenheit, einen Volksentscheid zu ihrer Ablehnung zu initiieren. Taiwans Demokratie sieht die Möglichkeit für bindende Referenden vor, die allerdings nicht die Verfassung ändern dürfen und auch nicht Urteile des Verfassungsgerichts überstimmen können. Am 24. November 2018 votierte eine Mehrheit der Referendumsteilnehmer:innen dafür, die Ehe auf eine Verbindung



Protest für die gleichgeschlechtliche Ehe und LGBTQ+-Rechte in Taipeh, 10. Dezember 2016

zwischen einem Mann und einer Frau zu beschränken und die Rechte von homosexuellen Paaren in einer Lebenspartnerschaftsregelung statt in einer Ehe zu schützen.

Um dem Urteil des Verfassungsgerichts zu entsprechen, aber gleichzeitig auch das Ergebnis des Referendums zu berücksichtigen, entschieden sich Regierung und Parlament schließlich für einen Kompromiss. Die gleichgeschlechtliche Ehe wurde eingeführt und homosexuellen Paaren wurden fast die gleichen Rechte wie heterosexuellen Paaren gewährt, allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: Adoptiert werden konnten nur biologische Kinder der anderen Seite. Das änderte sich erst im Mai 2023, als ein Gesetz verabschiedet wurde, das gleichgeschlechtlichen Paaren ebenfalls die Möglichkeit zur gemeinsamen Adoption von nicht biologischen Kindern einräumt. In Meinungsumfragen spricht sich inzwischen die Mehrheit der Taiwaner:innen für die gleichgeschlechtliche Ehe aus.

Taiwans junge Generation zählt zu einer besonders wichtigen Unterstützergruppe der LGBTQ+-Bewegung bei ihrem Einsatz für die gleichgeschlechtliche Ehe. Über 80 Prozent der Taiwaner:innen unter 30 Jahren befürworten diese.

Eine zentrale Rolle spielte dabei der *Gender Equity Education Act*, der im Jahr 2004 verabschiedet wurde. Das Gesetz führte in allen Schulen ein verpflichtendes Curriculum zu sozialen Geschlechterrollen und Gleichberechtigung (*gender education*) ein. Die Unterrichtseinheiten werden meist von Vertreter:innen von LGBTQ+- oder Frauenrechtsorganisationen durchgeführt und behandeln Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Orientierung und Identität, sexuelle und häusliche Gewalt, Präventionsstrategien sowie LGBTQ+-Rechte. Das Gesetz verbietet zudem jede Form der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, des Geschlechts oder der Geschlechtsidentität in Bildungseinrichtungen. Seit 2007 ist die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund sexueller Orientierung in Taiwan ebenfalls verboten.

Demokratie und Menschenrechte sind ein Bestandteil der taiwanischen Identität geworden. Die Befürworter:innen konnten entsprechend an dieses Narrativ und diese Werte anknüpfen und die gleichgeschlechtliche Ehe als ein Menschenrecht einfordern. Die Demokratisierung Taiwans in den 1990er-Jahren öffnete Freiräume für LGBTQ+-Organisationen, die, ebenso wie LGBTQ+-Studierendenvereinigungen, neu entstanden. Im Jahr 2003 wurde der erste LGBTQ+ Pride in Taipeh organisiert und entwickelte sich rasch zum größten Asiens, einer bunten Parade und Demonstration für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung von LGBTQ+-Personen. Im Oktober 2023 zog der Taiwan Pride über 170 000 Teilnehmende an.

Die Ablehnung der vollständigen ehelichen Gleichstellung durch das Referendum im November 2018 und der aktive Widerstand von Teilen der Gesellschaft haben allerdings auch gezeigt, dass traditionelle Wertüberzeugungen und Vorurteile gegenüber der LGBTQ+-Gemeinschaft nach wie vor verbreitet sind. So ist vor allem Taiwans ältere Generation häufig von konfuzianischen Vorstellungen geprägt und besitzt ein traditionelles Verständnis von Ehe und Familie.

Die Anwendung der Todesstrafe

Taiwan gehört zur Minderheit der Staaten weltweit, die nach wie vor die Todesstrafe anwenden. Unter der Präsidentschaft von Tsai Ing-wen (2016–2024), wurden zwei Personen hingerichtet, in den Jahren 2018 und 2020. Die Todesstrafe kann für mehrere Delikte verhängt werden, aber in der Praxis werden nur Mord und in der Regel auch nur die Ermordung mehrerer Personen oder besonders grausame Taten mit dem Tod geahndet. Die Todesstrafe wird in der Regel durch einen Schuss ins Herz nach vorheriger Narkose vollstreckt.

Dass in Taiwan nach wie vor die Todesstrafe zur Anwendung kommt, liegt vor allem an der öffentlichen Meinung: Eine große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet sie. Oft werden als Gründe genannt, dass die Hinrichtung von Mörder:innen das Leid der Angehörigen der Opfer lindern würde, dass es gerecht sei, Menschen, die andere Menschen umgebracht haben, gleichfalls zu töten, oder dass die Todesstrafe der Abschreckung diene. Das letzte Argument ist allerdings mehr als fragwürdig. Taiwan hat eine der niedrigsten Kriminalitätsraten weltweit und die wenigen Tötungsdelikte geschehen oft aus Leidenschaft und sind keine kaltblütigen und rational motivierten Morde.

Die Gegner:innen der Todesstrafe in Taiwan betonen die Unvereinbarkeit dieser grausamen Strafe mit einer konsolidierten Demokratie, die die Menschenrechte und Würde jedes Menschen achtet. Zudem kam es in der Vergangenheit in Taiwan zur Exekution unschuldiger Menschen. Bei dem vermutlich prominentesten Fall handelte es sich um einen jungen Soldaten, der 1997 hingerichtet und später von einem taiwanischen Gericht für unschuldig befunden wurde. Der Staat entschuldigte sich zwar bei der Familie und zahlte eine hohe Entschädigung, aber das macht den Hingerichteten nicht wieder lebendig. Es war auch nicht der einzige Justizirrtum. Weitere Gefangene wurden aus der Todeszelle entlassen, nachdem nachträglich ihre Unschuld festgestellt wurde. Diese Justizirrtümer zeigen eines der größten Probleme dieser Strafform: die Gefahr, dass der Staat unschuldige Menschen tötet.

Taiwan ist bei der Anwendung der Todesstrafe in Asien nicht allein. Sein großer Nachbar China richtet jedes Jahr mehr Menschen hin als alle anderen Staaten in der Welt zusammen. Unter den asiatischen Demokratien wendet vor allem Japan diese Strafe noch regelmäßig an. In der neben Japan und Taiwan dritten konsolidierten Demokratie Ostasiens, Südkorea, gibt es hingegen keine Exekutionen mehr. Südkoreas damaliger Präsident Kim Dae-jung setzte nach seinem Amtsantritt im Jahr 1998 die Anwendung der Todesstrafe aus. Er war ein entschiedener Gegner der Todesstrafe, da er als Dissident zu Zeiten der südkoreanischen Militärdiktatur selbst in der Todeszelle saß, weil er die autoritäre Regierung kritisiert hatte. Taiwan wartet weiter auf eine mutige Person, die den Schritt wagt, diese grausame Strafform abzuschaffen.

Die Aufarbeitung von Taiwans Diktaturzeit

Ein weiteres bedeutendes, aber kontroverses Menschenrechtsthema ist die Aufarbeitung, Anerkennung und Ahndung von vergangenem Unrecht. Diese Vergangenheitsarbeit (*transitional justice*) zielt auf Gerechtigkeit,

Wiedergutmachung und Versöhnung ab sowie darauf, Lektionen aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu lernen. Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sind oftmals zentral aus der Perspektive der Opfer. Die Anerkennung und Ahndung vergangener Verbrechen und die Versöhnung zwischen Opfern und Tätern bzw. deren Nachfahren kann eine wichtige Rolle dabei spielen, dass eine Gesellschaft nicht die gleichen Verbrechen und Fehler erneut begeht und Demokratie und Menschenrechte in Gegenwart und Zukunft bewahrt.

Die Aufarbeitung der Diktaturzeit wurde unter Tsai Ing-wens Regierung maßgeblich vorangetrieben. Erst nachdem die DPP durch die Wahlen 2016 sowohl die Regierung als auch die Mehrheit im Parlament innehatte, konnte sie wirklich damit beginnen, da sich die Kuomintang (KMT) als ehemalige Partei der Täter zurückhaltend zeigte. In den 1990er-Jahren unternahm die damalige KMT-Regierung zwar erste Schritte zur Kompensation der Opfer vergangener Verbrechen. Präsident Lee Teng-hui entschuldigte sich im Jahr 1995 für die Verbrechen des 28. Februar 1947 (siehe Kapitel 7, „228-Zwischenfall“). Der 28. Februar wurde zudem als nationaler Gedenktag deklariert, ein nationales Monument in Taipeh errichtet und der umgebende Park in 228-Gedenkpark (engl. *228 Peace Memorial Park*) umbenannt. Im Jahr 2011 wurden unter dem damaligen Präsidenten Ma Ying-jeou die ersten Schritte zur Gründung des Nationalen Menschenrechtsmuseums unternommen. Die Maßnahmen der KMT-Regierungen waren aber vor allem auf Erinnerung, Gedenken und eine begrenzte Entschädigung für Opfer ausgerichtet. Eine Rehabilitierung der Opfer durch die Aufhebung der Unrechtsurteile, die Verfolgung von Tätern und die Anerkennung, dass Taiwan bis mindestens Anfang der 1990er-Jahre ein Unrechtsstaat war, gehörten nicht oder nur teilweise zum offiziellen Diskurs und den Maßnahmen der Regierungen der Präsidenten Lee und Ma.

Erst nachdem die KMT 2016 zum ersten Mal nicht nur die Präsidentschafts-, sondern auch die Parlamentswahlen verloren hatte, konnte sie die Gesetzgebung zur Aufarbeitung der Vergangenheit nicht mehr blockieren. Zum Ersten wurde als Teil der *transitional justice* eine Kommission eingerichtet, die illegal erworbenes Parteivermögen identifizieren und beschlagnahmen sollte. Sie ermittelte gegen die KMT und mit ihr assoziierte Organisationen, wie die Frauen- und Jugendorganisationen. Zwar versuchte die Partei, die gegen sie gerichteten Ermittlungen zu nutzen, um sich als Opfer einer politisch motivierten Verfolgung zu stilisieren, doch es gab Belege dafür, dass die KMT und die mit ihr assoziierten Organisationen sich während der Diktaturzeit mit Steuergeldern und aus dem Vermögen des Staates bereichert hatten. Zum Beispiel hatten sie

Gebäude und Land der japanischen Kolonialmacht übernommen, die nach dem Ende der japanischen Herrschaft dem taiwanischen Staat hätten zugesprochen werden müssen. Unternehmen mussten teilweise an die KMT „spenden“, wenn sie in Taiwan aktiv sein wollten. Einige taiwanische Unternehmen gehörten direkt der Partei oder wurden von ihr gesteuert. In Taiwans Einparteiendiktatur waren die Grenzen zwischen Staat und Partei fließend, ähnlich wie in der DDR zwischen dem Staat und der Herrschaftspartei SED. Die Kommission beschlagnahmte diese unrechtmäßig erworbenen Teile des Parteivermögens und publizierte die Ergebnisse ihrer Untersuchung. Sie hatte etliche Vermögenswerte der KMT identifiziert, die bis dahin der Öffentlichkeit unbekannt waren und die die Partei nur hatte erwerben können, weil sie bis Anfang der 1990er-Jahre diktatorisch über Taiwan geherrscht hatte.

Zum Zweiten wurde eine Kommission zur Aufarbeitung vergangenen Unrechts eingerichtet. Die *Transitional Justice Commission* nahm im Mai 2018 die Arbeit auf. Zu ihren Hauptaufgaben gehörten die Untersuchung und Wiedergutmachung von Justizunrecht und die Beseitigung von Symbolen der KMT-Diktatur, wie Statuen und Orte mit Chiang Kai-sheks Porträt bzw. Namen. Ein zentrales Ergebnis ihrer Arbeit war die Aufhebung Tausender Unrechtsurteile aus der Diktaturzeit und die Rehabilitierung der Verurteilten. Die Kommission bat ebenfalls im Namen des Staates bei den Opfern und ihren Angehörigen um Entschuldigung.

Weitere Aufgaben der Kommission waren die Pflege des Andenkens und der Erinnerung an Orten, an denen Unrecht begangen wurde, sowie die Offenlegung von Akten über begangenes Unrecht. Viele der Akten über Verbrechen aus der Diktaturzeit waren von Chiang Kai-shek und seinen Nachfolgern als geheim eingestuft worden, um die eigene Herrschaft und die Täter zu schützen. Nach der Veröffentlichung ihres Abschlussberichts



Im Cihu Memorial Sculpture Park in der Nähe von Taoyuan befinden sich Hunderte Statuen Chiang Kai-sheks, die zuvor von öffentlichen Plätzen entfernt wurden. 23. März 2023

im Mai 2022 wurde die Kommission aufgelöst. Auf der Grundlage ihrer Arbeit und des Abschlussberichts wird die Vergangenheitsarbeit in einer eigens eingerichteten Abteilung für Menschenrechte und *transitional justice* im Exekutiv-Yuan fortgeführt, die als Nachfolger der Kommission eingerichtet wurde.

Zum Dritten hat Taiwan Einrichtungen, die die Forschung, Bildung und das Gedenken fördern, gestärkt. Im Jahr 2018 öffnete Taiwans Nationales Menschenrechtsmuseum, das in zwei ehemaligen Gefängnissen in Jingmei in Taipeh und auf der Grünen Insel vor Taiwans südöstlicher Küste eingerichtet wurde. Die beiden Gefängnisse beherbergten in der Zeit der KMT-Diktatur und des Weißen Terrors politische Gefangene. In Jingmei wurden Tausende Menschen inhaftiert, zudem wurden politische Gefangene gefoltert und hingerichtet. Heute erinnern Dauerausstellungen und Gedenkstätten für die Opfer an die Verbrechen der Diktaturzeit.

Ein Defizit bei der Aufarbeitung der Vergangenheit bleibt, dass Täter nicht benannt und bestraft wurden. Die Verantwortung Chiang Kai-sheks und seines Sohnes für viele Verbrechen ist zwar eindeutig belegt und wird auch häufig thematisiert. Von einigen Menschen in Taiwan wird ihre Rolle, insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der Insel unter ihrer Ägide, jedoch nach wie vor positiv gesehen. Die vielen anderen Verantwortlichen wurden in der Regel weder eindeutig benannt noch zur Rechenschaft gezogen.

Die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern ist eine Seite von *transitional justice*, die Versöhnung den Vorzug gibt. Die Benennung und Bestrafung der Täter ist die andere. Ihre Verfolgung wäre ein Schritt zu umfassender Gerechtigkeit. Sie birgt allerdings auch die Gefahr, Gräben in der Gesellschaft aufzureißen oder zu vertiefen. Taiwan hat sich bislang für einen Weg der Versöhnung, der Erinnerung und der Entschädigung entschieden. Ein Mittelweg wäre die Einrichtung einer Wahrheitskommission, vor der die Täter ihre Verbrechen gestehen und um Entschuldigung bitten. Im Gegenzug würde ihnen Straffreiheit gewährt werden.

Ein weiteres Defizit in der Aufarbeitung der Vergangenheit beruht darin, dass die japanische Kolonialzeit bislang nur unzureichend Teil dieses Prozesses ist. Zum einen liegt dies an der häufig positiven Wahrnehmung dieser Periode in Taiwan. Zum anderen sind kaum noch Opfer und Zeitzeug:innen aus dieser Zeit am Leben.

Die Situation der indigenen Bevölkerung

Etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung in Taiwan gehören indigenen Volksgruppen an. Immer wieder wurden sie in den Jahrhunderten wechselnder Fremdherrschaften auf Taiwan Opfer von Zwangsassimilation, von Landraub und politischer Unterdrückung, so auch während der KMT-Diktatur. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses in den 1990er-Jahren begannen Taiwans Indigene ihre Rechte einzufordern. Zugleich gab es politische Bemühungen seitens verschiedener taiwanischer Regierungen und Parlamente um verstärkte Maßnahmen und Politiken zum Schutz der Menschenrechte, inklusive der Rechte von Indigenen, die ihnen die Verwirklichung ihrer Kultur und traditionellen Lebensweise ermöglichen.

Schon 1984 hatte eine Gruppe aus 23 indigenen und Han-chinesischen Intellektuellen die Vereinigung für die Rechte der Indigenen Taiwans (engl. *Taiwan Aboriginal Rights Association*) gegründet, die Demonstrationen organisierte und sich für eine öffentliche Wahrnehmung der Indigenen und ihrer Belange einsetzte. Im Jahr 1994 wurde eine ihrer zentralen Forderungen erfüllt, indem der Verfassung der Republik China (Taiwan) ein Artikel zum Status und zur politischen Partizipation von Indigenen hinzugefügt wurde. Auf der Basis dieses Artikels wurde im Jahr 2005 das Grundgesetz für indigene Völker (engl. *Indigenous Peoples Basic Law*) verabschiedet, welches das Fundament für die Rechte indigener Menschen in Taiwan bildet. Es ist eines der wenigen Gesetze in Asien zum Schutz indigener Rechte. Darin werden den Indigenen Sonderrechte wie etwa die partielle Nutzung ihres Landes und seiner natürlichen Ressourcen eingeräumt. Sie dürfen dort zum Beispiel für nicht kommerzielle Zwecke Wildtiere jagen und wilde Pflanzen und Pilze sammeln. Die Regierung und private Unternehmen müssen außerdem prinzipiell die Zustimmung der indigenen Bevölkerung einholen, wenn sie Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte auf indigenem Land durchführen wollen. Allerdings wird das in der Praxis nicht immer befolgt, zudem gelten die Sonderrechte nur für Land in staatlichem Besitz. Indigenes Land in Privateigentum, das über die Hälfte des indigenen Territoriums ausmacht, ist davon ausgeschlossen. Die Wiederherstellung traditioneller Namen von Orten, zum Beispiel von Bergen und Flüssen, ist ein weiteres Ziel dieses Grundgesetzes.

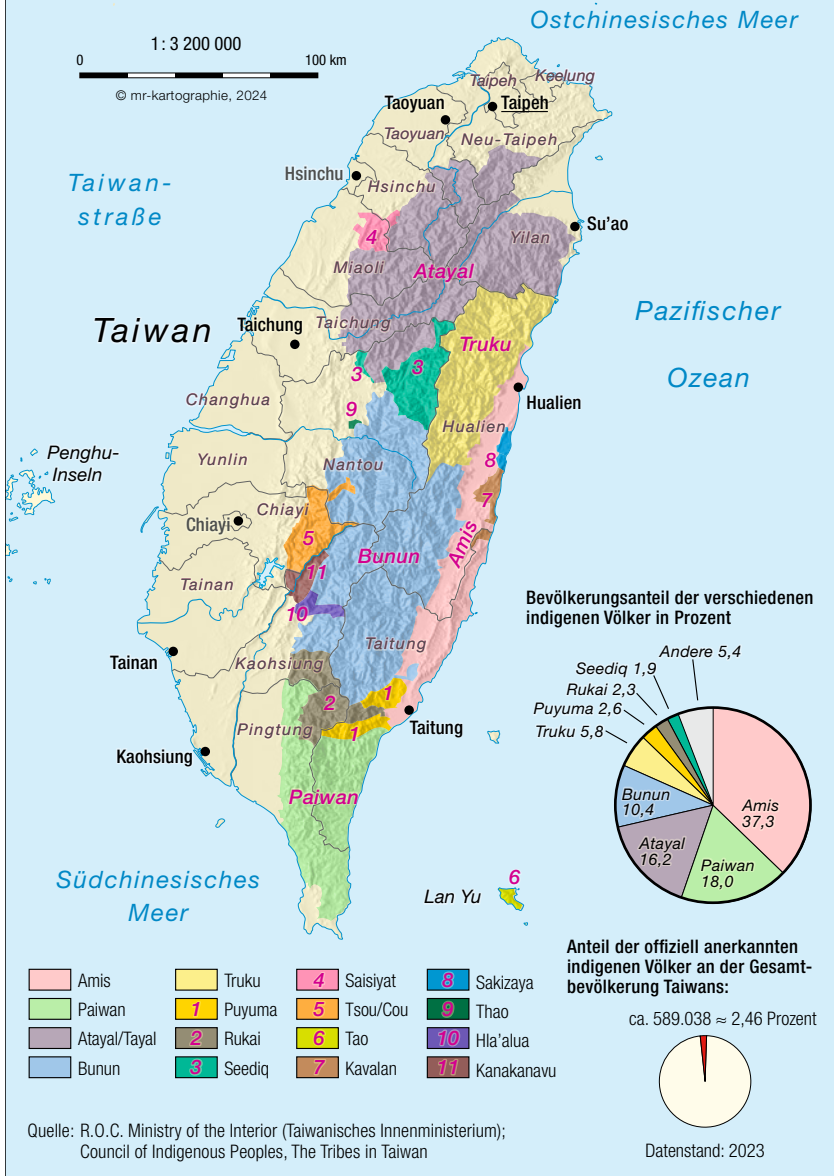
Gegenwärtig ist 16 verschiedenen, mehrheitlich in den Bergen heimischen, indigenen Völkern ein offizieller Status zugebilligt, allerdings gibt es noch weitere indigene Gruppen und Völker. Von den sieben bis zwölf (die genaue

Zahl ist umstritten) im Flachland und in den Küstenregionen lebenden Volksgruppen, die stärker in der chinesischen Mehrheitsgesellschaft aufgegangen sind, ist bisher nur das Volk der Kavalan staatlich anerkannt. Im Oktober 2022 verkündete der taiwanische Verfassungsgerichtshof allerdings, dass das aktuelle Gesetz zur Feststellung des indigenen Status verfassungswidrig ist. Innerhalb von drei Jahren muss der Gesetzgeber nun eine Lösung finden, um auch den traditionell im Flachland lebenden indigenen Volksgruppen einen offiziellen Status zu geben. Die Anerkennung als indigenes Volk beinhaltet die Gewährung von Minderheitenrechten. Seit 2017 gelten auch die Sprachen der 16 offiziell anerkannten indigenen Völker durch das „Gesetz zur Entwicklung der indigenen Sprachen“ als nationale Sprachen.

Indigene Menschen verfügen über alle staatsbürgerlichen Rechte, das heißt, sie können sich an den lokalen und nationalen Wahlen beteiligen. Darüber hinaus wurden Institutionen geschaffen, die ihnen eine zusätzliche Stimme geben, um ihre Interessen auf lokaler und nationaler Ebene besser vertreten zu können. Auf lokaler Ebene gibt es Stammesräte, die ihre Interessen in den Orten repräsentieren, in denen sie leben. Auf nationaler Ebene sind für die Indigenen sechs Sitze im Parlament reserviert, etwa fünf Prozent der Gesamtzahl der 113 Sitze. Es gibt zudem als Teil der Regierung einen Rat für indigene Völker (engl. *Council of Indigenous Peoples*), der sich um die Belange von indigenen Menschen kümmert, wie politische Teilhabe, Bildung, Kultur, Gesundheitsdienstleistungen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Den Vorsitz des Rates hat ein:e Minister:in indigenen Ursprungs inne, und der Rat besteht aus mindestens 19 von der Regierung ernannten Mitgliedern. Jedes anerkannte indigene Volk entsendet wenigstens eine Person. Die lokalen Stammesräte und der Rat für indigene Völker haben allerdings vor allem beratende Aufgaben, sie bilden keine parallelen politischen Strukturen.

Bis heute sind einige zentrale Fragen aus Sicht vieler indigener Menschen ungeklärt, darunter insbesondere die Landrechte. Eine Forderung von Aktivist:innen ist, dass das traditionelle Land der indigenen Völker den indigenen Menschen zugesprochen wird, inklusive von in Privatbesitz befindlichem Land. Das wird in Taiwans Gesellschaft kontrovers diskutiert, da damit vor allem an Taiwans Ostküste auch viele der Han-chinesischen Eingewanderten ihr Grundeigentum, das oft seit Generationen in Familienbesitz ist, verlieren würden. Hinzu kommen Forderungen nach der Überwindung von Diskriminierung und damit die Verwirklichung gleicher Rechte sowie sozialer, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe. Im Schnitt sind indigene Menschen häufiger arbeitslos

Von der taiwanischen Regierung offiziell anerkannte indigene Völker





Im Namen der taiwanischen Regierung entschuldigt sich Präsidentin Tsai Ing-wen öffentlich bei der indigenen Bevölkerung. 1. August 2016

und verfügen über niedrigere Einkommen und ein geringeres Bildungsniveau als die nicht indigene Mehrheitsgesellschaft.

Neben der Debatte um den gegenwärtigen Status und die Rechte für Angehörige indigener Völker spielt auch die Anerkennung und Kompensation vergangenen Unrechts eine Rolle. Im Bereich der Aufarbeitung der repressiven Vergangenheit setzte die damalige Präsidentin Tsai am 1. August 2016 einen Meilenstein. Im Namen der Republik China (Taiwan) bat sie die indigenen Völker für vergangenes Unrecht in den vier Jahrhunderten seit der Besiedlung Taiwans durch die europäischen, chinesischen und japanischen Siedler:innen um Entschuldigung. Außerdem hat ihre Regierung eine Kommission zur Aufarbeitung von vergangenem Unrecht an Indigenen eingerichtet (*Indigenous Historical Justice and Transitional Justice Committee*). Teil der Vergangenheitspolitik ist es, dass Taiwan seit den 2000er-Jahren zunehmend archäologische und andere kulturell bedeutsame Orte und Praktiken der indigenen Völker als historisches und kulturelles Erbe Taiwans anerkennt, die von der Regierung geschützt und gefördert werden.

Ein demokratisches Beispiel für erfolgreiches Pandemiemanagement

Taiwan war eines der erfolgreichsten Länder in der Vermeidung von Übertragungen, schweren Krankheitsverläufen und Todesfällen durch COVID-19 weltweit. Unter den demokratischen Staaten gelang es nur Japan, Neuseeland und Südkorea ähnlich gut, die Infektionsketten zu unterbrechen und Todesfälle zu verhindern. Das Land war virusfrei von April bis Dezember 2020 und von Januar bis April 2021 und kannte bis zum Frühjahr 2022 nur vergleichsweise kleine, meist lokal begrenzte Ausbrüche. Im Jahr 2020 hatte Taiwan lediglich 823 bestätigte Infektionen und neun Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus. Im Jahr 2021 gab es 16 303 bestätigte Infektionen und 842 Todesfälle. Im Frühjahr 2022 änderte die Regierung ihr Pandemiemanagement aufgrund der vergleichsweise milden, aber leicht übertragbaren Omikron-Variante, die eine vollständige Vermeidung von Übertragungen und Ausbrüchen fast unmöglich macht. Für die schrittweise Lockerung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sprach nicht nur, dass die gefährlicheren Varianten, wie Delta, weitgehend durch Omikron verdrängt worden waren, sondern auch, dass bereits ein Großteil der Bevölkerung zwei- bis dreimal geimpft war. Entsprechend erlebte Taiwan die erste große Infektionswelle im Frühjahr und Sommer 2022 mit Zehntausenden von täglichen Infektionen, aber wesentlich niedrigeren Todesraten als die meisten anderen Staaten der Welt während der ersten Wellen im Jahr 2020.

Taiwans Pandemiemanagement verhinderte viele Todesfälle und gesundheitliche Langzeitfolgen, wie Long Covid. Gleichzeitig konnte die Bevölkerung weitgehend normal ihrem Alltag nachgehen, während in zahlreichen anderen Staaten Einschränkungen des öffentlichen Lebens erfolgten. Drastische Maßnahmen, wie die strikten Ausgangssperren auf dem chinesischen Festland, gab es im demokratischen Taiwan nicht. Allerdings zeigte sich anhand der Behandlung von Arbeitsmigrant:innen in der Pandemie auch, dass die Rechte dieser Gruppe zu wenig Beachtung fanden.

Drei Faktoren können Taiwans überwiegend erfolgreiche Pandemiebekämpfung erklären: das Krisenmanagement und die unmittelbaren Maßnahmen zum Pandemieschutz, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft. Dazu kommt, dass Taiwans Gesundheitssystem, das häufig als eines der besten der Welt bezeichnet wird, einen universellen und günstigen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen

bietet und zudem für die ausgezeichnete Qualität seiner Gesundheitseinrichtungen bekannt ist.

Krisenmanagement

Zum Ersten war Taiwans Krisenmanagement durch schnelles und entschlossenes Handeln gekennzeichnet. Bereits am 30. Dezember 2019 kontrollierten taiwanische Beamt:innen des Gesundheitsministeriums in Taiwan ankommende Personen aus Wuhan auf Erkältungs- und Fiebersymptome. Die WHO kategorisierte COVID-19 erst am 11. März 2020 als eine globale Pandemie. Zu dem Zeitpunkt hatte Taiwan bereits alle wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung getroffen und umgesetzt.

Eine erste Säule des Krisenmanagements war die weitgehende Abschottung Taiwans nach außen. Dabei profitierte es von seiner Insellage, da eine Einreise nur über den Luft- oder Seeweg möglich ist und dadurch leichter kontrolliert werden kann. Am 9. März 2020 wurde die Einreise für alle ausländischen Besucher:innen, mit Ausnahme von Staatsangehörigen und Personen mit Aufenthaltsgenehmigung, untersagt. Bereits davor war Menschen aus Festlandchina die Einreise schrittweise verboten worden. Alle Ankommenden mussten sich für 15 Tage in eine streng überwachte Quarantäne begeben, deren Dauer erst im Jahr 2022 auf zunächst zehn und dann sieben Tage verringert wurde. Sie wurde unter anderem durch die sogenannte Funkzellenortung, das heißt die Ortung des Handys über das Mobilfunknetz, kontrolliert. Bei Verlassen der Funkzelle wurden automatisch sowohl die isolierte Person als auch die nächste Polizeidienststelle und das Gesundheitsamt informiert.

Die zweite Säule des Pandemiemanagements bildete die Nachverfolgung von Infizierten und Kontaktpersonen sowie deren Isolierung. Dafür wurden die Informationen aus Datenbanken verschiedener Ministerien und Behörden zusammengeführt, zum Beispiel Daten der Einwanderungsbehörde und der staatlichen Krankenversicherung. Dies erlaubte es medizinischem Personal unmittelbar auf die Reisegeschichte von Patient:innen zuzugreifen. Durch die staatlichen Datenbanken, die Sammlung der Daten von Besucher:innen in Restaurants, Bars und anderen öffentlichen Orten sowie die Speicherung von Bewegungsdaten der Handys konnte das für die Pandemiebekämpfung zuständige Zentrale Kommandozentrum für Epidemien schnell die Kontaktpersonen von infizierten Personen nachverfolgen und für diese häusliche Quarantäne anordnen oder – bei geringem Infektionsrisiko – sie dazu auffordern, mehrere Tage lang auf das Auftreten von Krankheitssymptomen zu achten und größere Menschenmengen zu meiden.

Kritik an der massenhaften Sammlung so vieler Daten, insbesondere von Bewegungs- und Kontaktdaten, durch den Staat kam vonseiten taiwanischer Menschenrechtsorganisationen. Die Regierung erließ daraufhin Maßnahmen zum stärkeren Datenschutz. So mussten alle Bewegungs- und Kontaktdaten, die beim Besuch etwa von Restaurants anzugeben waren, nach 28 Tagen bei der Regierung gelöscht werden. Zudem wurde der Umfang der dort anzugebenden Daten auf das für eine Kontaktaufnahme zwingend Notwendige reduziert. Nachdem Vorfälle von Datenmissbrauch durch einzelne Polizist:innen bekannt wurden, verbot ein Gerichtsurteil außerdem den Zugriff der Polizei und anderer Behörden auf die Daten, sodass sie nur noch dem Zentralen Kommandozentrum und den Gesundheitsbehörden zugänglich waren. Anders als in Deutschland war Datenschutz aber kein wichtiges Thema für die meisten Menschen in Taiwan. Vor allem die Effektivität der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde diskutiert und die Regierung eher dafür kritisiert, nicht strikt genug zu sein.

Eine weitere entscheidende Säule des Krisenmanagements war das Tragen medizinischer Masken, das seit August 2020 in den meisten öffentlichen Innenräumen, wie öffentlichen Verkehrsmitteln, Geschäften, Bars oder Clubs, vorgeschrieben war. Von Mai 2021 bis November 2022 galt die Maskenpflicht auch im Freien. Ausgenommen davon wurden im Frühjahr 2022 sportliche Aktivitäten, Aufenthalte am Strand sowie Wandern und Bergsteigen. Dabei reichte das Tragen einer einfachen medizinischen Maske aus. Die in Deutschland an vielen Orten vorgeschriebenen FFP2-Masken wurden in Taiwan außer von medizinischem Personal kaum verwendet. Das weitverbreitete Tragen von medizinischen Masken war auch deshalb möglich, weil alle in Taiwan seit Beginn der Pandemie immer Zugang zu Masken hatten und es keinen Mangel gab wie in Europa, den USA oder anderen Staaten. Ende Januar 2020 verbot Taiwan den Export von medizinischen Masken und etablierte im Februar 2020 ein Verteilungssystem, das anfangs erlaubte, zwei Masken pro Woche und Person in Apotheken oder online zu kaufen. Die Zahl wurde nach und nach erhöht. Zudem steigerte Taiwan rasch die Produktion: von 2,44 Millionen produzierten Masken pro Tag im Januar auf 13 Millionen im März 2020.

Auch das Impfen spielte bei der Bewältigung der Pandemie eine wichtige Rolle. Im März 2021 erhielt Taiwan die ersten Impfdosen gegen COVID-19 und begann im selben Monat mit der Impfung von medizinischem Personal. Ab Juni 2021 war die allgemeine Bevölkerung an der Reihe. Verwendet wurden vor allem die westlichen Impfstoffe AstraZeneca, BionTech/Pfizer und Moderna sowie der in Taiwan entwickelte und hergestellte Impfstoff Medigen. Chinesische

und russische Impfstoffe sind auf der Insel nicht zugelassen. Im März 2023 war eine Impfquote von 94 Prozent für die erste, 89 Prozent für die zweite und 76 Prozent für die dritte Impfdosis erreicht. Einen Impfwang gab es nicht, aber ähnlich wie in Deutschland Werbekampagnen der Regierung, die zur Impfung aufrufen, und Vorschriften, die bestimmte soziale Aktivitäten, wie den Gang ins Fitnessstudio, geimpften Personen vorbehalten.

Rechtliche und politische Rahmenbedingungen

Zum Zweiten konnte Taiwan so entschlossen und schnell handeln, weil es zuvor die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für ein effektives Pandemiemanagement geschaffen hatte und damit besser vorbereitet war als viele andere Staaten. Taiwan hat dabei aus der SARS-Epidemie 2003 gelernt, die zu über 80 Toten und Hunderten kranken Personen geführt hatte. Es war damals im Verhältnis zur Bevölkerungszahl das am stärksten betroffene Land. Die taiwanische Regierung hatte auf den Ausbruch zu langsam und zu unkoordiniert reagiert. Während der SARS-Epidemie waren die Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung und lokalen Behörden aufgeteilt, und dies führte zu Unsicherheit und teilweise zu Chaos. Nach dem Ende der SARS-Epidemie verabschiedeten Taiwans Regierung und Parlament eine Reihe von Reformen, um für die nächste Pandemie besser gerüstet zu sein. Als Gesundheitsminister in den Jahren 2003 bis 2005 wesentlich verantwortlich dafür war einer der führenden Epidemiologen in Taiwan: der frühere Vizepräsident (2016–2020) und Premierminister Taiwans (2023–2024), Chen Chien-jen.

Zum einen wurde das „Gesetz zur Kontrolle von übertragbaren Krankheiten“ (engl. *Communicable Disease Control Act*) im Jahr 2004 nach der SARS-Epidemie umfassend reformiert. Eine weitere wichtige Maßnahme war die Etablierung des Zentralen Kommandozenrums für Epidemien (engl. *Central Epidemic Command Center*, CECC), das im Falle einer Epidemie oder Pandemie aktiviert werden kann. Durch ein Gesetz (*Special Act for Prevention, Relief and Revitalization Measures for Severe Pneumonia with Novel Pathogens*), das am 25. Februar 2020 vor dem Hintergrund der Coronapandemie verabschiedet wurde, erhielt es weitreichende exekutive Befugnisse, was sich in deren weiterem Verlauf als entscheidend herausstellen sollte.

Aktiviert wurde das Kommandozentrum bereits am 20. Januar 2020, einen Tag vor dem ersten bestätigten Fall von COVID-19 auf der Insel. Das CECC wurde vom Gesundheitsminister bzw. seinem Stellvertreter geleitet. Dies war

bis Juli 2022 Chen Shih-chung, der dieses Amt seit 2017 innehatte. Das CECC besteht überwiegend aus medizinischem Personal und verfügt damit über die nötige Expertise, um wissenschaftsbasierte Entscheidungen für die Pandemiebekämpfung zu treffen. Es ist nicht nur befugt, über den Verlauf der Pandemie zu informieren und die Arbeit der verschiedenen Ministerien und Behörden in der Pandemiebekämpfung zu koordinieren, sondern kann auch weitgehend selbstständig alle wichtigen Entscheidungen treffen, zum Beispiel über die Quarantäneregelungen, Einreisebestimmungen, oder die Kontaktnachverfolgung. Die Entscheidungen müssen von allen staatlichen Ebenen und Institutionen befolgt und umgesetzt werden, unterliegen aber der rechtsstaatlichen Kontrolle, das heißt können durch Gerichte überprüft werden. Zudem kontrolliert Taiwans Parlament das CECC und kann ihm die Entscheidungsbefugnis entziehen. Sowohl Taiwans Gerichte als auch das Parlament haben dem CECC aber weitgehend freie Hand gelassen, da das Vertrauen dieser Institutionen in das CECC als zentrale und wissenschaftsbasierte Entscheidungsinstanz groß war. Darüber hinaus hat das CECC sich eng mit anderen Ministerien und mit Taiwans Zivilgesellschaft über die richtigen Maßnahmen abgestimmt (siehe unten).

Weiterhin hat sich Taiwans grundsätzliches Misstrauen in die Informationspolitik der chinesischen Regierung in der Pandemie als Vorteil herausgestellt. Während die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und andere Staaten den anfänglichen Informationen aus China Glauben schenkten, dass es keine Anzeichen für eine Übertragung des neuen Virus von Mensch zu Mensch gebe, war Taiwan bereits skeptisch. Noch Mitte Januar verbreitete die WHO diese Information – ein Zeitpunkt, zu dem die chinesische Regierung schon wusste, dass sich das Virus in Wuhan ausbreitete. Taiwan hatte die WHO bereits am 31. Dezember 2019 informiert, dass es Anzeichen für eine Übertragung von Mensch zu Mensch gebe, sowie auf die Isolierung von Patient:innen in Wuhan hingewiesen. Diese Information hatte die WHO allerdings ignoriert. Entsprechend begann Taiwan mit der Umsetzung eigener Maßnahmen, unter anderem mit der Aktivierung des CECC.

Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gesellschaft

Der dritte Faktor war die gut funktionierende Kommunikation und Kooperation zwischen Regierung und Bevölkerung. Das CECC informierte die Bevölkerung durch tägliche Pressekonferenzen, seine Webseite und soziale Medien umfassend. Der Gesundheitsminister als Direktor des CECC leitete in der Regel die täglichen Pressekonferenzen und bemühte sich, alle Fragen zu

beantworten. Verschiedene soziale Medien, wie das in Taiwan weitverbreitete Line (vergleichbar mit Whatsapp) und Facebook sowie X (ehemals Twitter), wurden intensiv genutzt, um Neuigkeiten über die Entwicklung der Pandemie und die Maßnahmen des CECC zu verbreiten. Die intensive Kommunikation des Kommando-Zentrums über vielfältige Medien und Kanäle, bei der die Entscheidungsprozesse in der Regel transparent gemacht und begründet wurden, trug zu einem hohen Vertrauen der Bevölkerung in das Pandemiemanagement der taiwanischen Regierung bei.

Darüber hinaus ging das CECC aktiv gegen Falschinformationen vor. Personen, die bewusst unwahre Aussagen verbreiteten, konnten von Taiwans Strafverfolgungsbehörden mit Geldstrafen belegt werden. Außerdem reagierte die Regierung schnell und gezielt mit Richtigstellungen im Internet. Die Regierung und taiwanische Wissenschaftler:innen haben China vorgeworfen, gezielt Falschmeldungen über die Pandemie in Taiwan zu verbreiten. Durch Hunderte von falschen Nutzerprofilen auf Facebook und Youtube wurde zum Beispiel die Sicherheit der Impfstoffe in Zweifel gezogen, die Zahl der Infizierten deutlich überhöht dargestellt oder verbreitet, dass Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen sich mit COVID-19 infiziert hätte, um die Legitimation der Regierung und ihres Pandemiemanagements zu unterminieren.

Taiwans Bevölkerung hielt sich insgesamt sehr gut an die Maßnahmen und Vorgaben der Regierung, wie das Vermeiden von sozialen Kontakten oder das Tragen medizinischer Masken. Dies war bereits vor der Pandemie bei Besuchen



Der taiwanische Gesundheitsminister und Leiter des Zentralen Kommando-Zentrums für Epidemien (CECC) Chen Shih-chung bei einer Pressekonferenz, 10. August 2020



Alltag mit Corona: Besucher:innen des Miaokou-Nachmarkts in Keelung mit medizinischen Masken, 29. Juli 2021

in Krankenhäusern sowie bei kranken Menschen üblich, um ihre Krankheitserreger nicht auf andere zu übertragen. Masken werden darüber hinaus häufig als Schutz vor Luftverschmutzung getragen. Während der Pandemie wurde dies nahezu allgemein umgesetzt, selbst in Situationen, in denen die Masken nicht vorgeschrieben waren, wie bei sportlichen Aktivitäten oder Wandern im Freien. Diese generell übliche Rücksichtnahme auf das Wohlbefinden anderer Menschen und das Befolgen der Regeln durch die Bevölkerung war ein wichtiger Faktor für Taiwans erfolgreiches Pandemiemanagement. So gab es beispielsweise auch relativ wenige Verstöße gegen die Quarantäne.

Insgesamt zeigt Taiwans Pandemiemanagement, wie eine Demokratie die Ausbreitung von COVID-19 eindämmen konnte, ohne gleichzeitig die Freiheit der Bürger:innen stark einzuschränken.

Die Behandlung von Arbeitsmigrant:innen

Eine Ausnahme bildeten allerdings Migrant:innen in Taiwan – eine ohnehin schon vulnerable Gruppe, deren Diskriminierung und mangelhafte Arbeitsbedingungen auch vor der Pandemie bereits von taiwanischen

Nichtregierungsorganisationen und der Europäischen Union kritisiert wurden. Ausgerechnet sie waren stark von Freiheitsbeschränkungen betroffen. In Taiwan arbeiten mehr als 700 000 Migrant:innen im Niedriglohnssektor. Vor allem in der Alten- und Krankenpflege, im Baugewerbe und in der Elektronikindustrie sind viele Menschen aus Indonesien oder den Philippinen beschäftigt. Die Arbeitsmigrant:innen sind grundsätzlich in Taiwans nationale Krankenversicherung einbezogen, die alle Kosten für notwendige medizinische Behandlungen trägt, inklusive Behandlungen von COVID-19. Für Migrant:innen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis wurden an mehreren Orten in Taiwan Impfzentren eingerichtet, wo sie sich impfen lassen konnten ohne Gefahr, verhaftet und ausgewiesen zu werden. In einigen Krankenhäusern konnten sie zudem anonyme Coronatests durchführen lassen und medizinische Behandlung erhalten.

In vielen Industrieunternehmen ist es allerdings üblich, dass die ausländischen Arbeitskräfte in Wohnheimen auf dem Fabrikgelände leben. Sie müssen sich häufig Schlafräume mit mehreren Personen teilen, sodass sie einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Ein Fall in der Stadt Miaoli im Juni 2021 sorgte für besonderes Aufsehen in Taiwan. Nach einem Coronaausbruch entschied die Lokalregierung, dass die Arbeitsmigrant:innen in mehreren Elektronikfirmen das Fabrikgelände, auf dem sich auch ihre Wohnheime befanden, nicht verlassen durften. Diese Beschränkung, die fast drei Wochen dauerte und über 6 000 Personen betraf, wurde von taiwanischen Menschenrechtsorganisationen als diskriminierend kritisiert. Und es wurden weitere Fälle bekannt, in denen Arbeitgeber:innen von ihren ausländischen Arbeitskräften verlangten, ihre Wohnheime nicht zu verlassen, selbst an deren freien Tagen. Ebenfalls betroffen von Diskriminierung waren ausländische Arbeiter:innen auf Fischerbooten, die die beengten Boote während der Pandemie für lange Zeiträume nicht verlassen durften und oft auch nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten.



UNITED NATIONS



4 Ein Land, das es nicht geben darf



Taiwan hat einen der mächtigsten Reisepässe der Welt. Staatsbürger:innen der demokratischen Inselrepublik können aktuell visafrei 143 Länder bereisen. Und das, obwohl nur die wenigsten dieser Länder diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Dass Taiwaner:innen weltweit gern gesehene Gäste sind, ist ein Zeugnis für Taiwans diplomatisches Geschick und seine globale Bedeutung. Einer der wenigen Orte, wo taiwanische Pässe dagegen nicht die Türen öffnen, sind die Vereinten Nationen. Seit einigen Jahren bleibt Taiwaner:innen der Zutritt zu ihren Gebäuden in New York City und Genf verwehrt. Taiwan sei kein UN-Mitglied, so die offizielle Begründung. Ein offensichtlich vorgeschobener Grund, denn Bürger:innen anderer Nichtmitgliedstaaten, zum Beispiel des Kosovo, finden dort weiterhin Einlass.

Taiwans Reisepass wurde im Jahr 2020 neu gestaltet – das Wort Taiwan wurde vergrößert, während der englische Begriff *Republic of China* verkleinert und an den Rand des Staatswappens verbannt wurde. Es ist eine kreative Lösung für ein scheinbar aussichtsloses Problem: Der offizielle Name des Staates, der Taiwan, Penghu, Kinmen, Matsu und eine Handvoll weiterer kleiner Inseln demokratisch verwaltet, ist „Republik China“.



Die taiwanische Regierung präsentiert den neu gestalteten Reisepass. 2. September 2020

Gleichzeitig sehen sich die Einwohner:innen Taiwans immer weniger als Chines:innen (siehe Kapitel 7). Im Ausland möchten sie nur ungern mit Bürger:innen der Volksrepublik China verwechselt werden. Ein Problem, mit dem viele Taiwaner:innen auch in Deutschland immer wieder konfrontiert sind. Um die Hintergründe dieses Phänomens zu verstehen, lohnt es sich, einen kurzen Blick auf die wechselnden historischen Herrschaftsverhältnisse in der Region zu werfen (siehe auch Kapitel 2).

Als die Republik China am 1. Januar 1912 auf dem chinesischen Festland gegründet wurde, gehörten Taiwan und Penghu noch zu Japan. Vor 1895 waren die Inseln offiziell Teil des Qing-Kaiserreiches gewesen, dessen Einflussbereich zu diesem Zeitpunkt weite Teile Chinas, Tibets, Ost-Turkestans (Xinjiang) und der Mongolei umfasste. 1885 hatten die Qing Taiwan offiziell zur Provinz erklärt, um ihren Herrschaftsanspruch über die Insel zu stärken, nachdem die Franzosen während des Sino-Französischen Krieges (1884–1885) ein Fort im nordtaiwanischen Keelung errichtet hatten. In Wahrheit beschränkte sich der Einfluss der chinesischen Bürokratie zu diesem Zeitpunkt nur auf den westlichen Teil der Insel, wo sich seit dem 17. Jahrhundert Siedler:innen vom chinesischen Festland niedergelassen hatten. Erst den Japanern gelang es, mithilfe massiver militärischer Anstrengungen und repressiver Kampagnen gegen die indigene Bevölkerung, die gesamte Insel unter ihre Herrschaft zu bringen.

Nachdem die USA 1945 die Städte Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben vernichtet und Japan damit zur Kapitulation gezwungen hatten, wurden Taiwan und Penghu von den Alliierten in die Obhut der Republik China gegeben. Sowohl die Republik als auch die Volksrepublik sehen darin eine „Rückgabe“ Taiwans an China (engl. *retrocession*). Sie gründen diesen Anspruch auf den Text der sogenannten Kairoer Erklärung (engl. *Cairo Declaration*), in der die USA, Großbritannien und China 1943 Kriegsziele gegenüber Japan formuliert hatten. In dem Dokument erklären die Alliierten, dass die Mandschurei, Taiwan und Penghu nach dem Krieg an die Republik China „zurückgegeben“ werden sollten. Es handelte sich aber hierbei lediglich um eine Absichtserklärung und nicht um einen völkerrechtlich wirksamen Vertrag. In der Potsdamer Erklärung (engl. *Potsdam Declaration*) vom Juli 1945 bekräftigten die USA, Großbritannien und die Republik China dann offiziell ihren Willen, dass die Bedingungen der Kairoer Erklärung erfüllt werden müssten.

Dennoch war die Frage der chinesischen Souveränität über Taiwan und Penghu auch nach 1945 nicht unumstritten – sogar innerhalb der Republik China gab es verschiedene politische Interpretationen. Noch im Januar 1949,

vor der Flucht der Kuomintang (KMT) nach Taiwan (siehe unten und Kapitel 2, „Übergabe Taiwans“), wies Chiang Kai-shek seinen Statthalter in Taipeh zurecht, als dieser die Insel öffentlich als „antikommunistisches Bollwerk“ bezeichnet hatte. Seine Regierung verwaltete Taiwan bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Japan nur treuhänderisch, so Chiang in einem Brief an den kurz zuvor eingesetzten Gouverneur Chen Cheng.

Aber selbst dieser offizielle Friedensvertrag zwischen der Republik China und Japan, der 1952 in Taipeh geschlossen wurde (Vertrag von Taipeh), hält nur fest, dass Japan seine Rechte und seinen Anspruch auf Taiwan und Penghu aufgibt. Das Gleiche gilt für den Vertrag von San Francisco, der den Krieg zwischen den Alliierten und Japan offiziell beendete, bei dessen Unterzeichnung im Jahr 1951 aber weder die Republik China noch die neu gegründete Volksrepublik China anwesend waren. Vier Jahre später bestätigte US-Außenminister John Foster Dulles, ein Mitverfasser des Vertrags von San Francisco, dass Taiwan in Wahrheit niemandem überlassen worden sei. Japan habe „lediglich auf seine Souveränität über Taiwan verzichtet“¹, so Dulles.

Als sich im chinesischen Bürgerkrieg 1949 eine Niederlage der republikanischen Truppen abzeichnete, flohen Chiang Kai-shek und der gesamte Staatsapparat der Republik China nach Taiwan, wo sie faktisch eine Exilregierung etablierten. Neben Taiwan und Penghu konnten die Nationalisten unter der Führung Chiangs nur die direkt vor der Küste der Provinz Fujian gelegenen Inseln Kinmen (ehem. Quemoy) und Matsu halten. Aus militärischer Sicht hatten die Inseln eine strategische Bedeutung für eine mögliche Rückeroberung des Festlands. Außerdem sollten sie im Falle eines kommunistischen Angriffs als erste Verteidigungslinie dienen. Die Kontrolle über die Inseln hatte aber auch eine psychologische Komponente. Es war das letzte Band, das die Republik China mit ihrem alten, chinesischen Staatsgebiet verband und somit ein wesentlicher Faktor für Chiangs Herrschaftslegitimität und das Existenzrecht der Republik China. Bis heute fühlen sich viele Menschen auf Kinmen und Matsu vor allem als Chines:innen. Anders als ihre taiwanischen Mitbürger:innen haben sie die 50 Jahre japanischer Kolonialzeit nicht erlebt. Auch aufgrund der jahrzehntelangen Militarisierung ihrer Heimat unterscheidet sich die Mentalität

1 United States Department of State, Foreign relations of the United States, 1955–1957. China, Volume II (1955–1957), Seite 620, <https://search.library.wisc.edu/digital/AK7LYDN2XR55Z78Q/pages/AHFO4AQHME05VS8Y> (1.2.2024)

und politische Einstellung der Menschen auf Kinmen und Matsu merklich von denen der Taiwaner:innen.

Internationale Marginalisierung

Auch nachdem Mao Tse-tung am 1. Oktober 1949 in Peking die Volksrepublik China ausgerufen hatte, vertrat die Exilregierung der Republik China in Taipeh weiterhin den Standpunkt, sie sei die einzige legitime Vertreterin ganz Chinas. So waren etwa in der nach Taiwan verlegten Nationalversammlung bis 1991 Abgeordnete aller chinesischen Provinzen vertreten. Die Republik hatte 1945 zu den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen gehört und als eine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges außerdem einen der fünf ständigen Sitze im UN-Sicherheitsrat erhalten. Das änderte sich auch nach dem Verlust des chinesischen Festlands und der Gründung der Volksrepublik China nicht. Die Diplomaten:innen der Regierung in Taipeh vertraten zunächst also ganz China in der UNO.

Während des Kalten Krieges wurde dieser Anspruch lange Zeit toleriert. Jedes Jahr versuchten Verbündete der Volksrepublik China zwar, die Aufnahme des kommunistischen Landes in die UNO zu erwirken. Mithilfe verfahrensrechtlicher Manöver gelang es den USA aber wiederholt, dies zu verhindern. Mit der Zeit wurde das Lager um die Republik China immer kleiner, bis im Januar 1971 schließlich die folgenreichtige Resolution 2758 verabschiedet wurde. In dem von Albanien eingebrachten Text heißt es:

„Die Generalversammlung der Vereinten Nationen [...] beschließt, alle Rechte der Volksrepublik China wiederherzustellen und die Vertreter ihrer Regierung als die einzigen rechtmäßigen Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen anzuerkennen und von nun an die Vertreter Chiang Kai-sheks von dem Platz zu entfernen, den sie zu Unrecht in den Vereinten Nationen und all ihren Organisationen einnehmen.“¹

Die Resolution wurde mit 76 zu 35 Stimmen angenommen. Siebzehn Länder enthielten sich. Während die USA dagegen stimmten, votierte die Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten für den Antrag. Die Bundesrepublik und die DDR

1 United Nations General Assembly Session 26 Resolution 2758, Restoration of the lawful rights of the People's Republic of China in the United Nations, A/RES/2758(XXVI), 25. Oktober 1971, <https://digitalibrary.un.org/record/192054?ln=en> (1.2.2024)

waren damals noch nicht Teil der Vereinten Nationen und daher nicht stimmberechtigt. Als ihre Niederlage bereits absehbar war, erklärten die Vertreter der Republik China kurz vor der Abstimmung ihren Rückzug aus der UNO.

Die USA hatten bis zuletzt versucht, die Annahme der Resolution zu verhindern. Doch nach dem Bruch zwischen der VR China und der Sowjetunion hatten die öffentlichen Annäherungsversuche zwischen Washington und Peking dazu geführt, dass die Volksrepublik international aufgewertet wurde. Zur Lösung der UN-Frage hatten die USA schließlich eine „doppelte Repräsentation“ (engl. *dual representation complex*) für China vorgeschlagen, bei der sowohl Taipeh als auch Peking einen Sitz in der UN-Generalversammlung erhalten hätten. Der chinesische Sitz im Sicherheitsrat wäre dabei an Peking gefallen. Lange hatte sich Chiang Kai-shek gegen eine solche Lösung gewehrt. Für ihn galt der Leitspruch „Patrioten und Verräter können nicht koexistieren“ (chin. *Han zei bu liangli*). Die Aufgabe des chinesischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat war für ihn nicht verhandelbar. In den vergangenen Jahren freigegebene Akten haben aber gezeigt, dass die Republik China, trotz ihres öffentlich zur Schau gestellten Widerstandes gegenüber dieser Lösung, zuletzt wohl bereit gewesen wäre, eine doppelte Repräsentation zu akzeptieren. Die Annahme der Resolution 2758 machte dies aber letztlich unmöglich. Befürworter:innen einer taiwanischen Unabhängigkeit werfen Chiang bis heute vor, die langfristigen Interessen des taiwanischen Volkes ignoriert zu haben. Hätte er früher eingelenkt und nicht so lange an seinem Anspruch festgehalten, ganz China zu vertreten, wäre Taiwan heute womöglich Teil der Vereinten Nationen.

Nach der Niederlage vor der UNO und Nixons viel beachteter China-Reise im darauffolgenden Jahr erhielten die USA die offiziellen Beziehungen zur Republik China noch bis Ende 1978 aufrecht. In einer Fernsehansprache am Abend des 15. Dezember 1978 erklärte Präsident Jimmy Carter schließlich die Absicht seiner Regierung, am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen. Taipeh wurde erst wenige Stunden zuvor über die Pläne der Vereinigten Staaten unterrichtet. Dies bedeutete eine dramatische Veränderung des internationalen Machtgefüges und für die Republik China den Verlust der staatlichen Anerkennung durch ihren wichtigsten und mächtigsten Verbündeten. Im *Joint Communique of the United States of America and the People's Republic of China* von 1979, in dem beide Seiten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarten, machten die USA ihre Position in der Repräsentationsfrage deutlich: Die Regierung der Volksrepublik



Die Delegation der Volksrepublik China nimmt offiziell ihren Sitz in der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein. 15. November 1971

China sei die einzige rechtmäßige Regierung Chinas. Gleichzeitig nehme man Chinas Position „zur Kenntnis“ (engl. *acknowledge*), dass Taiwan ein Teil des chinesischen Territoriums sei. Die USA haben seitdem wiederholt klargestellt, dass dies nicht mit einer Anerkennung der chinesischen Position gleichzusetzen sei. Die „Ein-China-Politik(en)“ der USA und vieler anderer Länder besagt, dass sie die Volksrepublik als einzigen Repräsentanten Chinas offiziell anerkennen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie Taiwan als Teil der Volksrepublik China verstehen. Die „Ein-China-Politik“ unterscheidet sich daher vom sogenannten Ein-China-Prinzip Pekings, das Taiwan als integralen Bestandteil der Volksrepublik China betrachtet. Auch wenn die Volksrepublik versucht, in ihrer öffentlichen Kommunikation das „Ein-China-Prinzip“ mit der „Ein-China-Politik“ gleichzusetzen, müssen beide Konzepte unterschieden werden.

Aus US-amerikanischer Sicht ist der völkerrechtliche Status Taiwans also weiter ungeklärt. Die bilateralen Beziehungen zu Taiwan werden seit dem Abbruch offizieller diplomatischer Beziehungen durch den *Taiwan Relations Act* (TRA) von 1979 geregelt. Neben der Lieferung defensiver Waffen (siehe Kapitel 8, „Rolle der USA“) ist im TRA außerdem vorgesehen, dass die USA



US-Präsident Richard Nixon schüttelt dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung, die Hand. Das Foto wurde während Nixons historischer Reise nach China 1972 aufgenommen.

unterhalb der staatlichen Anerkennung mit Taiwan enge Beziehungen auf allen Ebenen unterhalten können und sollen. Gleichzeitig hat Washington wiederholt deutlich gemacht, dass die USA eine formale taiwanische Unabhängigkeit nicht unterstützen und sich für die Bewahrung des Status quo einsetzen.

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, die internationale Öffentlichkeit in der Taiwan-Frage für sich zu gewinnen. Ein wichtiger Baustein dieser Propagandakampagne ist

die inhaltliche Verzerrung und rhetorische Verknüpfung der Resolution 2758 mit dem chinesischen „Ein-China-Prinzip“. In internationalen Foren und auf sozialen Medien wie Twitter/X ziehen chinesische Diplomaten:innen die Resolution immer wieder als Beweis dafür heran, dass die internationale Gemeinschaft Taiwan längst als einen Teil der Volksrepublik anerkannt habe. Allerdings bezieht der Text der Resolution nicht Stellung zum völkerrechtlichen Status Taiwans, sondern behandelt lediglich die Frage, ob die Volksrepublik China oder die „Vertreter Chiang Kai-sheks“ den UN-Sitz für China einnehmen sollten. Die Taiwan-Frage wird in dem Resolutionstext mit keinem Wort erwähnt.

Republik China oder Taiwan?

Der Verlust des UN-Sitzes war ein herber Schlag für die Regierung der Republik China. Chiang Kai-shek selbst hatte noch Pläne gehegt, das chinesische Festland zurückzuerobern. Aber nachdem größere militärische Kampagnen 1962 und 1965 gescheitert waren, verkam die „Rückeroberung des Festlandes“ mehr und mehr zu einem Propagandaslogan statt einer politikbestimmenden Strategie. Auch die USA machten Taipeh gegenüber wiederholt deutlich, dass sie kein Interesse an einer militärischen Auseinandersetzung mit der Volksrepublik hätten. So konnte Chiang, der auf amerikanische Unterstützung angewiesen war, schließlich zur Zurückhaltung gedrängt werden.

Nach Chiang Kai-sheks Tod 1975 übernahm dessen Sohn Chiang Ching-kuo die Regierungsgeschäfte. Er folgte der politischen Leitlinie seines Vaters und schwor 1979, nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA, man werde mit den Kommunisten „nicht in Kontakt treten, keine Verhandlungen führen und keine Kompromisse eingehen“ (sog. Three Noes). Chiang gab gegenüber der *New York Times* sein Ehrenwort, dass die Republik China niemals mit den Kommunisten verhandeln würde. „Das ist eine Frage von Leben und Tod“,¹ so Chiang. Diesen Anspruch musste er aber bereits wenige Jahre später wieder aufgeben. Nach der Entführung eines taiwanischen Flugzeugs 1986 ließ er erstmals Gespräche mit Vertretern der Volksrepublik zu. Ein Pilot der staatlichen taiwanischen Fluggesellschaft China Airlines, der 1949 zusammen mit der Kuomintang (KMT) nach Taiwan geflohen war, hatte ein Frachtflugzeug im chinesischen Guangzhou gelandet, um zu seiner Familie zurückzukehren.

Nachdem das Kriegsrecht in Taiwan 1987 aufgehoben und der Bürgerkriegszustand mit dem Festland damit einseitig beendet war, erlaubte die Republik China ihren Bürger:innen schließlich, Verwandte auf dem Festland zu besuchen. Die Aufhebung des Kriegsrechts und die daraufhin einsetzende politische Liberalisierung führten dazu, dass endlich Raum für offene Diskussionen über die Taiwan-Frage und die Beziehungen zum Festland geschaffen wurde. Erstmals wurden auch taiwanische Stimmen gehört und nicht nur die politisch einflussreiche Klasse der *Waishengren* (Chines:innen, die zwischen 1945 und 1955 nach Taiwan eingewandert waren), deren Vertreter Taiwan jahrzehntelang mit militärischer Gewalt regierten.

Noch vor den ersten demokratischen Wahlen wurden 1991 unter Präsident Lee Teng-huis Führung „Leitlinien zur Vereinigung des Landes“ verabschiedet. Darin räumte die KMT-Regierung erstmals ein, dass es innerhalb Chinas „zwei politische Gebilde“ (engl. *political entities*) gebe. Gemeint waren damit die Republik China auf Taiwan und die Volksrepublik China auf dem chinesischen Festland. Dieses Konzept spielte auch bei den ersten Verhandlungen zur möglichen Regelung der Beziehungen zwischen Taiwan und China im Jahr 1992 in Hongkong eine wichtige Rolle.

1 „Chiang's Son Bars Talks With Peking“, *The New York Times*, 23. Januar 1973, <https://www.nytimes.com/1973/01/23/archives/chiangs-son-bars-talks-with-peking-threat-to-other-lands-seen.html> (1.2.2024)

Der Konsens, der keiner war

Der sogenannte Konsens von 1992 (engl. *1992 Consensus*) ist wohl eines der wichtigsten und am häufigsten zitierten Konzepte in den *Cross Strait Relations*, das heißt, den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße. Umso verwunderlicher ist es, dass der genaue Inhalt dieses angeblichen Konsenses so umstritten ist.

Im Oktober 1992 trafen sich die Delegationen der Straits Exchange Foundation (SEF, Republik China) und der Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS, Volksrepublik China) in der britischen Kronkolonie Hongkong, um über die Handhabung von notariellen Beglaubigungen und postalischen Einschreiben zwischen den beiden Seiten zu verhandeln. SEF und ARATS wurden als semi-offizielle Organisationen gegründet, um die bilateralen Beziehungen unterhalb der offiziellen Regierungsebene zu regeln. Während der Verhandlungen bestand die Volksrepublik darauf, dass man sich als Grundlage für die Gespräche zuerst auf das „Ein-China-Prinzip“ einigen müsse. Gemeint war damit die Vorstellung, dass es nur eine einzige chinesische Nation gebe. Was dieses „eine China“ politisch bedeutete, also ob die Republik oder die Volksrepublik dieses China repräsentierte, ließ man dabei bewusst im Unklaren. Laut der Lesart der damaligen taiwanischen Regierungspartei KMT einigten sich beide Seiten schließlich darauf, dass jede Seite selbst mündlich erklären könne, was es mit diesem einen China auf sich habe. Diese Formel wurde bald als „Ein China, verschiedene Interpretationen“ (chin. *Yi Zhong ge biao*) bekannt und ist auch heute noch Teil des politischen Vokabulars in Taiwan. Um den kontroversen Inhalt dieser Formel weiter zu verwischen, brachte der damalige Minister des taiwanischen Rats für Festlandangelegenheiten Su Chi im Jahr 2000 den Begriff „Konsens von 1992“ ins Spiel. Der Rat für Festlandangelegenheiten (engl. *Mainland Affairs Council*) ist das für die Beziehungen zur Volksrepublik China, inklusive Hongkong und Macau, zuständige Ministerium in Taiwan. Die SEF ist eine dem Ministerium untergeordnete Behörde, allerdings formal mit einem speziellen Rechtsstatus.

Tatsächlich hat die Volksrepublik China jedoch nie öffentlich bestätigt, dass man sich auf „verschiedene Interpretationen“ geeinigt habe, und verwendet den Begriff „Konsens von 1992“ mittlerweile synonym mit dem „Ein-China-Prinzip“. Zum 30. Jubiläum der Hongkonger Gespräche stellten chinesische Staatsmedien 2022 erneut klar, dass es in der Frage keine unterschiedlichen Interpretationen gebe. Der Konsens von 1992 bestehe darin, dass beide Seiten der Taiwanstraße zu einem China gehören und „gemeinsam auf eine Vereinigung hinarbeiten“

würden.¹ Auch aus diesem Grund vermied es Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen bewusst, den Begriff „Konsens von 1992“ für sich zu übernehmen. In ihrer Antrittsrede im Jahr 2016 bestätigte sie lediglich, dass beide Seiten 1992 „einige gemeinsame Vorstellungen und Verständigungen erzielt“ hätten und sie diese historische Tatsache respektiere. Mittlerweile gibt es selbst in der KMT keine Einigkeit mehr darüber, was der Konsens eigentlich beinhaltet.

Xi Jinping, seit 2012 Generalsekretär der Kommunistischen Partei und seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China, brachte den „Konsens von 1992“ in einer Rede im Januar 2019 mit dem Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ in Verbindung. Die Formel war Anfang der 1980er-Jahre erstmals für eine mögliche Vereinigung mit Taiwan entwickelt, aber 1997 auf Hongkong angewandt worden, nachdem Großbritannien seine Kolonie an die Volksrepublik zurückgegeben hatte. Die Voraussetzung war, dass Hongkongs kapitalistisches System sowie der Rechtsstaat und die Menschenrechte für 50 Jahre unangetastet bleiben sollten. Die *Sino-British Joint Declaration*, in der die Übergabe Hongkongs geregelt wurde, ist ein bei den Vereinten Nationen registrierter völkerrechtlicher Vertrag. Chinas Außenministerium hat ihn aber 2017 als „historisches Dokument“ bezeichnet, das heute nicht mehr bindend sei. Das Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ kann im Fall Hongkongs somit als gescheitert bezeichnet werden. Hatte die große Mehrheit der Taiwaner:innen das Konzept für Taiwan bereits zuvor abgelehnt, verlor der sogenannte Konsens nach der Niederschlagung der Protestbewegung und der darauffolgenden weitreichenden Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten in Hongkong endgültig an Überzeugungskraft.

Eigen- und Fremdwahrnehmung: Wer bin ich, und wenn ja, wie viele?

In den 1990er-Jahren arbeitete Tsai Ing-wen unter dem damaligen Präsidenten Lee Teng-hui als politische Beraterin für den Nationalen Sicherheitsrat der Republik China. Damals entwickelte sie die Theorie, die Lee in einem Interview mit der Deutschen Welle 1999 erstmals öffentlich erwähnte: Die Beziehungen zwischen Taipeh und Peking seien „besondere zwischenstaatliche Beziehungen“

1 „Zhongguo guanmei: jiu'er gongshi' zhi you ,yi Zhong' meiyou ,ge biao"" [Chinesische Staatsmedien: Der ‚Konsens von 1992‘ kennt nur ‚ein China‘ und keine ‚verschiedenen Interpretationen‘], *Lianhe Zaobao*, <https://www.zaobao.com.sg/realtime/china/story20220910-1311688> (13.2.2024)

(engl. *special state-to-state ties*) und nicht etwa vergleichbar mit der Beziehung zwischen einer Lokal- und einer Zentralregierung oder einer Rebellen­gruppe und einer rechtmäßigen Regierung. Bei einer Rede an der Cornell University in den USA hatte Lee 1995 außerdem erstmals von der „Republik China auf Taiwan“ gesprochen. Diese auf den ersten Blick unscheinbare Ergänzung war ein Durchbruch in der Beschreibung der tatsächlichen Situation der Republik China und ein wichtiges öffentliches Eingeständnis, dass die Republik China das Festland nicht mehr repräsentierte und zunehmend mit Taiwan gleichzusetzen war.

Lee, der die Demokratisierung und „Taiwanisierung“ der Insel maßgeblich vorangetrieben hatte, wurde kurz nach dem ersten demokratischen Machtwechsel aus der KMT ausgeschlossen. Die Abneigung der hauptsächlich aus *Waishengren* bestehenden Parteibasis gegen den Taiwaner war mit der Zeit immer größer geworden. Die Partei machte ihn für die Wahlschlappe des Jahres 2000 und den Verlust des Präsidentenpalasts verantwortlich.

Der nächste KMT-Präsident war der in Hongkong geborene Ma Ying-jeou (2008–2012 und 2012–2016). Im Wahlkampf hatte Ma wiederholt seine emotionale Bindung zu Taiwan betont. Ob er sich selbst als Taiwaner oder Chinese sieht, ist bis heute aber unklar. Bei einem Fernsehduell im Jahr 2008 versprach er sich und sagte: „Ich bin mit taiwanischem Reis und taiwanischem Wasser aufgewachsen und bin ein Taiwaner. Ich bin auch ein Chine... ein Bürger der Republik China.“¹ Im Laufe seiner Präsidentschaft prägte er den Satz „Taiwan ist unsere Heimat und die Republik China ist unser Land“, der auch heute noch von Spitzenkandidat:innen der KMT verwendet wird. Bei einem China-Besuch im Frühjahr 2023 sagte Ma:

„Die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße gehören zur chinesischen Nation und sind Nachfahren des Yan-Kaisers und des Gelben Kaisers. Ich hoffe inständig, dass beide Seiten gemeinsam darauf hinarbeiten, Frieden zu verfolgen, Krieg zu vermeiden und die chinesische Zivilisation zu revitalisieren. Dies ist die unvermeidliche Verantwortung der Chines:innen beider Seiten der Taiwanstraße, auf deren Erfüllung wir unbedingt hinarbeiten müssen.“²

1 „Tan rentong Ma xian kouwu: ‚wo shi Zhongguo...‘“ [Beim Thema Identität leistet sich Ma beinahe einen Versprecher: „Ich bin ein Chine...“], *TVBS*, <https://news.tvbs.com.tw/politics/161308>. (14.2.2024)

2 Hsu Bo-song [Xu Bosong], „Wu wen Ma Yingjiu fangzhong: Zhongguo meiti ruhe baodao? ‚Zhonghua Minguo‘ han gei shei ting?“ [Fünf Fragen zu Ma Ying-jeous China-Reise: Wie berichten chinesische Medien? An wen ist sein Hinweis auf die „Republik China“ gerichtet?], *The Initium*, 11. April 2023, <https://theinitium.com/article/20230411-taiwan-former-president-ma-visit-china> (1.2.2024)

Seine Bemerkung, dass die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße Chines:innen seien, sorgte in Taiwan für starken Widerspruch. Ma hatte den Begriff *Zhongguoren* verwendet, der die Zugehörigkeit zu einem politischen Gebilde „China“ impliziert. Und nicht etwa den in Taiwan häufiger verwendeten Begriff *Huaren*, der eher eine abstrakte Zugehörigkeit zum chinesischen Kulturkreis impliziert.

Die aus der außerparlamentarischen Opposition heraus geborene Demokratische Fortschrittspartei (engl. *Democratic Progressive Party*, DPP) hatte sich in ihrem Parteistatut ursprünglich zum Ziel gesetzt, eine „Republik Taiwan“ zu gründen und den historischen Ballast der Republik China abzuwerfen. Seit 2016 ist sie Regierungspartei und neben der KMT eine der beiden wichtigsten Parteien in Taiwan. Ihr Statut gilt auch heute noch. Trotzdem haben die bisherigen DPP-Regierungen davon abgesehen, formell Taiwans Unabhängigkeit zu erklären. Stattdessen haben sie sich mit dem Status quo arrangiert. Eine im Jahr 1999 verabschiedete „Resolution über die Zukunft Taiwans“, die dem Parteistatut beigefügt wurde, hat die Partei in den Augen vieler Wähler:innen erst wählbar gemacht. Darin heißt es:

„Taiwan ist ein souveräner und unabhängiger Staat, dessen souveränes Territorium sich auf Taiwan, Penghu, Kinmen, Matsu, und die dazugehörigen Inseln beschränkt. [...] Taiwan ist gemäß der aktuellen Verfassung zwar als Republik China bekannt, aber nicht der Volksrepublik China über- oder untergeordnet. Alle Änderungen des Unabhängigkeitsstatus müssen von der Gesamtheit der taiwanischen Bevölkerung durch einen Volksentscheid entschieden werden.“¹

Chen Shui-bian, der im Jahr 2000 als erster DPP-Politiker zum Präsidenten gewählt wurde, hatte 2002 erstmals von „einem Land auf jeder Seite“ der Taiwanstraße (engl. *one country on each side*) gesprochen. Die *People's Daily*, das offizielle Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas, verurteilte Chens Äußerungen als „schwere Provokation“, ähnlich der Zwei-Staaten-Theorie Lee Teng-huis. Präsidentin Tsai Ing-wen vermied solche Aussagen während ihrer Amtszeit. In einer Rede zum Nationalfeiertag der Republik China im Jahr 2021 nahm sie Bezug auf die „Resolution über die Zukunft Taiwans“ ihrer Partei und

1 Democratic Progressive Party, Resolution on Taiwan's Future, 1999, Seite 64, <https://www.dpp.org.tw/en/upload/download/Resolutions.pdf> (1.2.2024)

erklärte lediglich, dass die Republik China und die Volksrepublik China „sich nicht gegenseitig untergeordnet“ seien. Immer wieder sprach Tsai außerdem von der „Republik China, Taiwan“ und setzte beide Begriffe damit gleich. Sie stellte sich damit in die Tradition ihres politischen Ziehvaters Lee Teng-hui, der von der „Republik China auf Taiwan“ gesprochen hatte. Bei ihren jährlichen Ansprachen zum Nationalfeiertag der Republik China, der an den Wuchang-Aufstand des Jahres 1911 und den Ausbruch der chinesischen Revolution erinnert, konzentrierte sie sich auf die gemeinsamen Lebenserfahrungen der Menschen, die auf Taiwan leben, seit die Republik 1949 „in Taiwan Fuß gefasst“¹ habe. Aber nicht nur die DPP hat ihren Standpunkt den Realitäten des Status quo angepasst. Auch die Verfassung der Republik wurde reformiert.

Während die Vorläufige Verfassung der Republik China des Jahres 1912 das Territorium der Republik noch relativ detailliert beschrieben hatte (22 Provinzen, Innere u. Äußere Mongolei, Tibet, Qinghai), blieb die 1947 in Kraft getretene aktuelle Fassung in dieser Frage eher vage: „Das Staatsgebiet der Republik China in seinen bestehenden Grenzen darf nur durch eine Entscheidung der Nationalversammlung verändert werden.“² Welche bestehenden Grenzen damit gemeint sind, bleibt unklar. In den staatlichen Institutionen der Republik China auf Taiwan hat sich schon seit Langem die Erkenntnis durchgesetzt, dass sie den historischen Anspruch auf das chinesische Festland nicht weiter aufrechterhalten können. Seit den 1990er-Jahren schlägt sich dieses Bewusstsein auch in der Verwaltung des Landes nieder. So werden zum Beispiel keine offiziellen Karten der Republik China mehr gedruckt, sondern nur Karten, die Taiwan und alle Gebiete zeigen, die in den tatsächlichen Herrschaftsbereich Taipehs fallen. Auch die Verfassung wurde über die Jahre um mehrere Zusatzartikel erweitert. So zum Beispiel im Jahr 1992, als erstmals festgelegt wurde, dass bei den Präsidentschaftswahlen nur die Einwohner des „freien Gebiets“ der Republik China stimmberechtigt sind. Dieses freie Gebiet beinhaltet nicht das von der Volksrepublik China kontrollierte Festland. Bei der 7. Verfassungserweiterung wurde 2005 außerdem beschlossen, dass das Territorium der Republik China nur durch einen Volksentscheid verändert werden kann. Im Mai 2023 stellte

1 Präsidentschaft Taiwan, „President Tsai delivers 2021 National Day Address“, 10. Oktober 2021, <https://www.president.gov.tw/News/26253> (1.2.2024)

2 „Constitution of the Republic of China (Taiwan)“, Laws & Regulations Database of The Republic of China (Taiwan), Ministry of Justice, <https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?pcode=A0000001> (19.3.2024)

das taiwanische Innenministerium außerdem klar, dass Bewohner:innen des chinesischen Festlandes keine Bürger:innen der Republik China (Taiwan) seien und auch keine entsprechenden Rechte und Pflichten besäßen.

Auch in der Welthandelsorganisation (WTO) ist Taiwan seit 2002 als „Gesondertes Zollgebiet Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu“ vertreten, was dem tatsächlichen Hoheitsbereich der Regierung in Taipeh entspricht. In anderen internationalen Organisationen, wie der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) wird Taiwan unter dem Namen „Chinesisch Taipeh“ geführt – aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Machthaber in Peking.

Bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) war Taiwan zwischen 2009 und 2016 ebenfalls unter dem Namen „Chinesisch Taipeh“ als Beobachter zugelassen. Seit dem Amtsantritt von Präsidentin Tsai Ing-wen im Jahr 2016 hat Peking jedoch alle Anträge Taiwans auf Teilnahme in der WHO blockiert (siehe Kapitel 3, „Pandemie“). Viele Staaten der Welt, inklusive der Bundesrepublik Deutschland, setzen sich seit einigen Jahren vermehrt für die fachliche Mitwirkung Taiwans in internationalen Organisationen ein.



Während der Eröffnungszeremonie für die Olympischen Winterspiele 2018 in Südkorea läuft das taiwanische Team unter der Olympischen Flagge „Chinesisch Taipeh“ ins Stadion von Pyeongchang ein. 9. Februar 2018

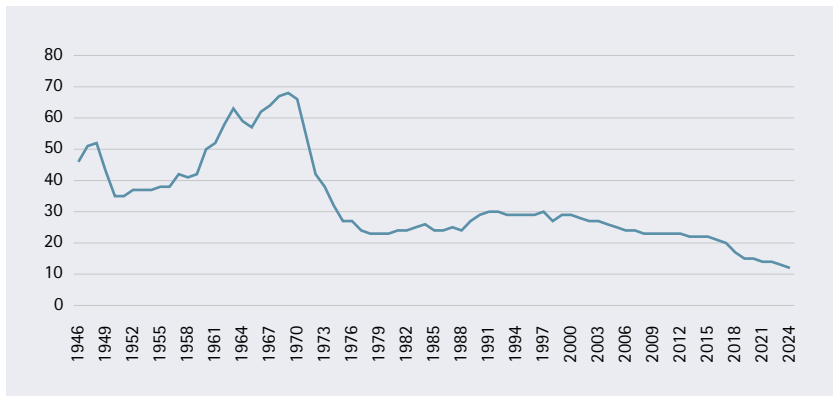
Was sagt das Völkerrecht?

Taiwans Existenz als unabhängiger Staat namens Republik China, der sein eigenes klar definiertes Staatsgebiet (das sogenannte freie Gebiet) und Staatsvolk (die Einwohner des „freien Gebietes“) hat, ist das, was Taiwaner:innen unter dem Status quo verstehen. Sie haben ihren eigenen Reisepass sowie ein funktionierendes Staatswesen, das von unabhängigen Expert:innen als eines der freiesten und demokratischsten Systeme weltweit eingestuft wird (siehe Kapitel 3, „Demokratie und Menschenrechte“). Sie haben einen Präsidenten, ein Parlament, ein Außenministerium und ein eigenes Militär, das sie vor einer feindlichen Übernahme schützen soll. Taiwan verfügt über alle Eigenschaften eines modernen Staates. Zu den Voraussetzungen für eine solche Staatlichkeit gehören laut der Konvention von Montevideo aus dem Jahr 1933 neben einem klar definierten Staatsgebiet und einer ständigen Bevölkerung auch die Staatsgewalt, das heißt die Fähigkeit, durch eine Regierung das eigene Territorium und Volk zu regieren. Hinzu kommt als viertes Kriterium die Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Mit anderen Worten muss ein Staat Institutionen und Repräsentanten besitzen, die diplomatische oder konsularische Aufgaben, wie das Führen von Verhandlungen und die Unterzeichnung von Verträgen etc., erfüllen können. Auch diese sogenannte äußere Souveränität ist im Falle Taiwans gegeben. Laut Artikel 3 der Konvention von Montevideo ist die Existenz eines Staates letztlich unabhängig von der Frage, ob dieser tatsächlich von anderen Staaten anerkannt wird. Also selbst wenn kein Land der Welt mehr diplomatische Beziehungen zur Republik China unterhielte, würde das völkerrechtlich nichts an ihrer Staatlichkeit ändern.

Diplomatische Waffenruhe und Scheckbuchdiplomatie

Mit der großen Mehrheit der Staaten pflegt Taiwan inoffizielle Kontakte in Form von Handelsbeziehungen und politischen Kontakten unterhalb der Ministerebene. Offiziell unterhält die Republik China (Taiwan) aber nur zu zwölf Staaten volle diplomatische Beziehungen. Die meisten dieser Verbündeten sind kleine Inselstaaten im Pazifik und der Karibik. In Europa hält lediglich der Vatikanstaat Taipeh die diplomatische Treue. Die Volksrepublik China versucht aktiv, auch diese verbliebenen Verbündeten abzuwerben. Dabei spielen finanzielle Anreize und Investitionen eine große Rolle. Bei dieser sogenannten Scheckbuchdiplomatie kann Taiwan auf Dauer nur schwer mit den Ressourcen

► **Abb.:** Anzahl der Länder mit offiziellen diplomatischen Beziehungen zur Republik China (Taiwan)



Quelle: eigene Statistik

Chinas mithalten. Im Jahr 2022 rief der Präsident Paraguays Taïpeh offen dazu auf, eine Milliarde US-Dollar in sein Land zu investieren, damit er seiner Bevölkerung besser vermitteln könne, warum die strategische Allianz mit Taiwan für sie von Vorteil sei.

Allein seit 2016 verlor Taiwan zehn seiner diplomatischen Verbündeten an die Volksrepublik China. Während der Präsidentschaft des chinafreundlichen Ma Ying-jeou (KMT) hatten sich beide Seiten gegenseitig keine Verbündeten abgeworben – ein Zustand, der als „diplomatische Waffenruhe“ bezeichnet wurde. Nach dem Wahlsieg der DPP-Kandidatin Tsai Ing-wen im Jahr 2016 kündigte die Volksrepublik diese Waffenruhe auf und nahm diplomatische Beziehungen mit Gambia auf, das

► **Tab.:** Staaten, die seit 2013 die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen haben

2013	Gambia
2016	São Tomé und Príncipe
2017	Panama
2018	Burkina Faso
2018	Dominikanische Republik
2018	El Salvador
2019	Salomonen
2019	Kiribati
2021	Nicaragua
2023	Honduras
2024	Nauru

Quelle: eigene Aufstellung

bereits im Jahr 2013 einseitig die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatte. Auch nach dem Wahlsieg von Lai Ching-te und Hsiao Bi-khim im Januar 2024 bestrafte Peking Taiwans Wähler:innen mit dem Abwerben eines „Verbündeten“. Zwei Tage nach der Wahl verkündete der Inselstaat Nauru seine Entscheidung, diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik aufnehmen zu wollen.

Die zwölf offiziellen „diplomatischen Verbündeten“, wie sie in Taiwan genannt werden, spielen eine wichtige Rolle dabei, in UN-Gremien das Wort für Taipei zu ergreifen. Gegenseitige Staatsbesuche geben der taiwanischen Regierung außerdem die Gelegenheit, ihre Staatlichkeit nach außen zu demonstrieren. Besuche bei den Verbündeten in Süd- und Mittelamerika bieten darüber hinaus Transitmöglichkeiten in die USA, bei denen das taiwanische Staatsoberhaupt mit amerikanischen Entscheidungsträger:innen zusammenkommen kann. So traf sich Tsai Ing-wen im April 2023 zum Beispiel auf dem Rückweg von einer Reise nach Guatemala und Belize in Los Angeles mit dem damaligen Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses Kevin McCarthy.

Auch wenn die verbliebenen „diplomatischen Verbündeten“ sowohl eine symbolische als auch eine ganz praktische Rolle spielen, gewinnen die inoffiziellen Kontakte zu „Nichtverbündeten“ immer mehr an Bedeutung. So machen die Handelsbeziehungen zu den „diplomatischen Verbündeten“ zum Beispiel nur einen Bruchteil der taiwanischen Außenhandelsbilanz aus. Und die Beziehung



Tsai Ing-wen auf Staatsbesuch in Guatemala: Gemeinsamer Presseauftritt mit dem guatemalteken Präsidenten Alejandro Giammattei nach der Unterzeichnung eines bilateralen Kooperationsabkommens, 31. März 2023

zu den USA ist aus militärischer Sicht von besonderer Bedeutung, weil sich Washington unter anderem verpflichtet hat, Taiwans Verteidigungsfähigkeit mit der Lieferung defensiver Waffensysteme zu stärken (siehe Kapitel 8, „Rolle der USA“). Gleichzeitig versuchen die USA ihren Einfluss dazu zu nutzen, um zu verhindern, dass Taipeh weitere „diplomatische Verbündete“ verliert. Diese Bemühungen sind aber nicht immer erfolgreich. So konnte Honduras im März 2023 nicht davon abgehalten werden, nach 82 Jahren die diplomatischen Beziehungen mit der Republik China zu beenden, um Beziehungen mit der Volksrepublik aufzunehmen. Einige Expert:innen argumentieren heute sogar, dass Taipeh seine Bemühungen einstellen sollte, seine verbliebenen Verbündeten zu halten. Die Ressourcen, die in diese Beziehungen investiert würden, seien anderswo besser aufgehoben.

Bei all den Diskussionen um Staatlichkeit und Unabhängigkeit muss eines klar sein: Die Republik China (Taiwan) ist *de facto* ein von der Volksrepublik China unabhängiger Staat. Wenn sich Taipeh unabhängig erklären sollte, dann wäre dies vor allem eine Unabhängigkeitserklärung von der historischen Republik China, die den Taiwaner:innen in jahrzehntelanger Militärherrschaft aufgezwungen wurde. Nach der UN-Charta hat jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung. Auf dieser Grundlage konnten sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele Nationen im Globalen Süden erfolgreich vom Kolonialismus befreien und eigene Staaten gründen. Selbst die Kommunistische Partei Chinas unterstützte in der Vergangenheit eine taiwanische Unabhängigkeit. Staatsgründer Mao Tse-tung sprach sich mehrfach für das Recht der Taiwaner:innen auf Selbstbestimmung und politische Unabhängigkeit aus. Noch 1947 sagte er in einer Radioansprache: „Wir unterstützen die Unabhängigkeit Taiwans und befürworten, dass Taiwan entsprechend den eigenen Anforderungen einen eigenen Staat gründet.“¹ Für Mao war Taiwans Situation vergleichbar mit der Koreas. Beide Nationen hätten ein Recht, unabhängige Staaten zu gründen. Erst ab 1949, nach der Flucht der KMT nach Taiwan, änderte sich die Haltung der Kommunisten zur Taiwan-Frage und sie begannen, von der „Befreiung“ Taiwans und der „Vereinigung“ mit dem Mutterland zu sprechen. Interessanterweise gab die Volksrepublik gleichzeitig ihre Ansprüche auf riesige Gebiete auf, die früher

1 „Mao Zedong: women zancheng Taiwan duli“ [Mao Tse-tung: Wir befürworten Taiwans Unabhängigkeit], *Radio Free Asia*, 29. Juli 2021, <https://www.rfa.org/cantonese/news/ear/history-mao-07292021060149.html> (1.2.2024)

ebenfalls Teil des Qing-Kaiserreiches waren und heute zu Russland und der Mongolei gehören. Erst 1978 wurde die Präambel der chinesischen Verfassung um den Satz ergänzt, dass Taiwan „heiliges chinesisches Territorium“ sei und „unbedingt befreit“ werden müsse. Vier Jahre später wurde der Anspruch der Volksrepublik nochmals konkretisiert, die ursprünglich eher militante Sprache aber etwas entschärft. Seit 1982 heißt es in der Präambel:

„Taiwan ist ein heiliger Teil des Territoriums der Volksrepublik China. Es ist die heilige Pflicht aller Chines:innen, einschließlich unserer Landsleute in Taiwan, die große Aufgabe der Vereinigung des Vaterlandes zu vollenden.“¹

Was China als „heilige Pflicht“ bezeichnet, könnte nicht weiter von den Wünschen und Erwartungen des taiwanischen Volkes entfernt sein. Nur etwa sieben Prozent der Taiwaner:innen wünschen sich schnellstmöglich oder in der Zukunft eine Vereinigung mit der Volksrepublik China. Der Wandel in der chinesischen Position seit Mao Tse-tungs Unterstützung einer taiwanischen Unabhängigkeit zeigt, dass es eine politische Entscheidung ist, Taiwan bis heute mit einer militärischen Annexion zu drohen. Anders als zum Beispiel Korea, das nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg unabhängig werden konnte, hat das Zusammenspiel aus Militärherrschaft der KMT und chinesischer Bedrohung eine taiwanische Unabhängigkeit bisher unmöglich gemacht.

Tatsächlich wurden alle Entscheidungen, die Taiwans heutigen internationalen Status beeinflusst haben, ohne Einbeziehung der Taiwaner:innen getroffen. Die Mehrheit der Menschen in Taiwan, Penghu, Kinmen, Matsu und den zugehörigen Inseln hat sich mit dem Namen, den Institutionen und Symbolen der Republik China, das heißt dem Status quo, arrangiert. Was sie davon abhält, die Verfassung zu ändern und auch *de jure* einen unabhängigen Staat zu gründen, ist vor allem die militärische Bedrohung Pekings. Mit dem Anti-Sessions-Gesetz hat China 2005 die rechtliche Grundlage für eine militärische Annexion Taiwans geschaffen, sollte sich die Insel unabhängig erklären oder eine Vereinigung mit friedlichen Mitteln aus anderen Gründen unmöglich werden. Unter diesen Umständen bleibt der taiwanischen Regierung nichts anderes übrig, als sich mit der bestehenden Republik China zu arrangieren und diese

1 Nationaler Volkskongress, Constitution of the People's Republic of China, 14. März 2004, http://www.npc.gov.cn/zgrdw/englishnpc/Constitution/2007-11/15/content_1372962.htm (1.2.2024)

so zu reformieren, dass sie der Lebensrealität der Menschen in Taiwan so nah wie möglich kommt.

Der Aufruf vieler Taiwaner:innen und ihrer Unterstützer:innen, Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten Taiwan doch offiziell als unabhängigen Staat anerkennen, ignoriert die Tatsache, dass Taiwan sich selbst noch nicht von der Republik China losgesagt hat. Deutschland könnte daher nur die Republik China und nicht etwa Taiwan anerkennen. Wie der Staatsrechtler Daniel Patrick O'Donnell schon 1956 argumentierte: „A government is only recognized for what it claims to be.“¹ (dt. Eine Regierung kann nur für das anerkannt werden, was sie selbst beansprucht zu sein.) Und dennoch: Auch Nord- und Südkorea können gleichzeitig existieren und diplomatische Beziehungen mit denselben Ländern pflegen, obwohl sie ihr Territorium gegenseitig beanspruchen. Es liegt einzig am Druck der Volksrepublik China, dass die Republik China (Taiwan) heute diplomatisch isoliert ist.

In den vergangenen 30 Jahren haben die Taiwaner:innen durch demokratische Wahlen ihre Souveränität praktisch unter Beweis gestellt. In repräsentativen Umfragen erklärt eine überwältigende Mehrheit außerdem immer wieder, dass sie keine Vereinigung mit der Volksrepublik China wünscht. Praktisch können die Taiwaner:innen mit ihrem Pass die Welt bereisen. Sie zahlen Steuern, leisten Militärdienst, können sich zur Wahl stellen und wählen ihre eigene Volksvertretung. Die mehr als 23 Millionen Menschen in Taiwan sollten ohne Angst vor einer militärischen Invasion demokratisch entscheiden können, ob sie ihren Staat Republik China oder Republik Taiwan nennen. An ihrem Status als einer unabhängigen Nation ändert das derweil nichts.

1 James Crawford, *The Creation of States in International Law*, Kapitel 5, „The Criteria for Statehood Applied: Some Special Cases“, März 2007, <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199228423.003.0005> (1.2.2024)





5 Die EU und Taiwan als Werte- und Handelspartner

Taiwan hat in den vergangenen Jahren mehr Aufmerksamkeit in der Europäischen Union erhalten. In medialen und politischen Debatten in Deutschland wurde die Insel ebenfalls häufiger als früher erwähnt. Das verstärkte Interesse gründete sich dabei aber weniger auf Taiwans Errungenschaften als Demokratie oder technologisch fortschrittliches Land, sondern auf die zunehmende Bedrohung durch die Volksrepublik China und Taiwans Rolle im Konflikt zwischen den USA und der Volksrepublik.

Die EU unterhält, ähnlich wie ein Staat, auswärtige Beziehungen zu Regionen oder anderen Staaten. Da sie ein Staatenverbund ist und die Kompetenzen und Handlungsspielräume der Institutionen der EU im Politikbereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vergleichsweise schwach sind, ist die EU in ihrem außenpolitischen Handeln aber auf die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten angewiesen. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfolgen eine „Ein-China-Politik“, das heißt, sie unterhalten nur diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China, die sie als einzigen Repräsentanten Chinas offiziell anerkennen, und nicht mit Taiwan. Sie erkennen allerdings nicht an, dass Taiwan Teil der Volksrepublik China sei, sondern sie lassen Taiwans völkerrechtlichen Status bewusst offen. Die Volksrepublik selbst spricht vom „Ein-China-Prinzip“, bei dem Taiwan als Teil der Volksrepublik angesehen wird und versucht in ihrer externen Kommunikation, beide Konzepte gleichzusetzen. Tatsächlich war Taiwan zwar früher Teil verschiedener chinesischer Staaten, aber nie Teil der Volksrepublik China.

Taiwans umstrittener internationaler Status und die Chinapolitik der EU beeinflussen auch weiterhin die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan, aber inzwischen gewinnt die Position derer Zulauf, die die Insel als eigenständigen Akteur sehen, der positive Aufmerksamkeit und eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unabhängig von den Beziehungen zur Volksrepublik China verdient. In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis zwischen beiden Seiten vertieft. Das Europäische Parlament verabschiedete im Jahr 2021 mit großer Mehrheit seine erste Resolution zu den EU-Taiwan-Beziehungen. Taiwan ist ebenfalls Teil der europäischen Indo-Pazifik-Strategie von 2021 mit dem Ziel, den bilateralen Handel und Investitionen zu fördern.

Die Ziele der europäischen Taiwanpolitik: Frieden, Werte und Handel

Als Ziele in ihrer Beziehung zu Taiwan benennt die EU zum einen die Förderung von Frieden und Stabilität in der Region, das heißt insbesondere in den Beziehungen zwischen China und Taiwan, und zum anderen eine verstärkte Zusammenarbeit mit Taiwan in den Bereichen Politik, Menschenrechte, Justiz, Handel und Investitionen.

Die gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die die Europäische Union und Taiwan betonen, bilden für die EU das Fundament der bilateralen Beziehungen. In Stellungnahmen, Berichten und Resolutionen verschiedener Institutionen, wie dem Europäischen Parlament, dem Rat der EU und dem Europäischen Wirtschafts- und Handelsbüro (engl. *European Economic and Trade Office*, EETO) in Taiwan, der Vertretung der EU auf der Insel, wird die Bedeutung der gemeinsamen Werte regelmäßig erwähnt. Das EETO hat Taiwan als Vorreiter bei Menschenrechten im asiatisch-pazifischen Raum bezeichnet („human rights leader in the Asia Pacific region“¹). Der jährliche Menschenrechtsbericht der EU aus dem Jahr 2022 gibt ebenfalls an, dass Taiwan eine der progressivsten Menschenrechtspolitikern in Asien verfolgt. Das Europäische Parlament führte in einer Resolution im Jahr 2021 gemeinsame Werte als ersten Punkt auf. Sie sind insgesamt ein entscheidender Grund der europäischen Unterstützung Taiwans. Gleichzeitig arbeiten beide Seiten im Bereich der Menschenrechtspolitik zusammen und tauschen Erfahrungen aus.

Daneben zielt die Politik der EU auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und bilateralen Investitionen. Ein erklärtes Ziel der EU ist es, die globalen Lieferketten für den Fall globaler und regionaler Krisen zu stärken. Seit der Coronapandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine versucht die EU ihre Handelsbeziehungen stärker zu diversifizieren, um weniger abhängig von autokratischen Staaten wie China zu werden. So sind europäische Unternehmen zwar nach wie vor in China aktiv, aber viele bemühen sich um Produktionsstätten an verschiedenen Standorten, sodass sie im Falle einer Unterbrechung der Lieferketten durch eine politische oder wirtschaftliche Krise ihre Produkte aus anderen Ländern beziehen können und nicht auf ein einziges Land angewiesen sind. Die

1 European Economic and Trade Office. 2019, EU-Taiwan Relations 2019. https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2019_eu-taiwan_relations_en.pdf (1.2.2024)

restriktiven Ausgangssperren und Fabrikschließungen in der Volksrepublik während der Coronapandemie waren ein Weckruf für zahlreiche europäische Unternehmen. Taiwan ist eines der Länder, mit denen die EU die wirtschaftliche Kooperation stärken möchte, um unabhängiger von China zu werden. Dabei spielen vor allem Taiwans Halbleiterindustrie und die hoch entwickelten Technologieunternehmen der Insel eine zentrale Rolle. Mit einem Handelsvolumen von rund 75 Milliarden Euro im Jahr 2022 ist Taiwan der fünftwichtigste Handelspartner der EU in Asien nach China, Japan, Korea und Indien. Bei einer Bevölkerung von 23,5 Millionen Menschen zeugt das von einem regen Handel.

Von den EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland Taiwans wichtigster Handelspartner mit einem Anteil von 29,9 Prozent der Importe und Exporte von Gütern am Gesamthandelsvolumen der EU-Staaten im Jahr 2021. Dicht dahinter folgen die Niederlande, die fast an das Handelsvolumen von Deutschland heranreichen (29,6 Prozent), dahinter Frankreich (7,3 Prozent) und Italien (6,2 Prozent). Als die bedeutendste europäische Kolonialmacht auf der Insel haben die Niederlande historisch enge wirtschaftliche Beziehungen zu Taiwan. Heute sehen beide Seiten den jeweils anderen als Tor zu Asien bzw. Europa. Seit 1952 sind die Niederlande nicht nur der zweitgrößte Handelspartner Taiwans in Europa, sondern darüber hinaus auch der größte Investor in Taiwan. Niederländische Investitionen machen über 70 Prozent der ausländischen Gesamtinvestitionen der EU-Staaten in Taiwan aus und sorgen dafür, dass Unternehmen aus der EU bei den jedes Jahr neu getätigten Investitionen führend sind und ebenfalls, wenn man die gesamten in Taiwan je getätigten Investitionen zugrunde legt. Insgesamt kommt ein Viertel der gesamten je in Taiwan getätigten ausländischen Investitionen aus der EU (Stand: 2022).

Die Europäische Handelskammer ist mit über tausend Mitgliedsunternehmen die größte in Taiwan. In ihr sind allerdings nicht nur Unternehmen aus der EU, sondern aus ganz Europa vertreten. Die beiden größten EU-Staaten Deutschland und Frankreich stellen die größte Zahl der Mitglieder, gefolgt von britischen und schweizerischen Unternehmen.

Taiwans wirtschaftliche Bedeutung für die EU spiegelt sich aber nur zum Teil in den Handels- und Investitionsstatistiken wider. Zum einen produziert Taiwan für die EU eine Reihe von essenziellen Gütern, insbesondere Halbleiter, die sich in den Produkten zahlreicher europäischer Unternehmen wiederfinden. Aus Taiwan stammen über 90 Prozent der modernsten Halbleiter und mehr als 60 Prozent aller Halbleiter weltweit (siehe Kapitel 6). Zum anderen ist Taiwan eng integriert in globale Lieferketten. Viele taiwanische Unternehmen sind

auf dem chinesischen Festland aktiv und produzieren dort Waren, die in die chinesische Handelsstatistik mit der EU einfließen, aber Produkte taiwanischer Unternehmen sind. Ein Beispiel ist Foxconn, einer der wichtigsten Zulieferer von Apple und einer der größten privaten Arbeitgeber in China.

Die Instrumente der europäischen Taiwanpolitik

Da die EU-Mitgliedstaaten sich zwar einerseits über die großen außenpolitischen Linien abstimmen, andererseits aber jeweils auch eine eigenständige nationale Außenpolitik betreiben, unterscheidet sich die konkrete Ausgestaltung ihrer bilateralen Beziehungen zu Taiwan zum Teil. Die meisten Mitgliedstaaten der EU behandeln ihre Beziehungen zu Taiwan als De-facto-Beziehungen zwischen zwei Staaten, setzen aber unterschiedliche Grenzen. In Deutschland dürfen zum Beispiel die sieben höchsten Repräsentanten Taiwans nicht einreisen, darunter Taiwans Präsident:in, Premierminister:in und Außenminister:in. In den meisten Mitgliedstaaten der EU wird dies auf die fünf höchsten Repräsentanten beschränkt. Deutschland ist hier also restriktiver. Mehrere mittel- und osteuropäische Staaten wiederum erlauben auch Besuche von Taiwans Außenminister:in in ihren Ländern.

Die Institutionen der Europäischen Union und Taiwans verfügen über ein dichtes Netz von bilateralen Dialogen, Arbeitsgruppen, Vereinbarungen und Vertretungsbüros. Darüber hinaus reisen Vertreter:innen aus europäischer Politik und Verwaltung regelmäßig nach Taiwan, und taiwanische Offizielle besuchen ebenfalls häufig die Europäische Union. Jedes Jahr treffen sich Vertreter:innen des taiwanischen Wirtschaftsministeriums und der Generaldirektion der EU für Handelsfragen, um über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu sprechen. Diese jährlichen Treffen gibt es seit 1988, aber im Jahr 2022 wurden sie von der Ebene der taiwanischen Vizeminister:innen auf die Ministerebene angehoben und bei der EU von den stellvertretenden zu den Generaldirektor:innen. Generaldirektor:innen sind die höchsten Beamt:innen der Europäischen Union. Aufgrund der „Ein-China-Politik“ vermeidet es die Europäische Union, EU-Kommissar:innen zu den offiziellen Gipfeltreffen zu schicken, die einen vergleichbaren Rang wie Minister:innen in nationalen Regierungen haben.

Neben den jährlichen EU-Taiwan-Konsultationen gibt es weitere Treffen von Arbeitsgruppen zur Zusammenarbeit in verschiedenen Politikfeldern, wie Justiz, Menschen- und Arbeitsrechte oder Handels- und Investitionsfragen. Die EU organisiert zudem verschiedene Veranstaltungen in Taiwan, zum Beispiel

ein jährliches Investitionsforum, bei dem die EU-Staaten über Investitionsbedingungen und -möglichkeiten in ihren Ländern informieren und um Investitionen taiwanischer Unternehmen werben. Seit 2018 treffen sich die EU und Taiwan zu jährlichen Konsultationen zu Menschenrechtsfragen. Da das Niveau des Menschenrechtsschutzes auf beiden Seiten vergleichbar ist, steht dabei das gegenseitige Lernen im Vordergrund. Beide Seiten tauschen sich über ihre Erfahrungen bei der Förderung von Menschenrechten aus, zum Beispiel die europäischen bzw. nationalen Menschenrechtsstrategien, über die sowohl die EU als auch Taiwan verfügen. Außerdem erwähnt die EU aus ihrer Sicht bestehende menschenrechtliche Defizite in Taiwan, wie die Todesstrafe. Zu den Aktivitäten der EU im Bereich der Menschenrechte gehört auch die Teilnahme der EU-Vertretung und der Vertretungen der meisten Mitgliedstaaten am jährlichen Taiwan Pride in Taipeh, der größten Parade der LGBTQ+-Bewegung in Asien. Ebenso fördert die EU taiwanische Menschenrechtsorganisationen durch finanzielle Unterstützung, zum Beispiel die Taiwanische Allianz zur Abschaffung der Todesstrafe.

De-facto-Vertretungen

Aufgrund von Taiwans kompliziertem politischem Status agieren die EU und ihre Mitgliedstaaten meist vorsichtig, um China nicht zu verärgern. Gleichzeitig ist es aber EU-Linie, die taiwanische Demokratie zu unterstützen und gute Beziehungen zu der Inselrepublik zu unterhalten.

Die Europäische Union und 16 ihrer Mitgliedstaaten haben Vertretungsbüros in Taiwan, aber keines davon ist offiziell eine diplomatische Vertretung. Dennoch handelt es sich in den meisten Fällen um De-facto-Botschaften, und die Büros erfüllen beinahe die gleichen Aufgaben wie eine Botschaft in jedem anderen Land. Die Namen der Vertretungen vermeiden aber allesamt Begriffe, die signalisieren könnten, dass sie eigentlich Botschaften sind. So gibt es zum Beispiel ein „Französisches Büro in Taipeh“ (frz. *Bureau français de Taipei*) oder ein „Italienisches Wirtschafts-, Handels- und Kulturförderungsbüro in Taipeh“ (engl. *Italian Economic, Trade and Cultural Promotion Office in Taipei*). Deutschlands Vertretung heißt „Deutsches Institut Taipei“, aber die Mitarbeitenden sind Angehörige des Auswärtigen Dienstes und bieten die gleichen Dienstleistungen an wie deutsche diplomatische Vertretungen in anderen Staaten. Einige wenige Vertretungen, wie die spanische oder schwedische, beschränken sich in ihrer Arbeit weitgehend auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit

Taiwan. Die Mitgliedstaaten, die keine Vertretung in Taiwan haben, sind meist kleine EU-Staaten und/oder priorisieren ihre Beziehungen zur Volksrepublik, wie Griechenland.

Taiwan verfügt gleichfalls über ein dichtes Netz an Vertretungsbüros in den Staaten der Europäischen Union und bei den Institutionen der EU in Brüssel. In Deutschland etwa hat die „Taipeh Vertretung“ vier Büros: die Zentrale in Berlin sowie Niederlassungen in Frankfurt am Main, Hamburg und München. Die Büros sind einer Botschaft und Generalkonsulaten vergleichbar, auch wenn sie offiziell keine diplomatischen Vertretungen sind.

Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa in den Beziehungen zu Taiwan

Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Taiwan werden vor allem von westeuropäischen Staaten dominiert. Von dort kommen die meisten Investitionen, und der Großteil des bilateralen Handels entfällt auf Länder wie Deutschland, die Niederlande und Frankreich. Die meisten europäischen Unternehmen in Taiwan sind ebenfalls westeuropäische Firmen. Auch die Mehrzahl der taiwanischen Studierenden in Europa entscheidet sich für Universitäten in Westeuropa oder lernt die Sprachen dieser Länder.

In der politischen Zusammenarbeit und Unterstützung für Taiwan dominieren allerdings die zentral- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Sie schicken die höchstrangigen politischen Delegationen nach Taiwan. Im August 2020 reiste der Präsident des tschechischen Senats dorthin, nach dem Staatspräsidenten der zweithöchste politische Repräsentant der Tschechischen Republik. Dies war bislang die politische Persönlichkeit mit dem protokollarisch höchsten Rang aus der EU. Ende Januar 2023 telefonierte der neu gewählte tschechische Staatspräsident Petr Pavel zudem mit Tsai Ing-wen und etablierte damit den ersten direkten offiziellen Kontakt zwischen dem gewählten Staatsoberhaupt eines EU-Staates und Taiwans Präsidentin. China kritisierte diese Besuche und Kontakte heftig.

Am schärfsten traf die Kritik allerdings Litauen. Das baltische Land hat als bislang letzter EU-Staat im November 2022 eine Vertretung in Taiwan eingerichtet. Es hatte allerdings bereits im Juni 2021 Taiwan erlaubt, unter dem Namen der Insel ein taiwanisches Vertretungsbüro (*Taiwanese Representative Office*) in der Hauptstadt Vilnius zu eröffnen. Für die Volksrepublik China war die Verwendung von Taiwan anstelle von Taipeh ein Affront, da der Name Taiwan aus chinesischer Sicht suggerieren könnte, dass es sich bei Taiwan um



„Ich bin ein Taiwaner“, sagt der Präsident des tschechischen Senats, Miloš Vystrčil, im taiwanischen Parlament, nachdem er von seinem taiwanischen Amtskollegen You Si-kun (rechts) mit einer Medaille für parlamentarische Diplomatie ausgezeichnet worden ist. 1. September 2020

einen unabhängigen Staat handelt. Normalerweise benutzen taiwanische Vertretungsbüros den Namen von Taiwans Hauptstadt Taipeh. China reagierte nicht nur mit verbalen Ausfällen und einer Herabstufung der chinesischen diplomatischen Vertretung in Litauen auf die Entscheidung des baltischen Staates, sondern blockierte auch litauische Importe nach China, ein klarer Verstoß gegen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Die EU initiierte Ende 2022 ein Streitschlichtungsverfahren bei der WTO, um gegen Chinas Verstoß vorzugehen und Litauen zu unterstützen. Die harsche chinesische Reaktion erklärt sich auch aus Litauens Position als kleines Land. Gegen große Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich würde die Volksrepublik vermutlich weniger scharf reagieren. Chinas Außenpolitik ist von Machtgebaren geprägt, und kleine Staaten werden stärker angegangen als große, weil sie sich nicht so gut wehren können.

In ihrer Rede zum Nationalfeiertag im Jahr 2021 hob die taiwanische Präsidentin Tsai explizit die Beziehungen zu Litauen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen positiv hervor. Im Folgejahr führte sie in ihrer Rede erneut Mittel- und Osteuropa als für Taiwans Außenpolitik wichtige Region auf. Einzig Ungarn bildet dabei eine Ausnahme: Das Land hat sowohl gute wirtschaftliche Beziehungen zu China als auch zu Taiwan und hält sich mit politischer Unterstützung für Taiwan zurück, um die Beziehungen zur Volksrepublik nicht zu gefährden.

Grund für die Unterstützung der baltischen Staaten, der Tschechischen Republik sowie Polens für Taiwan in den vergangenen Jahren ist ihre Enttäuschung über die unerfüllten wirtschaftlichen Versprechungen der Volksrepublik. Zudem hegen sie aufgrund ihrer Vergangenheit ein starkes Misstrauen gegenüber kommunistisch und autoritär regierten Staaten und sehen das enge Verhältnis Chinas zu Russland kritisch, vor allem seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Insbesondere die kleinen Staaten unter Deutschlands östlichen Nachbarn haben zudem viel Verständnis und Empathie für eine kleine Demokratie wie Taiwan, die von einer großen Diktatur bedroht wird. Hier spiegeln sich für diese Länder ihre eigenen historischen Erfahrungen der Fremdherrschaft durch die Sowjetunion wider. Hinzu kommt, dass Taiwan ein Freund und Partner der Vereinigten Staaten ist und viele mittel- und osteuropäischen Staaten ebenfalls enge Beziehungen zu den USA unterhalten. Zudem hat Taiwan selbst dazu beigetragen, die Beziehungen zu dieser Gruppe von Staaten zu stärken. So hat es im Jahr 2020 Millionen von medizinischen Masken an europäische Staaten geschickt, als diese knapp waren und dringend benötigt wurden.

In den vergangenen Jahren sind die ohnehin guten Beziehungen zwischen der EU und Taiwan noch enger geworden. Außenpolitische Entscheidungen in der Europäischen Union müssen allerdings im Rat der EU von den Außenminister:innen der 27 Mitgliedstaaten und im Europäischen Rat von den Staats- und Regierungschef:innen aller Mitgliedstaaten einstimmig getroffen werden. Dieses Erfordernis und die zum Teil unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen der Mitgliedstaaten zu China und Taiwan führen dazu, dass fundamentale Veränderungen in der Taiwanpolitik der EU (oder der Chinapolitik) nicht zu erwarten sind. Gleichzeitig ist es wahrscheinlich, dass die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan sich weiter Schritt für Schritt vertiefen werden. Unterhalb der Schwelle der formalen Anerkennung Taiwans als souveräner Staat gibt es viele Möglichkeiten für enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen.

Unterstützung aus dem Europäischen Parlament

Während unter den Mitgliedstaaten der EU zentral- und osteuropäische Staaten Taiwan politisch am stärksten unterstützen, ist das Europäische Parlament (EP) unter den Institutionen der EU am freundlichsten gegenüber Taiwan eingestellt. Dies liegt vor allem daran, dass das Parlament sich stark für Demokratie und Menschenrechte weltweit einsetzt. Es verabschiedet jedes

Jahr zahlreiche Resolutionen, in denen es zur Einhaltung der Menschenrechte in verschiedenen Staaten aufruft, setzt sich für Menschenrechtsklauseln in Abkommen und Verträgen der EU mit anderen Staaten ein, das heißt für die Achtung der Menschenrechte als Bestandteil internationaler Abkommen, und für die finanzielle Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen durch die EU.

Vor dem Jahr 2021 war Taiwan nur im Rahmen anderer Resolutionen, zum Beispiel zu China, erwähnt worden. Doch seitdem hat das Europäische Parlament in mehreren Resolutionen zu mehr europäischer Unterstützung für Taiwan aufgerufen, Chinas Provokationen und aggressives Verhalten gegenüber Taiwan verurteilt und betont, dass der Status quo der De-facto-Unabhängigkeit und Taiwans demokratisches System nicht gegen den Willen der taiwanischen Bevölkerung verändert werden dürfen. Resolutionen des Parlaments zu Taiwan werden in der Regel mit großer Mehrheit verabschiedet. Allerdings haben sie keinen bindenden Charakter und sind in erster Linie Stellungnahmen mit Empfehlungen an die anderen europäischen Institutionen, wie den Rat der EU und die Kommission, und an die Mitgliedstaaten. Da das EP aber das einzige direkt gewählte Organ der EU ist und dem Haushalt der EU zustimmen muss, ebenso wie internationalen Abkommen, verfügt es auch über Einfluss auf die Außenpolitik der EU. Im November 2021 schickte das EP seine erste offizielle Delegation von Abgeordneten nach Taiwan. Abgeordnete des EP haben Taiwan in der Vergangenheit zwar schon öfters besucht, aber nicht im Auftrag des Parlaments. Für viele von ihnen ist Taiwans Demokratie ein wesentlicher Grund, die Inselrepublik aktiv zu unterstützen.

In demokratischen Staaten sind die Parlamente häufig die Speerspitze der Beziehungen mit Taiwan. Die direkt vom Volk gewählten Abgeordneten haben meist viel Sympathie für eine bedrohte Demokratie wie Taiwan, welche die gleichen Werte teilt. Gleichzeitig spielen die nationalen Parlamente in der Außenpolitik in der Regel nur eine untergeordnete Rolle, während die Regierungen die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen in den meisten Staaten dominieren. In Deutschland gibt es im Bundestag einen Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipeh, in dem sich Abgeordnete regelmäßig treffen, die sich für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Taiwan einsetzen. Seine Mitglieder reisen regelmäßig zu politischen Besuchen nach Taiwan.

Die deutsche Taiwanpolitik

Vor allem im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Staaten gehört Deutschland bei der politischen Unterstützung Taiwans eher zu den zurückhaltenden Staaten in der EU. Dies liegt im Wesentlichen an Deutschlands engen wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China. Sie ist der größte Handelspartner der Bundesrepublik beim Im- und Export von Gütern.

Dabei fiel insbesondere die vorherige Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel durch eine chinafreundliche Haltung und Politik auf. So war es maßgeblich auf Merkel zurückzuführen, dass die Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen (*Comprehensive Agreement on Investment, CAI*) zwischen der EU und China Ende Dezember 2020 zu einem Durchbruch kamen, kurz vor Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Taiwan spielte in öffentlichen Stellungnahmen der verschiedenen Kabinette von Angela Merkel kaum eine Rolle. Die Bundeskanzlerin und ihre Regierung versuchten meist jede Äußerung oder Handlung zu vermeiden, die von China als Provokation betrachtet werden könnte. Dies zeigte sich besonders auffällig bei einer Pressekonferenz im April 2020, bei der Regierungssprecher Steffen Seibert es selbst auf Nachfragen vermied, das Wort Taiwan in den Mund zu nehmen. Taiwan hatte der Bundesrepublik eine Million dringend benötigte medizinische Masken geschenkt, aber öffentlich bedanken mochte sich die Bundesregierung aus Rücksicht auf die Volksrepublik China dafür nicht.

Eine politische Debatte über die Haltung der damaligen Bundesregierung gegenüber China und Taiwan war im Jahr 2019 durch eine Petition ausgelöst worden, die im Deutschen Bundestag eingereicht wurde. Diese kritisierte deutlich, dass Deutschland diplomatische Beziehungen zur autoritären Volksrepublik China unterhält. Dabei verwies die Petition auch auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in China und kontrastierte diese mit Taiwans Demokratie und dem Respekt für Menschenrechte. Die Petition forderte vor diesem Hintergrund die Anerkennung der Republik China (Taiwan) durch Deutschland. Über 50 000 Bürger:innen hatten sie unterzeichnet. Das Erreichen dieses Quorums führte zu einer öffentlichen Diskussion im Petitionsausschuss des Bundestages und einer Stellungnahme der Bundesregierung, allerdings im Ergebnis – wie erwartet – nicht zu einer Veränderung der bundesdeutschen Politik. Aber zumindest betonten sowohl die – zu dem Zeitpunkt bereits neue – Bundesregierung als auch der Petitionsausschuss in dem veröffentlichten Beschluss vom Dezember 2021, dass sie die Zusammenarbeit mit Taiwan weiter

vertiefen und ausbauen wollen. Taiwan wurde zudem als wichtiger Wertepartner in Asien bezeichnet.

Tatsächlich ist die Bundesregierung unter Olaf Scholz grundsätzlich taiwanfreundlicher eingestellt als die Vorgängerregierung. Dies zeigt nicht nur die Erwähnung Taiwans im Koalitionsvertrag der Parteien der Ampelkoalition. Während in den Leitlinien zum Indo-Pazifik der deutschen Bundesregierung, die im September 2020 veröffentlicht wurden, Taiwan nicht auftaucht (ebenso wenig wie im ersten Fortschrittsbericht ein Jahr später), erwähnt der zweite Fortschrittsbericht, der im September 2022 unter Bundeskanzler Olaf Scholz veröffentlicht wurde, erstmals die Gefahr einer Eskalation und betont, dass „in der Straße von Taiwan eine Veränderung des Status quo nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen kann“.¹ Im dritten Fortschrittsbericht vom September 2023 findet sich eine vergleichbare Formulierung. Außenministerin Annalena Baerbock sagte im August 2022 öffentlich: „Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt. Das gilt natürlich auch für China.“² Dabei bezog sie sich auf Chinas Militärmanöver um Taiwan in dem Zeitraum. Bundeskanzler Scholz hat bei seiner Chinareise im November 2022 die chinesische Staats- und Parteiführung ebenfalls vor einem Angriff auf Taiwan gewarnt und deutlich gemacht, dass dies zu ernstesten politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen im bilateralen Verhältnis führen würde. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach forderte am 23. Mai 2022 bei der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstmals explizit eine Einbindung Taiwans, unter anderem wegen Taiwans erfolgreicher Pandemiebekämpfung. Im März 2023 reiste die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, nach Taiwan, um die bilaterale Kooperation in Wissenschaft und Forschung zu intensivieren. Dies war der erste Besuch eines Mitglieds der Bundesregierung seit dem Jahr 1997 und damit auch ein politisches Signal der Unterstützung Taiwans. Zudem erwähnt die im Juli 2023 veröffentlichte China-Strategie der Bundesregierung Taiwan mehrfach und spricht sich für einen Ausbau der bilateralen Beziehungen aus.

- 1 Bundesregierung, Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik für das Jahr 2022, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2550170/faf9e225e2fc9a3cc8a07b82c85282b5f/220906-fortschrittsbericht-der-indo-pazifik-leitlinien-data.pdf> (1.2.2024)
- 2 Auswärtiges Amt, Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 03.08.2022, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2545960> (1.2.2024)



Taiwans Repräsentant in Deutschland Shieh Jhy-wey (2. links) mit dem Generaldirektor des Deutschen Instituts in Taipei Jörg Polster (2. rechts), Ministerin Bettina Stark-Watzinger (1. rechts) und Minister Wu Tsung-tsong (1. links) nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung über eine verstärkte Zusammenarbeit mit Taipei im Bereich der Halbleiter, 21. März 2023

Der Einfluss Chinas und der USA auf die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan

Letztendlich können die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan nur vor dem Hintergrund der Beziehungen der EU mit China und den USA verstanden werden. Selbst wenn in der Europäischen Union zunehmend von einer eigenständigen Taiwanpolitik gesprochen werden kann, bleibt diese doch eng mit der europäischen Chinapolitik verknüpft und im Korsett der „Ein-China-Politik“. Diese wird allerdings unterschiedlich interpretiert.

Im Jahr 2019 veröffentlichte die Europäische Union die „EU-China – Strategische Perspektiven“, das bis heute grundlegende Strategiepapier der EU zu den Beziehungen mit der Volksrepublik. Es spricht davon, dass sich „das Gleichgewicht der durch China geschaffenen Herausforderungen und Chancen verschoben hat“. Anders gesagt, die Herausforderungen und Probleme durch den Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht und seinen globalen autoritären Einfluss überwiegen zunehmend die Chancen des chinesischen Marktes.

Die Strategie schreibt China drei Rollen zu: „China ist in verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss, sowie zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung und ein Systemrivale, der alternative Governance-Modelle propagiert.“¹ Einzig die Rolle des Kooperationspartners ist eindeutig positiv, die Rollen als Verhandlungspartner und mehr noch als wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale deuten auf die Herausforderungen der staatlich gelenkten chinesischen Wirtschaftspolitik und auf die Kluft bei Werten, unterschiedlichen Ansichten und Politiken in vielen internationalen Fragen. Die Charakterisierung Chinas als Systemrivale meint vor allem die unterschiedlichen politischen Systeme und setzt die demokratischen Staaten in der EU in Kontrast zur chinesischen Einparteiendiktatur. Gegensätzliche Wertvorstellungen sind schwer zu überbrücken, weil es sich um fundamental unterschiedliche Ansichten über das Wesen und die Rechte von Menschen handelt. Dazu kommen Chinas Anspruch, dass das eigene autoritäre System der Demokratie überlegen sei, und Chinas Unterstützung für autoritäre Regierungen weltweit, wie Russland, Iran oder Nordkorea.

China ist seit dem Jahr 2003 ein sogenannter strategischer Partner der EU. Das beinhaltet mehrere jährliche bilaterale Treffen und in der Regel ein Gipfeltreffen zwischen den Präsident:innen des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission sowie der chinesischen Staats- und Parteiführung. Die Europäische Union hat allerdings mehr als zehn solcher strategischer Partnerschaften, darunter einige mit internationalen Organisationen, sodass dieser Status keine hervorgehobene Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und einem anderen internationalen Akteur bedeuten muss. Zudem haben sich die Beziehungen zwischen der EU und China in den vergangenen 20 Jahren verändert.

Die EU und China hatten sich Ende Dezember 2020 im Grundsatz auf das zuvor erwähnte bilaterale Investitionsschutzabkommen (CAI) geeinigt. Dieser Durchbruch in den bereits mehrere Jahre andauernden Verhandlungen zwischen der EU und China war der größte Schritt in den bilateralen Beziehungen in den vergangenen Jahren. Aber wegen chinesischer Sanktionen gegen

1 Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat Und den Rat: EU-China – Strategische Perspektiven, 5. Juni 2019, Dokument 52019JC0005, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52019JC0005&qid=1706785033799> (1.2.2024)

Mitglieder des Europäischen Parlaments und gegen wissenschaftliche Forschungseinrichtungen in der EU, die zu China arbeiten, hat das Parlament die Ratifikation des Abkommens vorerst auf Eis gelegt. Die weiter bestehenden Sanktionen, Chinas schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und die chinesische Weigerung, Russlands Angriffskrieg in der Ukraine zu verurteilen, machen eine Ratifikation in nächster Zeit (oder überhaupt) unwahrscheinlich. Zudem bestehen Zweifel, inwieweit das Abkommen die Tätigkeit von europäischen Unternehmen in China erleichtern würde.

Tatsächlich haben die EU und China unterschiedliche oder gegensätzliche Positionen zu den meisten internationalen Themen, wie zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den chinesischen Gebietsansprüchen gegen viele Nachbarstaaten oder die Unterstützung der Volksrepublik für Diktaturen weltweit. Der Hohe Repräsentant, und damit de facto Außenminister der EU, Josep Borrell, bezeichnete das 23. EU-China-Gipfeltreffen im April 2022 als „Dialog der Gehörlosen“¹, weil China sich weigerte, über die für die EU wichtigsten Themen, wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder Menschenrechte in China, zu sprechen. Chinas Rolle als Wettbewerber und Systemrivale dominiert gegenwärtig häufig die Sichtweise der EU auf die Volksrepublik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach in einer Grundsatzrede zur europäischen Chinapolitik am 30. März 2023 deshalb davon, dass die EU eine Strategie der Risikominderung (engl. *de-risking*) in den Wirtschaftsbeziehungen zu China verfolgen müsse, aber keine wirtschaftliche oder politische Entkopplung. Die EU solle ihre Abhängigkeit von China verringern, zum Beispiel beim Import von seltenen Erden, sowie die eigene Widerstands- und Verteidigungsfähigkeit, beispielsweise im Bereich der Cybersicherheit, stärken.

Allerdings bleibt China neben den USA der wichtigste Handelspartner für die EU. Im Jahr 2022 erreichten beide Seiten beim Handel mit Gütern ein Handelsvolumen von 856,6 Milliarden Euro, das entspricht 15,4 Prozent des Außenhandels bei Gütern der Europäischen Union (zum Vergleich: USA 867,8 Milliarden Euro, 15,6 Prozent Außenhandelsanteil). Bezieht man die Dienstleistungen und bilateralen Investitionen ein, sind die Vereinigten Staaten mit Abstand der wichtigste Wirtschaftspartner der Europäischen Union. Die

1 EU-China Summit: Speech by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the EP plenary, 6. April 2022, https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-china-summit-speech-high-representativevice-president-josep-borrell-ep-plenary_en (1.2.2024)



Der chinesische Präsident Xi Jinping begrüßt den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, beim 24. EU-China-Gipfel in Peking. 7. Dezember 2023

wirtschaftliche Abhängigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten in der EU vom chinesischen Markt ist sehr unterschiedlich. Deutschland nimmt in Europa den Spitzenplatz ein. Insgesamt ist das Handelsvolumen der EU mit China mehr als zehnmals so groß wie mit Taiwan.

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen der EU mit China sind eines der größten Hindernisse für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Taiwan. Die europäische Zurückhaltung zeigt sich beispielsweise bei dem Vorschlag für ein bilaterales Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Taiwan. Ein solches Abkommen wird seit vielen Jahren diskutiert und wurde zuletzt vom Europäischen Parlament wieder auf die politische Agenda gesetzt. Allerdings sieht die Europäische Kommission keine wirtschaftliche Notwendigkeit für ein solches Abkommen und möchte auch China nicht verärgern.

Neben der Volksrepublik China beeinflussen die USA ebenfalls die Beziehungen der Europäischen Union mit Taiwan (und China). Die USA sind aufgrund der engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der

wichtigste Verbündete der EU. Dies beschränkt sich nicht auf ihre Rolle als Wirtschaftspartner, sondern sie garantieren auch die Sicherheit der allermeisten Mitgliedstaaten durch die NATO (*North Atlantic Treaty Organization*, dt. Nordatlantikpakt). Die USA betrachten die globale Politik inzwischen weitgehend durch die „Brille“ der globalen Rivalität mit China. Das bedeutet, sie beurteilen die meisten internationalen Themen und Fragen danach, welchen Einfluss sie auf das Machtgleichgewicht zwischen den USA und China haben. Die Einstellung der USA als wichtigster Verbündeter der EU prägt auch die Sichtweise der EU.

Dieser Wandel ist vor allem auf die Amtszeit von Präsident Donald Trump zurückzuführen, auch wenn die Kursänderung in der US-amerikanischen Chinapolitik weitgehend auf Veränderungen in Chinas Innen- und Außenpolitik seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteiführer Xi Jinping im Jahr 2012 gründet. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA aus dem Jahr 2017 stufte China (und Russland) als „revisionistische Mächte“¹ ein, das heißt als Staaten, welche die bestehende internationale Ordnung zu ihren Gunsten verändern möchten und ihr Territorium expandieren wollen. China wird seitdem stärker als Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten gesehen, darunter Taiwan. Die Regierung von Präsident Joe Biden hat diese Sichtweise auf China beibehalten. Die jüngste Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2022 bezeichnet China als globalen Wettbewerber. Der größte Unterschied zwischen den Präsidenten Biden und Trump liegt darin, dass Biden sich bemüht, die Allianzen der USA zu stärken, während Trump eine *America first*-Politik verfolgt hat.

In den vergangenen Jahren hat sich die Wahrnehmung Chinas in der EU der in den USA angenähert. Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks ein negatives Bild von China hat, in erster Linie aufgrund der Menschenrechtsverletzungen sowie von Chinas aggressiver Außenpolitik und der wirtschaftlichen und technologischen Konkurrenz. Die Coronapandemie hat zudem offenbart, dass die EU und die USA zu abhängig von China sind und ihre Lieferketten und Importe diversifizieren müssen, um im Falle eines militärischen Konflikts in Ostasien weiterhin mit essenziellen Gütern versorgt werden zu können. Chinas Unterstützung für

1 National Security Strategy of the United States of America, Dezember 2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf> (1.2.2024)

Russland hat die Beziehungen zwischen der EU und China weiter abkühlen lassen, insbesondere unter den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. China und Russland deklarierten im Februar 2022, kurz vor Russlands Überfall auf die Ukraine, eine Partnerschaft „ohne Grenzen“ (engl. *no limits*).

Die zunehmende Skepsis der EU gegenüber China und die verstärkte transatlantische Zusammenarbeit haben auch zu mehr Abstimmung und Kooperation der EU mit den USA über Taiwan und China geführt. Stellungnahmen der Gipfeltreffen der führenden sieben westlichen Industrienationen (G7) und der EU-USA-Gipfeltreffen seit dem Jahr 2021 benennen den gemeinsamen Wunsch nach Bewahrung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße. Sie bringen damit die gemeinsame Sorge vor einem Konflikt um Taiwan zum Ausdruck. Bei ihrem Treffen im April 2023 in Japan betonten die Außenminister:innen der G7-Staaten dies erneut und riefen China in deutlichen Worten zur friedlichen Lösung ihrer Konflikte mit Taiwan sowie mit anderen Nachbarstaaten auf.

Fazit

Zum einen gründen die Beziehungen zwischen Taiwan und der EU auf den gemeinsamen Werten von Demokratie und Menschenrechten, zum anderen auf engen wirtschaftlichen Beziehungen, unter anderem in für die EU wichtigen Sektoren, wie Halbleitern. Die EU sieht Taiwan als eine sich selbst regierende demokratische Insel und unterhält de facto zwischenstaatliche Beziehungen mit ihr. Zum anderen sind die Beziehungen zwischen Taiwan und der EU, sowie Taiwan und Deutschland, keine normalen bilateralen Beziehungen und können nur vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen der EU und China und dem Kontext der US-China-Rivalität verstanden werden. Taiwan steht sozusagen in deren Zentrum, da China die Insel als Territorium beansprucht, während Taiwan ein Verbündeter der USA ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung Chinas für die Europäische Union und Chinas globaler politischer Einfluss setzen dem Verhältnis der EU mit Taiwan Grenzen. Insbesondere jede Aktion, die Taiwan als souveränen Staat behandelt, wird von China kritisch gesehen und zu verhindern versucht. Zur gleichen Zeit eröffnen sich für Taiwan aufgrund seiner konsolidierten Demokratie und Hochtechnologiewirtschaft, der engen transatlantischen Beziehungen und der zunehmend kritischen Perspektive auf China unter den europäischen Staaten neue Möglichkeiten, die bilateralen Beziehungen zur EU zu stärken. Die Mitgliedstaaten der EU, welche die engsten Beziehungen zu den USA unterhalten,

sind tendenziell auch die Länder, die Taiwan durch politische Symbolik, zum Beispiel politische Besuche und andere politische Kontakte, am stärksten unterstützen, wie mittel- und osteuropäische Staaten. Aber auch in Deutschland wächst die Unterstützung für Taiwan. So fand sich eine Erwähnung des „demokratischen Taiwan“¹ 2021 zum ersten Mal im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, und es wurde unter anderem betont, dass eine Veränderung des Status quo in der Taiwanstraße nur mit dem Einverständnis Taiwans erfolgen darf.

1 Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> (1.2.2024)



收全球半導體

ns in the glo

A person is seen from the back, looking at a large display of colorful semiconductor wafers. The wafers are arranged in a grid and show various patterns and colors, including green, blue, yellow, and red. The person is wearing a dark red shirt. The background is dark, and the lighting is focused on the wafers.

6 Hightech-Insel und Siliziumschild

產業的創新
Global semicon

Im Januar 2021, mitten in der Coronapandemie, schickte der damalige deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ein dringendes Schreiben an seine Amtskollegin in Taipeh, Wang Mei-hua. Darin bat er Wang eindringlich, sich dafür einzusetzen, dass Taiwans Halbleiterbranche schnellstmöglich die von der deutschen Automobilindustrie benötigten Mikrochips liefert. Die Coronapandemie hatte einen beispiellosen Anstieg der Nachfrage nach Entertainment-Systemen und Geräten für das Homeoffice ausgelöst. Die Halbleiterhersteller kamen mit der Produktion kaum nach. Gleichzeitig war die Nachfrage nach Neuwagen stark zurückgegangen, was die Chipindustrie dazu veranlasste, ihre Kapazitäten auf die Produktion von Chips für Elektronikgeräte für den privaten Gebrauch zu konzentrieren. Der daraus resultierende Chipmangel im Automobilbereich drohte, die dringend benötigte Revitalisierung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2021 zu gefährden. Die Nerven in Berlin lagen blank, und Altmaier sah Taiwans Hilfe als unerlässlich an.

Diese Episode aus dem Jahr 2021 zeigt eindringlich, wie wichtig Taiwan mittlerweile für die Weltwirtschaft ist. Die Insel hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vom „Königreich der Plastikschuhe“ zu einem Hochtechnologie-land entwickelt und ist heute einer der weltweit führenden Standorte in der Herstellung modernster, besonders kleiner Halbleiter, ohne die unser digitales Leben undenkbar wäre. Sie sind für die Steuerung von Elektrogeräten, von Smartphones über Waschmaschinen bis hin zu Autos, unentbehrlich. Aus diesem Grund ist das Land heute von großer Bedeutung für globale Lieferketten. Laut Zahlen des taiwanischen Wirtschaftsministeriums hat Taiwan bei 7-nm-Halbleitern (1 Nanometer [nm] entspricht 1 Millionstel Millimeter [mm]) und darüber einen internationalen Marktanteil von 63 Prozent. Bei noch neueren Halbleitermodellen liegt der Anteil sogar bei über 90 Prozent. Aktuell baut der weltweite Marktführer, die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC), in Taiwan bereits Fabriken (sog. *Fabs*) für 2-nm-Halbleiter. Bis 2025 sollen Chips auf Grundlage des 2-nm-Prozesses in die Massenfertigung gehen.

7 nm sind etwa 14000-mal kleiner als ein menschliches Haar. Aber wofür stehen 7 nm im Halbleiterkontext genau? Sie beschreiben die Distanz zwischen den einzelnen Transistoren, winzigen elektrischen Schaltern, auf einem Halbleiter. Diese können durch elektrische Spannung ein- (1) oder ausgeschaltet (0) werden. Durch diesen Prozess entsteht eine Reihe von Einsen und Nullen, die die Grundlage aller digitalen Datenverarbeitung bilden. Generell gilt, je kleiner der Abstand zwischen den Transistoren, desto schneller und energiesparender ist ein Mikrochip. Mehr Transistoren auf kleiner Fläche erhöhen natürlich auch

die Effizienz eines Chips. Das Design der Mikrochips wird über ein fotolithografisches Verfahren auf einen sogenannten Wafer übertragen. Wafer sind etwa ein Millimeter dünne Scheiben aus reinem Silizium. Sie sind der Grundbaustein eines jeden Chips. Die Ausbeute (engl. *yield*), das heißt der Anteil der funktionierenden Schaltkreise auf einem Wafer, ist entscheidend für den Erfolg eines Halbleiterherstellers. Je höher die Ausbeute, desto größer ist der Profit für die herstellenden Unternehmen. Diese Profite können dann wiederum in die Entwicklung noch fortschrittlicherer Chips investiert werden. TSMC ist auch bei der Ausbeute weltweit führend.

Es scheint heute schwer vorstellbar, aber Taiwan war in den 1950er-Jahren noch eine Agrargesellschaft. Eine Reihe historischer Zufälle, die massive wirtschaftliche Unterstützung der USA, die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Regierung und die harte Arbeit der Taiwaner:innen haben das taiwanische Wirtschaftswunder möglich gemacht. Das Entwicklungsmodell der Insel wird in der Wissenschaft auch als „Entwicklungsstaat“ (engl. *developmental state*, nicht zu verwechseln mit „Entwicklungsland“) bezeichnet. Taiwan gilt neben Japan und Südkorea hierbei oft als Musterbeispiel. In einem Entwicklungsstaat greift die Regierung aktiv in die Wirtschaft ein und verfolgt Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung wichtiger Industriezweige. Welche Strategien Taiwan von einer Agrargesellschaft zum „Königreich der Plastikschuhe“ und schließlich zum Weltmarktführer im Hochtechnologiebereich Halbleiter gemacht haben, wollen wir uns im Folgenden genauer anschauen.

Von der Agrargesellschaft zum Tigerstaat

In der Zeit der japanischen Kolonialherrschaft (1895–1945) war die wirtschaftliche Entwicklung Taiwans hauptsächlich auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft der taiwanischen Bevölkerung ausgerichtet. Die Zuckerindustrie spielte hierbei eine zentrale Rolle, und noch heute kann man an vielen Orten die Überreste der damaligen japanischen Zuckerraffinerien besichtigen. Neben dem Anbau von Reis, Holz und Tee wurden in Taiwan aber auch wertvolle Rohstoffe wie Gold und Erdöl abgebaut. Erst in den 1930er-Jahren begann Japan damit, gezielt die Industrialisierung Taiwans voranzutreiben, um die japanische Kriegsmaschinerie zu versorgen. Auch aus diesem Grund wurde Taiwan im Laufe des Zweiten Weltkriegs immer wieder zum Ziel amerikanischer Bombardements. Dabei wurde mehr als die Hälfte aller Fabriken auf der Insel zerstört.

Nach der Machtübernahme der Republik China im Jahr 1945 (siehe Kapitel 2, „Übergabe Taiwans“) wurde Taiwans Wirtschaft weiter ausgeblutet und ein Großteil der heimischen Produktion nach China verschifft, um dort den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten zu finanzieren. Als 1949 schließlich mehr als eine Million chinesische Soldaten und vor dem Bürgerkrieg Geflüchtete nach Taiwan kamen, sah sich die Insel mit enormen Versorgungsengpässen konfrontiert. Die seit Ende der 1930er-Jahre in China grassierende Inflation schwappte auch nach Taiwan über und ließ den Taiwan Dollar stark an Wert verlieren. Erst 1949 entkoppelte die Regierung die taiwanische Währung vom Wechselkurs auf dem Festland und führte wenig später den New Taiwan Dollar ein, um neues Vertrauen in die Währung zu schaffen. 40 000 Taiwan Dollar konnten damals für einen New Taiwan Dollar eingetauscht werden. Die Mehrheit der Taiwaner:innen arbeitete zu diesem Zeitpunkt in der Landwirtschaft, viele ohne eigenes Land. Bis zu 50 Prozent der jährlichen Ernten mussten als Pacht an die Großgrundbesitzer abgetreten werden. Die Kuomintang (KMT) setzte zwischen 1949 und 1953 gegen die Interessen der Grundbesitzer mehrere Pacht- und Bodenreformen durch und ermöglichte es vielen Menschen, ihr erstes eigenes Stück Land zu kaufen.

Als Reaktion auf den Ausbruch des Koreakriegs in den 1950er-Jahren war die US-Regierung bestrebt, die Ausbreitung des Kommunismus in Asien zu verhindern. Daher erhielt die Republik China auf Taiwan umfangreiche finanzielle und materielle Unterstützung. Zwischen 1950 und 1965 belief sich die Wirtschaftshilfe auf insgesamt 1,48 Milliarden US-Dollar. Das ist etwas mehr, als Deutschland im Rahmen des Marshallplans zwischen 1948 und 1952



Ein Junge schaut vom Rücken eines Rindes aus der Feldarbeit zu. Taiwan, 1960er-Jahre

erhielt. Die KMT-Regierung investierte diese Mittel in den Kauf von Industrieanlagen und die Herstellung strategisch wichtiger Lebensmittel, wie Mehl. Ältere Taiwaner:innen erinnern sich noch daran, wie sie als Kinder selbst genähte Unterhosen aus Mehlsäcken tragen mussten, auf denen das Logo der US-amerikanischen Wirtschaftskooperation abgebildet war.

In den 1950er-Jahren machten Agrarexporte noch 80 Prozent des gesamten Exportvolumens Taiwans aus. 1953 begann die Regierung, die Entwicklung der Leichtindustrie zu fördern, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Zu diesen Industriezweigen gehörten unter anderem Textilien, Papierherstellung, Autoreifen, Maschinenbau, Petrochemie und Düngerproduktion. Bis Ende der 1950er-Jahre hatte sich der Lebensstandard der Bevölkerung erheblich verbessert. Anfang der 1960er-Jahre gelang es Taiwan, vermehrt ausländische Investitionen anzuziehen und arbeitsintensive Industrien aus dem Westen im Land anzusiedeln. Taiwanische Firmen fungierten dabei vor allem als Zulieferbetriebe und Auftragshersteller für ausländische Unternehmen.

Nachdem die USA 1963 ihre Wirtschaftshilfe für Taiwan beendet hatten, setzte die Regierung weiter auf Export. Ab 1966 wurden mehrere sogenannte Exportproduktionszonen (EPZ) gegründet, die es ausländischen Unternehmen erleichtern sollten, in Taiwan zu investieren. Infolge der staatlichen Förderung entwickelte sich Taiwan schnell von einer importorientierten zu einer exportorientierten Wirtschaft. 1972 forderte der Chef der taiwanischen Provinzregierung angesichts des gestiegenen Bedarfs an Arbeitskräften, dass „Wohnzimmer zu Fabriken“ werden sollten. So konnte sich die ganze Familie von zu Hause aus zum Beispiel mit ein paar Nähmaschinen an der Produktion der Textilindustrie beteiligen. Gleichzeitig gingen viele junge, ungelernete Arbeiter:innen vom Land in die wachsenden Metropolregionen, um in den neu entstehenden Fabriken anzuheuern. Es war der Beginn vieler kleiner und mittelgroßer Unternehmen, die Taiwans Wirtschaft bis heute prägen.

Zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren war die Insel international als das „Königreich der Plastikschuhe“ bekannt, weil lokale Hersteller sich auf die Produktion von Kunstleder und Plastiksohlen spezialisiert hatten. In seiner Hochzeit produzierte die taiwanische Schuhindustrie eines von fünf Paar Schuhen weltweit. Taiwan stellte aber nicht nur Schuhe her. Millennials werden sich daran erinnern, dass in den 1990er-Jahren auch in deutschen Kinderzimmern viele Spielzeuge mit dem Label „Made in Taiwan“ zum Einsatz kamen. So wurden zeitweise etwa die Hälfte aller Barbiepuppen im taiwanischen Taishan hergestellt. Täglich liefen dort 50 000–60 000 Puppenköpfe vom Band.

Internationale Krisen, wie der Ausschluss der Republik China aus der UNO oder die Ölpreiskrise, die die exportabhängige taiwanische Wirtschaft stark trafen, führten jedoch zu einem Strategiewechsel. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, investierte die Regierung unter Premierminister Chiang Ching-kuo in die chemische Industrie, Schwerindustrie und die Infrastruktur des Landes. Aushängeschild dieser Politik waren die „Zehn großen Infrastrukturprojekte“ (chin. *shi da jianshe*), darunter Autobahnen, der internationale Flughafen Taoyuan, der Ausbau mehrerer Häfen und der Bau eines Atomkraftwerks. In einer Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs schufen diese Maßnahmen Arbeitsplätze und Aufträge für die heimische Industrie und waren ein entscheidender Faktor für das taiwanische Wirtschaftswunder und den Aufstieg Taiwans zu einem der vier asiatischen Tigerstaaten. Trotz seiner Rolle bei der Unterdrückung der taiwanischen Zivilgesellschaft wird Chiang Ching-kuo bis heute für seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geschätzt.

1979 wurde das Vertrauen der Bürger:innen ein weiteres Mal erschüttert. Nachdem die USA die diplomatischen Beziehungen zur Republik China abgebrochen hatten, war die Stimmung im Land aufgeheizt und es kam zu einer ersten großen Auswanderungswelle. Während der zweiten Ölkrise von 1979/80 konzentrierte sich Taiwan dann auf weniger ressourcenabhängige Wirtschaftszweige mit höherer Wertschöpfung. In einem Zehnjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung wurden Maschinenbau und Elektronikindustrie als strategische Branchen definiert. 1980 wurde der Hsinchu Science Park ins Leben gerufen, um ein förderliches Umfeld für die Entwicklung und Ansiedlung von Spitzentechnologie zu bereiten. Hier wurden die Voraussetzungen für Taiwans Halbleiterindustrie geschaffen, und die späteren Weltmarktführer TSMC und UMC wagten ihre ersten Schritte.

Mit der Demokratisierung Taiwans ab den 1990er-Jahren verringerten sich die Möglichkeiten der Regierung, in die Wirtschaft einzugreifen. Gleichzeitig begannen taiwanische Unternehmen damit, ihre Produktion in großem Umfang nach China zu verlagern, um Lohnkosten zu sparen. Interne und externe Faktoren, wie die asiatische Finanzkrise von 1997, die Dotcom-Blase im Jahr 2000 und die globale Finanzkrise des Jahres 2008, führten dazu, dass sich Taiwans Wirtschaftswachstum verlangsamte und sogar stagnierte.

Taiwans Aufstieg zum Marktführer im Bereich Halbleiter

Wenn man dieser Tage durch den Hsinchu Science Park, Taiwans Silicon Valley, fährt, dann fallen die vielen neuen Baustellen auf. Die Chipindustrie boomt und TSMC ist ganz an der Spitze. Noch vor wenigen Jahren war die taiwanische Firma im Westen außer in Fachkreisen kaum ein Begriff. Heute berichten auch deutsche Medien regelmäßig über den taiwanischen Halbleiterproduzenten. Mikrochips aus Taiwan liefern jedes Jahr 37 Prozent der weltweit neuen Rechenleistung. Ein Großteil davon stammt von TSMC. Aber wie konnte es dazu kommen? Auch hier hat der Staat eine entscheidende Rolle gespielt.

Bereits 1965 überzeugte der damalige Wirtschaftsminister Li Kwoh-ting die US-amerikanische Firma Texas Instruments davon, eine erste Halbleiterfabrik in Taiwan zu errichten. Im Jahr 1973 gründete die Regierung das Industrial Technology Research Institute (ITRI), das unter staatlicher Leitung in die Erforschung und Entwicklung von Halbleitern investierte. 1976 unterzeichnete das ITRI einen Technologietransfervertrag mit der Radio Corporation of America (RCA), um Halbleiterfertigungstechnologien nach Taiwan einzuführen. Die RCA hatte in den 1950er- und 1960er-Jahren einen wichtigen Beitrag bei der Entwicklung der Halbleitertechnologie geleistet. Schließlich gründete das ITRI im Jahr 1980 das Unternehmen United Microelectronics Corporation (UMC). Die Gründung von UMC war ein bedeutender Schritt für die Halbleiterindustrie in Taiwan, da es als eines der ersten Unternehmen im Land dazu beitrug, die Halbleiterproduktion voranzutreiben und Taiwan zu einem globalen Player in dieser Branche zu machen.

Im Jahr 1985 lud Wirtschaftsminister Li den Unternehmer und ehemaligen Manager des IT-Unternehmens Texas Instruments, Morris Chang, nach Taiwan ein und versprach ihm umfangreiche staatliche finanzielle Unterstützung für die Entwicklung der Halbleiterindustrie in Taiwan. Chang, der 1931 in der Republik China auf dem chinesischen Festland geboren und 1949 in die USA emigriert war, übernahm die Leitung des staatlichen ITRI und gründete auf Anregung des Wirtschaftsministers 1987 TSMC. Der Erfolg des Unternehmens lässt sich vor allem mit Changs innovativem Geschäftsmodell erklären.

In der Vergangenheit mussten Halbleiterunternehmen alle Bereiche der Halbleiterproduktion, wie Chipdesign, Fertigung, Testung und Montage, abdecken. Morris Chang schlug hingegen vor, die Chipfertigung auszugliedern und von unabhängigen Unternehmen, wie TSMC, durchführen zu lassen. Diese

sogenannten *Foundries* sollten Aufträge von anderen Unternehmen entgegennehmen und allein durch die Produktion von Halbleitern Gewinne erzielen. Dieses von Morris Chang entwickelte *Foundry*-Modell hat den Erfolg von TSMC erst möglich gemacht. Die anfänglichen Bedenken der Chipunternehmen, die externen Firmen könnten sich zu Wettbewerbern am Markt entwickeln und ihre Technologien und Patente stehlen, konnte Morris Chang ausräumen mit dem Versprechen, dass sein Unternehmen sich nicht in das Design, das Verpacken und Testen der Halbleiter einmischen würde.

Der Fokus auf die Chipfertigung ermöglichte es dem Unternehmen, kontinuierlich in Forschung und Entwicklung zu investieren und seine Fertigungsprozesse zu optimieren, was zu einer höheren Qualität und Effizienz in der Produktion führte. Dadurch wurde TSMC zum größten und erfolgreichsten Auftragsfertiger in der Halbleiterindustrie weltweit und produziert Chips für diverse Kunden aus der Elektronikbranche, darunter namhafte Unternehmen wie Apple, NVIDIA und Qualcomm. Das *Foundry*-Modell hat heute in vielen anderen Unternehmen der Branche Einzug gehalten.

Die Erfolgsgeschichte der taiwanischen Halbleiterindustrie verdeutlicht die bedeutende Rolle der Zusammenarbeit zwischen Regierung, wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen. Durch gezielte Förderung und Investitionen in die Branche hat Taiwan seine Stellung als einer der globalen Spitzenreiter im Hightech-Sektor gefestigt und den Wandel von einer einfachen, durch verarbeitendes Gewerbe geprägten Wirtschaft hin zu einer Hightech-Industrienation vollzogen. Trotz massiver Investitionen in die Halbleiterbranche sowohl in den USA (etwa durch den CHIPS Act) als auch in Europa wird Taiwan in diesem Bereich nicht so schnell einzuholen sein. Das Land verfügt über einen jahrzehntelangen Vorsprung in der Forschung und ein umfassendes



Ein Besucher am Stand von TSMC auf dem Welt-Halbleiterkongress 2023 in Nanjing, China, 1. Juli 2023

Ökosystem, das auf die Optimierung jedes einzelnen Geräts und Arbeitsschrittes spezialisiert ist. Zusätzlich profitiert Taiwan von der geografischen Nähe der verschiedenen Science Parks, die durch den Hochgeschwindigkeitszug HSR miteinander vernetzt sind. Die niedrigeren Standards beim Arbeitsschutz in Taiwan ermöglichen es zudem, dass hoch qualifizierte Arbeitskräfte rund um die Uhr verfügbar sind, um auftretende Probleme im Produktionsprozess umgehend zu beheben. Solche Rahmenbedingungen sind im Ausland nur schwer nachzubilden.

Gefahren und Herausforderungen für Taiwans Wirtschaft

Die Eskalation der chinesischen Kriegsrhetorik, gepaart mit dem Chipmangel während der Coronapandemie, haben dafür gesorgt, dass man sich auch im Westen vermehrt für Taiwan und seine strategische Rolle in den globalen Lieferketten interessiert. Außenministerin Annalena Baerbock sagte im April 2023 bei einem Staatsbesuch in Peking, dass eine militärische Eskalation in der Straße von Taiwan ein „Horrorzenario“¹ für die gesamte Welt darstellen würde, da 50 Prozent des weltweiten Handels die Meerenge passieren müsse.

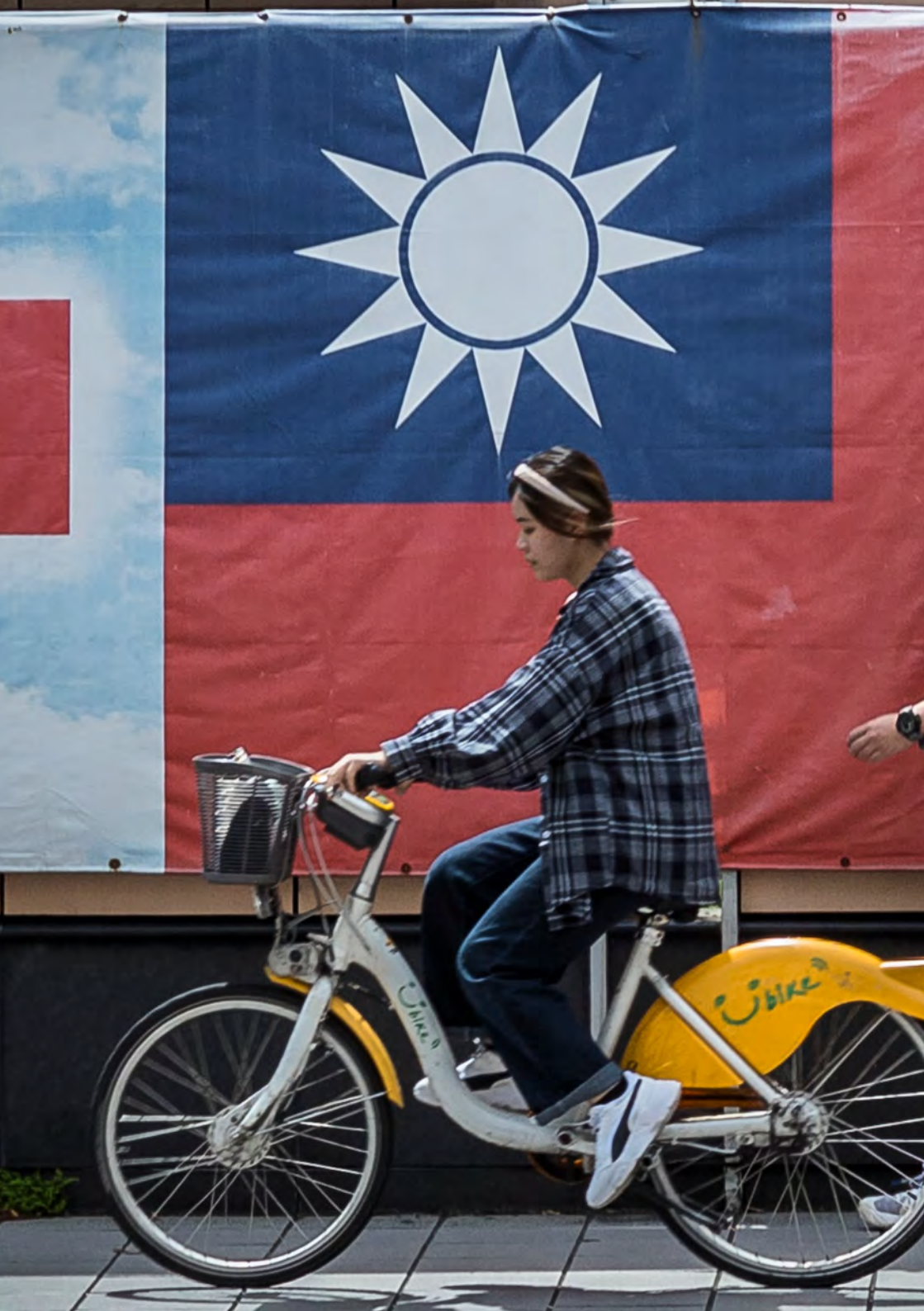
Tatsächlich gibt es auch in Taiwan Diskussionen darüber, welche Rolle die Halbleiterindustrie bei einem Konflikt spielen könnte. Will China die *Fabs* in Taiwan für seine eigenen Zwecke erobern? Oder würde die Volksbefreiungsarmee diese sogar bei einer ersten Angriffswelle zerstören? Bietet die Halbleiterbranche vielleicht sogar Schutz vor einem Angriff? Diese Vorstellung spiegelt sich in dem Bild des „Siliziumschuttschildes“ wider. China werde es nicht wagen, Taiwan anzugreifen, weil eine militärische Eskalation die Weltwirtschaft lahmlegen und damit auch Chinas eigenen Wohlstand gefährden würde. Die Taiwaner:innen nennen TSMC daher auch den „heiligen Berg, der Taiwan beschützt“ (chin. *huguo shenshan*). Diese Metapher entstammt der Erfahrung, dass Taiwans Zentralgebirge die dicht besiedelte Westküste der Insel vor den schlimmsten Auswirkungen der jährlichen Taifune schützt. Genau wie das Zentralmassiv sollen also auch TSMC und die Halbleiterbranche vor äußeren Gefahren schützen – nicht nur vor einem chinesischen Angriff, sondern auch vor einem wirtschaftlichen Abstieg. Tatsächlich machte TSMCs Umsatz

1 Pressemitteilung, Außenministerin Annalena Baerbock vor ihrer Abreise nach China und Südkorea, 12. April 2023, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2592740> (1.2.2024)

im Jahr 2022 mehr als vier Prozent des taiwanischen BIPs aus. Das entspricht etwa dem Anteil der gesamten Automobilindustrie an der deutschen Wirtschaftsleistung. TSMC hat dadurch einen enormen Einfluss auf Taiwans wirtschaftliche Entwicklung.

Abgesehen von der militärischen Bedrohung durch die Volksrepublik China sieht sich Taiwan, wie alle anderen Volkswirtschaften, noch mit anderen Problemen konfrontiert. Dazu gehört die Überalterung der Bevölkerung genauso wie stagnierende Gehälter und die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Bis 2025 möchte Taiwan nach deutschem Vorbild aus der Kernenergie aussteigen und bis 2050 CO₂-neutral werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien ist in den vergangenen Jahren zwar stark angestiegen, betrug im Jahr 2023 aber immer noch nur 9,9 Prozent, während Kernenergie 7 Prozent und fossile Energieträger 79,4 Prozent ausmachten.¹ Die anhaltende Abhängigkeit von Energieimporten könnte im Falle einer militärischen Eskalation in der Taiwanstraße schnell zu einem Problem werden und Taiwans Wirtschaft sowie den Alltag der Menschen innerhalb weniger Tage komplett lahmlegen. Die Gefahr einer Blockade der Insel hält daher immer häufiger Einzug in die strategischen Erwägungen bei der Verteidigung Taiwans.

1 Taiwan Power Company, „Linian fa gou dianliang zhanbi“ [Anteil Stromerzeugung und -ankauf über die Jahre], <https://www.taipower.com.tw/tc/page.aspx?mid=212&cid=120&chck=f3a1b1e0-03e5-45fa-b72e-b28c5cb94f37> (22.3.2024)



7 Taiwans Identität im Wandel



Wenn ausländische Politiker:innen über Taiwan sprechen, hört man immer wieder Sätze wie „Taiwan ist das demokratische China“. Das Land sei ein leuchtendes Beispiel dafür, dass auch Chines:innen erfolgreich Demokratie und Freiheit praktizieren könnten, ein willkommener Stachel im Fleisch des kommunistischen Nachbarn sozusagen. Diese Vorstellung von Taiwan als dem freien, demokratischen China, das als antikommunistisches Bollwerk fungiert, hat seinen Ursprung in der Propaganda der Kuomintang (KMT), deren politisches Überleben lange Zeit mit dem Anspruch verbunden war, die einzig legitime Vertretung des chinesischen Volkes zu sein (siehe Kapitel 4, „Internationale Marginalisierung“). Während des Kalten Krieges wurde diese politische Selbsttäuschung allen voran von den USA unterstützt. Heute, da Taiwan die Bezeichnung Demokratie wirklich verdient hat, kann sich die taiwanische Bevölkerung immer weniger mit China identifizieren. Die Menschen sehen sich mehrheitlich als Taiwaner:innen, nicht als Chines:innen. Das „Demokratische China“-Kompliment stößt in Taiwan daher bei vielen eher auf Unverständnis und sorgt für Irritationen.

Taiwans nationale Identität ist das Ergebnis jahrzehnte-, wenn nicht gar jahrhundertelanger Anpassung und Evolution. Einerseits ist da die historische Verbindung zur chinesischen Kultur und Sprachfamilie. Seit dem 17. Jahrhundert wurde Taiwan von ethnischen Chines:innen aus Fujian und Guangdong besiedelt. Sie brachten neben ihren Sprachen (Minnan und Hakka) auch Ahnenverehrung, Volksglauben, Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus mit auf die Insel. Dann kamen 50 Jahre japanischer Kolonialzeit, gegen deren Ende die Kolonialbehörden alles daransetzten, die Taiwaner:innen zu Japaner:innen umzuerziehen. Alle sollten Japanisch lernen und japanische Sitten und Religion annehmen. Nach dem Abzug der Japaner etablierte die chinesische KMT schließlich eine Militärdiktatur auf der Insel. Auf Grundlage ihres Ethnonationalismus versuchte die KMT den Taiwaner:innen alles Taiwanische und Japanische auszutreiben. Mandarin oder „Hochchinesisch“ wurde propagiert und das Sprechen von Taiwanisch in Schulen verboten. Taiwanisch, eine Variante des Minnan mit zahlreichen japanischen Lehnwörtern, galt als vulgär und kulturlos. Während die Lehrpläne auf chinesische Geschichte und Geografie ausgerichtet waren, kam Taiwan im Unterricht dagegen kaum vor. Sogar in der Architektur fand diese Diskriminierung Anwendung und historische Bauten wurden zugunsten Potemkinscher Dörfer im nordchinesischen Stil abgerissen oder umgestaltet. Wichtige Posten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft wurden mit chinesischen Neuankömmlingen, den *Waishengren*, besetzt.

Mit anderen Worten wurde den Taiwaner:innen jahrzehntelang auf allen Ebenen vermittelt, dass sie minderwertig seien. Die Entstehung der taiwanischen Identität war also vor allem eine Reaktion auf die Unterdrückung und Fremdbestimmung durch wechselnde Regime.

Aufkeimen einer taiwanischen Identität

Erste Belege eines Bekenntnisses zu einer eigenen taiwanischen Identität lassen sich etwa bis ins Jahr 1895 zurückverfolgen. Als die Qing-Dynastie gezwungen war, Taiwan an Japan abzutreten, entstand erstmals ein Anlass für die Taiwaner:innen, sich unter einer gemeinsamen Flagge zu vereinen und ihre Interessen nach außen zu verteidigen. Diese Bestrebungen führten zur Gründung der kurzlebigen Republik Formosa (siehe Kapitel 2). In der Unabhängigkeitserklärung bezeichneten sich die Inselbewohner:innen zum ersten Mal offiziell als *People of Formosa*, also als taiwanisches Volk. Obwohl die Republik, die von der Oberschicht im Norden der Insel finanziert wurde, nicht lange Bestand hatte, war damit ein erster Keim für eine taiwanische Identität und politische Selbstbestimmung gesät.

Während der frühen Jahre der japanischen Kolonialherrschaft gab es vereinzelt bewaffneten Widerstand. Doch für die Entfaltung einer eigenen Identität war das Entstehen einer taiwanischen politischen und kulturellen Öffentlichkeit, etwa durch die Gründung politischer Organisationen und Verlagsgesellschaften, entscheidender. Da die Taiwaner:innen immer wieder von den japanischen Besatzern diskriminiert wurden und wenig Mitspracherecht bei der Verwaltung ihrer Heimat hatten, forderten einige Intellektuelle seit den 1920er-Jahren die Einrichtung eines taiwanischen Lokalparlamentes. Eine wichtige Figur dieser sogenannten Petitionsbewegung, die Unterschriften sammelte und Forderungen an die japanische Regierung richtete, war der Arzt Chiang Wei-shui. Chiang war Mitbegründer des Taiwanischen Kulturvereins (1921) und der Taiwanischen Volkspartei (1927), die die politische und kulturelle Landschaft der Insel nachhaltig prägten. Viele seiner Mitstreiter:innen hatten in Japan studiert, wo sie neben dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft erstmals auch mit dem internationalen Diskurs über Kolonialismus und Selbstbestimmungsrecht in Kontakt gekommen waren. Diese Ideen verbreiteten sie durch Zeitschriften wie *The Tâi-oân Chheng-liân* (dt. Taiwanische Jugend) und *The Formosa* in Taiwan. Ab den 1920er-Jahren war die Idee eines taiwanischen Volkes als eigene Nation etabliert. Mit Ausnahme der Taiwanischen

Kommunistischen Partei führte dieses Bewusstsein allerdings nicht zu weitverbreiteten Forderungen nach einem unabhängigen Staat. Erst die folgenreichen Ereignisse des Jahres 1945 änderten das.

Von einer Assimilation zur nächsten

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges änderte sich das Schicksal Taiwans ein weiteres Mal, und wieder hatten die Taiwaner:innen kein Mitspracherecht. Ohne die Bevölkerung zu befragen, gaben die Siegermächte Taiwan nach der Niederlage Japans in die Obhut der Republik China (siehe Kapitel 2, „Übergabe Taiwans“). Zwar stand ein großer Teil der Bevölkerung dieser Entwicklung anfangs durchaus positiv gegenüber, doch das Verhalten der chinesischen Soldaten und die Realität der chinesischen Herrschaft führten schnell zu einem Umdenken. Viele Taiwaner:innen stellten plötzlich ihre chinesische Identität infrage, weil die Besatzer diesmal keine Japaner, sondern Han-Chinesen waren, Menschen also, denen sie sich trotz der existierenden Sprachbarriere zuvor verbunden gefühlt hatten.

Dieses kollektive Gefühl der Entfremdung schlug sich in einem damals weit verbreiteten Sprichwort nieder: „Die Hunde sind gegangen und Schweine gekommen“ (chin. *gou qu zhu lai*). Die „Hunde“ waren in diesem Zusammenhang die Japaner, die die Bevölkerung zwar unterdrückt, aber wenigstens für Ordnung gesorgt sowie Haus und Hof geschützt hatten. Die chinesischen Soldaten und Beamten der KMT galten hingegen als metaphorische „Schweine“, nutzlos und korrupt. Nach der Machtübernahme durch die KMT wurde Taiwan wirtschaftlich ausgebeutet, um den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten Mao Tse-tungs zu finanzieren. Diese Misswirtschaft gepaart mit der Korruption und dem gesetzlosen Verhalten der chinesischen Besatzer sorgten in Taiwan für großen Unmut, der sich Anfang 1947 in inselweiten Protesten ausdrückte.

Der 228-Zwischenfall als identitätsstiftendes Ereignis

Am 27. Februar 1947 konfiszierten chinesische Beamte des staatlichen Monopolamtes die Zigaretten einer taiwanischen Straßenverkäuferin in Taipeh. Ihr brutales Vorgehen gegenüber der wehrlosen Frau brachte einige Passant:innen dazu, einzuschreiten und der Verkäuferin zur Hilfe zu eilen. Nachdem ein Unbeteiligter durch einen Warnschuss getötet worden war, umstellten noch am

Abend 600 bis 700 Demonstrant:innen eine Polizeiwache und eine Station der Militärpolizei, in der sich die Beamten des Monopolamtes verbarrikadiert hatten. Sie forderten die Herausgabe der Schuldigen und kampierten über Nacht vor den beiden Gebäuden. Als ihre Blockade ohne Erfolg blieb, marschierten sie am 28. Februar durch die Stadt und riefen ihre Mitbürger:innen zu Streiks auf. Eine Gruppe stürmte die Taipeher Filiale des Monopolamtes und verbrannte Waren, Mobiliar und Fahrzeuge auf der Straße vor dem Gebäude. Dabei wurden zwei Beamte getötet. Vor dem Sitz des Verwaltungschefs, wo sich heute der Exekutiv-Yuan befindet, eröffneten Wachsoldaten aus dem ersten Stock das Feuer. Mindestens zwei Demonstrierende wurden dabei erschossen, viele weitere verletzt. Die restlichen zogen sich in den nahe gelegenen Neuen Park (heute *228 Peace Memorial Park*) zurück, um ihren Protest fortzusetzen. Sie besetzten die dort gelegene Radiostation und riefen ganz Taiwan zum Widerstand gegen die KMT auf.

Die Schüsse auf die unbewaffneten Demonstrant:innen brachten die bereits seit Monaten schwelenden Konflikte zwischen den chinesischen Machthabern und der taiwanischen Bevölkerung zum Ausbruch und entfachten in wenigen



Eine aufgebrachte Menschenmenge stürmt die Niederlassung des staatlichen Monopolamtes in Taipeh.
28. Februar 1947

Tagen einen landesweiten Aufstand. Für etwa eine Woche bestimmten die Taiwaner:innen das Geschehen in ihrer Heimat. In Komitees zur Schlichtung des Konflikts formulierten sie klare politische Forderungen an die KMT-Behörden: mehr demokratische Teilhabe und ein hohes Maß an Autonomie für die Bevölkerung der Insel. Der chinesische Gouverneur Chen Yi gab vor, den Forderungen der Demonstrierenden nachzugeben. In Wahrheit bereitete er aber die Niederschlagung der Proteste mithilfe militärischer Verstärkung durch die Zentralregierung in China vor. In deren Folge wurde eine ganze Generation taiwanischer Intellektueller ausgelöscht: Zwischen dem 8. März, als die von Chen Yi angeforderten Truppenverbände in Taiwan eintrafen, und dem 16. Mai, als das von Chen ausgerufene Kriegsrecht vorerst wieder aufgehoben wurde, wurden nach neuesten Forschungen zwischen 8000 und 11000 Taiwaner:innen ermordet. Ältere Schätzungen sprachen gar von 20000 bis 30000 Toten.

Der 228-Zwischenfall und das anschließende Massaker können als Gründungsmythos der taiwanischen Nation verstanden werden. Nicht etwa, weil es sich hierbei um eine Legende handelt, sondern weil das Massaker eine Zäsur im Selbstverständnis der Taiwaner:innen darstellt und später zur Formierung einer taiwanischen Identität in Abgrenzung zu China beitrug. Dass die historische Wahrheit über die Ereignisse so lange von den Behörden vertuscht und jede Erinnerung an die Opfer unterdrückt wurde, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Lange war das Gedenken auf den privaten Raum begrenzt und Opfer wie Täter nicht bereit, über das Erlebte zu sprechen. Viele Taiwaner:innen erfuhren erst im Ausland von den Geschehnissen des Jahres 1947. In Japan und den USA hatte sich eine Bewegung von taiwanischen Unabhängigkeitsaktivist:innen organisiert, die aktiv zu dem Massaker forschten und die Erinnerung an die Opfer wachhielten. Erst in den 1980er-Jahren rückte der 228-Zwischenfall auch in Taiwan selbst wieder in den Fokus einer neu aufkeimenden Zivilgesellschaft. Im Jahr 1987, wenige Monate vor der Aufhebung des Kriegsrechts, trafen sich etwa 30 Aktivist:innen im südtaiwanischen Tainan, um erstmals öffentlich mit einem Gedenkmarsch an die Opfer zu erinnern. Einer der Organisatoren des Marsches war der oppositionelle Aktivist und Herausgeber Nylon Cheng (chin. Cheng Nan-jung), der im Jahr des Massakers geboren wurde (siehe Kapitel 3). Die Forderung von Cheng und seinen Mitstreiter:innen, den 28. Februar zu einem nationalen Gedenktag zu machen, wurde 1995 Realität. Im selben Jahr bat Lee Teng-hui als erster taiwanischer Präsident der Republik die Angehörigen der Opfer um Vergebung.



Der regimekritische Herausgeber Nylon Cheng (erste Reihe links) beim Marsch in Tainan zum 40. Jahrestag des 228-Massakers, 28. Februar 1987

Ethnische Spannungen: *Waishengren* und *Benshengren*

Die KMT zeichnete lange ein verzerrtes Bild des 228-Zwischenfalls und sprach den Taiwaner:innen damit nicht nur jegliches Recht auf öffentliche Erinnerung und Wiedergutmachung ab, sondern gab ihnen im Gegenteil die offizielle Schuld an dem Massaker. In den staatlich kontrollierten Zeitungen wurde von 3 000 bis 4 000 von den Aufständischen getöteten „Festländer:innen“ (chin. *Waishengren*) berichtet. Als *Waishengren*, also „Personen von außerhalb der Provinz [Taiwan]“, bezeichnete die KMT-Verwaltung all jene, die zwischen 1945 und 1955 mit der KMT nach Taiwan gekommen waren. Menschen, deren Familien sich seit dem 17. Jahrhundert in Taiwan angesiedelt hatten, wurden als *Benshengren* bezeichnet, also als „Personen aus der Provinz [Taiwan]“. Heute wissen wir, dass weniger als 100 *Waishengren* bei den Aufständen 1947 ums Leben kamen, ein Drittel von ihnen sogar durch die Hand der KMT-Behörden selbst. Die von der KMT verbreiteten falschen Opferzahlen und die damit verbundene Umkehr des Täter-Opfer-Verhältnisses haben dazu beigetragen, die Kluft zwischen Taiwaner:innen und „Festländer:innen“ weiter zu vergrößern.

Von der Machtübernahme im Jahr 1945 bis ins Jahr 1988 dominierten die *Waishengren* Taiwans Politik und Verwaltung. Da die KMT und die Republik China für sich beanspruchten, ganz China zu vertreten, war Taiwan in ihrem Weltbild nur eine von 35 chinesischen Provinzen. Obwohl die *Benshengren* und Indigenen 75 Prozent der Bevölkerung ausmachten, wurde ihnen in der staatlichen Verwaltung daher nur ein Bruchteil der vorhandenen Stellen zugestanden. Erst als dieser Anspruch in den 1970er-Jahren langsam zu bröckeln begann und die Republik China ihren UN-Sitz verlor, wurden Taiwaner:innen unter Chiang Kai-sheks Sohn, Chiang Ching-kuo, aktiv in die KMT und die Regierung integriert. So baute er zum Beispiel den in Taiwan geborenen Lee Teng-hui als seinen Nachfolger für das Amt des Präsidenten auf. Doch selbst nach 1988 hatten *Waishengren* in Militär, Industrie, Bildung und Medien noch immer viele Schlüsselpositionen inne. Vor allem in Medien und Bildung machten es Diskriminierung und die Anforderung an ein Hochchinesisch ohne taiwanischen Akzent für *Benshengren*-Bewerber:innen lange schwer.

Viele Taiwaner:innen sahen in den *Waishengren* nach 1947 vor allem die Helfershelfer der KMT-Gewaltherrschaft: Kolonialisten, die auf sie herabsahen und sie an jeder Ecke diskriminierten. Was dabei oft vergessen wird (und vielen vielleicht auch nicht bewusst war), ist, dass es auch innerhalb der Gruppe der *Waishengren* Opfer gab, denen unter der KMT Unrecht zugefügt wurde.

Trauma der *Waishengren*

Die Gruppe der *Waishengren* war und ist alles andere als homogen. Von den etwa eine Million Chines:innen, die zwischen 1945 und 1955 nach Taiwan kamen, waren nur etwa 21 Prozent Frauen. Die Männer waren zumeist junge Soldaten. Viele von ihnen wurden im Bürgerkrieg von der KMT zwangsrekrutiert und mussten ihre Heimat unter Zwang verlassen. Sie kamen vor allem als vor dem Bürgerkrieg Geflohene unter dramatischen Umständen nach Taiwan. Dagegen war etwa ein Viertel der *Waishengren* relativ entspannt zwischen 1945 und 1949 nach Taiwan migriert, also noch vor der eigentlichen Fluchtbewegung. Unter diesen frühen Migrant:innen befand sich vor allem die Elite der Republik China.

Vor den 2000er-Jahren wurden die Geschichte der Flucht und die Schrecken des Bürgerkrieges im öffentlichen Diskurs kaum thematisiert, um die Autorität der Chiangs und das Image von Chiang Kai-shek, dem Anführer der KMT, als Volksheld und „nationalem Erlöser“ nicht zu beschädigen. Trotz der öffentlich zur Schau gestellten Harmonie waren die Beziehungen zwischen der KMT und den chinesischen



Flüchtende Angehörige von KMT-Soldaten, die auf dem Rückzug vor den Kommunisten sind, warten am Gleis des Shanghaier Bahnhofs auf einen Reiseplatz in den Süden Chinas. 2. Februar 1949

Geflüchteten in den ersten zehn Jahren nach der Besetzung Taiwans äußerst angespannt. Viele von ihnen waren als Geiseln der KMT nach Taiwan gekommen und ihr alles andere als freundlich gesinnt. Gleichzeitig hatten Chiang Kai-shek und die KMT große Angst vor kommunistischen Spionen. Chiang währte hinter jeder Ecke Feinde und zeigte keine Gnade im Umgang mit angeblich kommunistischen Sympathisanten. In vielen Fällen wies er Richter sogar persönlich an, Haftstrafen in Todesstrafen umzuwandeln. Obwohl die *Waishengren* nur etwa 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung Taiwans ausmachten, wurden sie überproportional häufig im Rahmen des Weißen Terrors der KMT als Spione verhaftet und hingerichtet.

Gleichzeitig wurden nicht wenige der durch den Bürgerkrieg und die Flucht traumatisierten Soldaten in Taiwan zu Kriminellen. In den ersten zehn Jahren der Besetzung war die Kriminalitätsrate unter den *Waishengren* doppelt so hoch wie unter Taiwaner:innen. Das gesetzbrecherische Verhalten vieler Soldaten verbreitete Angst und Wut unter der einheimischen Bevölkerung.

Zum Trauma des Bürgerkriegs und der Flucht gesellte sich für viele *Waishengren* alsbald die Erkenntnis, dass sie ihre Heimat nie wieder sehen würden. In den späten 1950er-Jahren wurde langsam klar, dass Chiang Kai-shek das Festland nicht würde zurückerobern können. In den 1960er-Jahren versuchten die *Waishengren* dann, ihr Trauma zu verarbeiten, indem sie Heimatvereine (chin. *Tongxianghui*) gründeten und Magazine und Bücher über ihr Heimatland herausgaben. Als 1987 die Reisebeschränkungen aufgehoben wurden und sie erstmals wieder chinesischen Boden betreten durften, entpuppte sich der langjährige Traum von der „Heimkehr“ für viele schnell als Albtraum. Familienangehörige waren teilweise schon lange verstorben, und ihre idealisierte Heimat hatte sich durch die Kulturrevolution und andere kommunistische Kampagnen stark verändert. Die einst große chinesische Kulturnation, auf die sie so stolz gewesen waren, erschien ihnen nun „rückständiger“ als das kleine Taiwan, auf das sie lange herabgeblickt hatten.

Während die erste Generation der *Waishengren* in Taiwan nicht mehr als einen Rückzugsort sah, von dem sie irgendwann wieder zurück in die Heimat aufbrechen wollte, haben die zweite und dritte Generation Taiwan mehrheitlich als neue Heimat akzeptiert und sich „taiwanisiert“. Heute hat die *Waishengren-Benshengren*-Dichotomie daher außerhalb der KMT an Bedeutung verloren. Auch in der Demokratischen Fortschrittspartei und der Unabhängigkeitsbewegung sind viele *Waishengren* politisch aktiv. Im Fokus stehen dabei weniger die Geschichte des Bürgerkriegs und die Verbrechen der KMT, sondern eher der Umgang mit der zunehmend aggressiv auftretenden Volksrepublik China, die die demokratische Lebensweise der Taiwan:innen und ihre taiwanische Identität bedroht.

Wiedererwachen einer taiwanischen Identität

Unter der Militärdiktatur der KMT war jeder Ausdruck einer taiwanischen Identität verboten und wurde als Separatismus verfolgt. In den Schulen, an Universitäten und in den Medien wurde den Taiwan:innen jahrzehntelang eingebläut, dass sie Chines:innen seien. Im Laufe des Demokratisierungsprozesses der 1990er-Jahre begann unter dem ersten taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui eine Desinisierung des Landes. Im Rahmen dieser Besinnung auf Taiwan, der sogenannten Lokalisierung (chin. *Bentuhua*) oder Taiwanisierung, wurde auch der Kultur und Geschichte der Indigenen mehr Raum eingeräumt – auch weil sie eine taiwanische Identität repräsentieren, die keine Verbindungen zu Festlandchina hat. Die Regierung gab ihr Geschichts- und Identitätsverständnis auf, das die Wiege der eigenen (chinesischen) Kultur in der zentralen Ebene um den Gelben Fluss verortete.

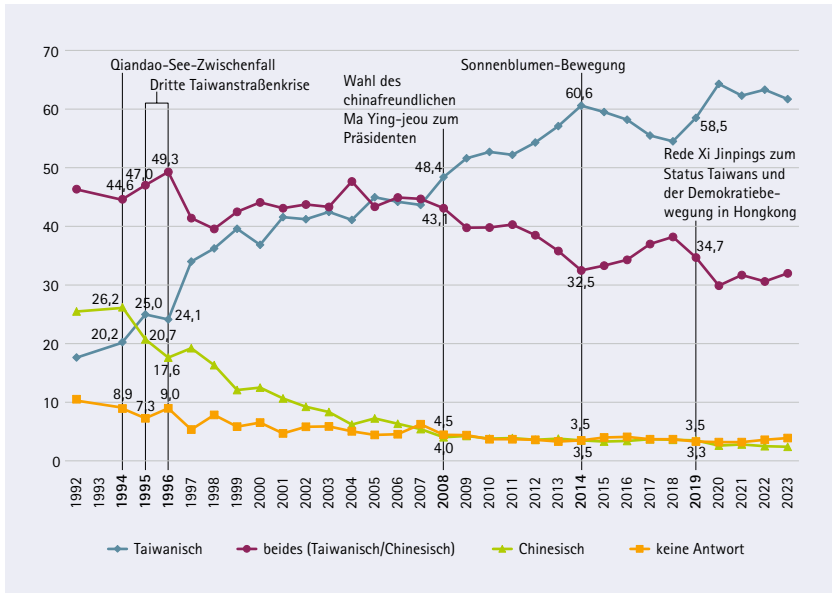
Der Staat begann außerdem, sich rechtlich und militärisch von seinem eigenen „China“-Framing zu lösen, um demokratische Wahlen zu ermöglichen und die politische Macht der privilegierten *Waishengren* zu brechen. Taiwan nahm in den Institutionen der Republik China mit der Zeit einen immer prominenteren Platz ein, bis die Republik schließlich immer mehr mit Taiwan gleichgesetzt wurde. Dieser Prozess dauert bis heute an und wird von unterschiedlichen Parteien unterschiedlich stark vorangetrieben (oder zurückgedreht). Viele Initiativen müssen noch immer aus der Zivilgesellschaft heraus angestoßen werden.

Langzeitstudien der National Chengchi University (NCCU) in Taipeh zeigen, dass sich heute etwa zwei Drittel der Menschen in Taiwan als Taiwaner:innen identifizieren, während ein Drittel sich sowohl als Chines:innen als auch als Taiwaner:innen betrachtet. Der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich als Chines:innen sehen, ist mit unter drei Prozent verschwindend gering. Dieser Wandel hat vor allem damit zu tun, dass die erste *Waishengren*-Generation langsam ausstirbt. Ihre Nachkommen, die in Taiwan geboren sind, haben einen natürlichen Bezug zu ihrem Geburtsland. Wie stark sie sich mit der Heimat ihrer Vorfahren identifizieren, hängt größtenteils von ihrer Erziehung und Sozialisierung ab.

Ein weiterer Faktor ist der wirtschaftliche und politische Aufstieg der Volksrepublik China seit den 1980er-Jahren. Die kommunistische Regierung in Peking hat heute die Diskurshegemonie über alles, was „chinesisch“ ist. Die historische und kulturelle Nation „China“ wird daher weltweit mit der Volksrepublik China gleichgesetzt. Für Taiwaner:innen, die noch eine starke Verbindung zu ihren chinesischen Wurzeln oder zur chinesischen Kultur verspüren, wirkt das zunehmend abschreckend. Vor allem im Ausland wollen sie nicht als Bürger:innen der Volksrepublik China wahrgenommen werden. Ironischerweise trägt die Volksrepublik China also selbst dazu bei, dass sich Menschen in Taiwan von einer chinesischen Identität abwenden. In der NCCU-Langzeitstudie zur Identität können konkrete chinesische Maßnahmen und historische Ereignisse mit Veränderungen der taiwanischen Identität verknüpft werden.

Beispielsweise führte der Qiandao-See-Zwischenfall von 1994, bei dem zwei Dutzend taiwanische Tourist:innen bei einer Urlaubsreise in der chinesischen Provinz Zhejiang getötet wurden, zu einem messbaren Rückgang der chinesischen Identität in Taiwan. Die intransparente Untersuchung der Ereignisse durch die lokalen Behörden sorgte für massive Kritik und die Zahl der taiwanischen Tourist:innen in China fiel um 40 Prozent. Die Dritte Taiwanstraßenkrise von 1995/96, bei der China Taiwan vor der ersten demokratischen Präsidentschaftswahl durch Raketentests einzuschüchtern versuchte, führte zu einem

► **Abb.:** Veränderungen in Bezug auf die nationale Identität der Taiwaner:innen in Prozent zwischen 1992 und 2023, laut Umfragen des Wahlforschungszentrums der NCCU



Quelle: „Taiwanese / Chinese Identity (1992/06–2023/06)“, Election Study Center, NCCU, <https://esc.nccu.edu.tw/PageDoc/Detail?fid=7800&tid=6961> (1.2.2024)

weiteren Anstieg der rein taiwanischen Identität von 24,1 Prozent im Jahr 1996 auf 34 Prozent im darauffolgenden Jahr. Diese Entwicklung setzte sich fort, auch als 2008 ein eher chinafreundlicher Kandidat zum Präsidenten gewählt wurde. 2014 erreichte die rein taiwanische Identität mit 60,6 Prozent einen neuen Höhepunkt während der sogenannten Sonnenblumen-Bewegung, als die taiwanische Jugend gegen ein umstrittenes Handelsabkommen mit der Volksrepublik China protestierte und das taiwanische Parlament besetzte. Die Bewegung stoppte nicht nur erfolgreich das Abkommen (*Cross-Strait Service Trade Agreement*), sondern schuf auch ein breites Bewusstsein für die Gefahren einer weiteren wirtschaftlichen Verflechtung der Insel mit der Volksrepublik. Der Widerstand gegen chinesische Annäherungsversuche gepaart mit der offenen Zurschaustellung eines taiwanischen Nationalstolzes und dem öffentlichen Eintreten zentraler Mitglieder der Bewegung für eine taiwanische Unabhängigkeit, gaben dem Gefühl einer taiwanischen Identität enormen Auftrieb.



Rund 400 Demonstrant:innen der Sonnenblumen-Bewegung besetzen 24 Tage lang das Parlamentsgebäude in Taipeh, Zehntausende weitere protestieren vor dem Gebäude. 20. März 2014

Im Jahr 2019 brachte der chinesische Staats- und Parteiführer Xi Jinping die Taiwaner:innen mit einer scharfen Rede zu Taiwans Status und mit der brutalen Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong gegen sich auf. 2020 bezeichneten sich ganze 64,3 Prozent der Befragten ausschließlich als Taiwaner:innen – ein neuer Rekord. Je schriller die Machthaber in Peking ihren Ethnonationalismus und das „Wiedererstarken der chinesischen Nation“ beschwören, desto mehr wenden sich die Taiwaner:innen von ihren teilweise chinesischen Wurzeln ab.

Der Fall Chou Tzu-yu

Nachdem die taiwanische K-Pop-Sängerin Chou Tzu-yu im November 2015 in einem koreanischen TV-Programm mit einer Flagge der Republik China gefilmt wurde, brach ein Shitstorm über sie herein. Chinesische Nationalist:innen bombardierten sie regelrecht mit Hass-Kommentaren und warfen ihr Unterstützung für „taiwanischen Separatismus“ vor. Für Peking ist nämlich schon das Zeigen dieser Flagge nicht akzeptabel. Wenn im chinesischen Fernsehen Bilder aus Taiwan übertragen werden, wird sie regelmäßig zensiert. Selbst in

der Berichterstattung über das historische Treffen zwischen Taiwans Präsidenten Ma Ying-jeou und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping im Jahr 2015 wurden alle Flaggen und Verweise auf die Republik China und seine staatlichen Institutionen ausgeblendet. Für Peking sind die Präsident:innen der Republik China nur „lokale Führungspersönlichkeiten der Region Taiwan“.

Der Vorfall war auch deswegen politisch so aufgeladen, da er sich kurz vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan im Januar 2016 ereignete. Auf Anraten ihres Managements entschuldigte Chou sich öffentlich mit einer Videobotschaft, in der sie ihre Loyalität zu China beteuerte und erklärte, dass es nur „ein China“ gebe. Die taiwanische Öffentlichkeit war schockiert ob der Behandlung Chous und verurteilte das in ihrem Namen veröffentlichte Entschuldigungsvideo – einige Fans erinnerte es sogar an ein Geiselvideo – aufs Schärfste. Viele sahen darin einen Angriff auf die Meinungsfreiheit der Künstlerin und die taiwanische Identität als Ganzes.

Dabei ist für Taiwan:innen die Flagge der Republik China eigentlich kein Ausdruck für „Separatismus“. Vor allem für junge Leute, die nach 1990 geboren wurden und die Republik China (Taiwan) nur als demokratischen Rechtsstaat kennengelernt haben, ist die Flagge der Republik eher Ausdruck ihrer Nation und gleichzusetzen mit Taiwan. Diese Generation wird auch gerne als „natürlich unabhängig“ (chin. *tianran du*) bezeichnet. Für sie bedeutet der Status quo, dass Taiwan, offizieller Name „Republik China (Taiwan)“, bereits ein unabhängiger Staat ist. Eine Unabhängigkeitserklärung, wie sie eingefleischte Aktivist:innen des grünen Lagers fordern, ist für sie gar nicht notwendig. Gerade Letzteren erschien hingegen der Vorwurf des Separatismus gegen Chou mehr als lächerlich, da sie in der Flagge der Republik China, zumal dort prominent das Parteiwappen der KMT prangt, vielmehr eine schmerzhaft Erinnerung an die Gewaltherrschaft der Nationalisten sehen. Die Flagge der Unabhängigkeitsbewegung ist grün-weiß und besteht aus drei senkrechten Streifen. Auf weißem Grund sind in der Mitte Taiwan und seine vorgelagerten Inseln in Grün abgebildet.

Jedenfalls schürte die Empörung über den Vorfall, durch den sich die Unverhältnismäßigkeit der chinesischen Position zeigte, eher eine antichinesische Stimmung unter den Taiwan:innen. Am Ende mobilisierte der „Chou-Tzu-yu-Effekt“ viele Wähler:innen für die DPP und half Tsai (zusätzlich zur mobilisierenden Wirkung der Sonnenblumen-Bewegung), mit einer klaren Mehrheit zu Taiwans erster Präsidentin gewählt zu werden.

Von einer ethnischen zu einer bürgerlichen Identität

Taiwan ist ein kultureller Schmelztiegel, geprägt von einer Vielfalt an verschiedenen Volksgruppen. Darunter sind die indigenen Völker der Insel sowie Hoklo, die heute die Bevölkerungsmehrheit darstellen, Hakka, *Waishengren* und die sogenannten neuen Bewohner:innen (chin. *xin zhumin*), die durch Heirat oder Arbeitsmigration nach Taiwan gelangten. Mittlerweile haben sich viele der ethnischen Gruppen stark vermischt und der Fokus der taiwanischen Identität hat sich weiter verschoben, weg von ethnischen Zugehörigkeiten hin zu einer Identifikation über demokratische Institutionen und freiheitliche Werte. Dieser Trend wird als staatsbürgerlicher Nationalismus (engl. *civic nationalism*) bezeichnet. Auch wenn es noch Probleme mit der Diskriminierung ausländischer Arbeitsmigrant:innen gibt (siehe Kapitel 3, „Pandemie“) und etwa indigene Menschen noch immer zum Teil wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt sind, präsentiert Taiwans Regierung das Land durchaus zu Recht als weltoffen und tolerant, als ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft grundsätzlich gleichberechtigt sind und integriert werden.

Der Grundstein für diesen Wandel in der nationalen Identität wurde bereits von Präsident Lee Teng-hui gelegt. Im Jahr 1998 unterstützte er im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt von Taipeh den Kandidaten Ma Ying-jeou. Ma wurde in Hongkong geboren und floh mit seiner Familie nach Taiwan. Lee bezeichnete ihn als Teil der „neuen Taiwaner:innen“ (chin. *xin Taiwanren*) und half ihm so, die Zweifel der Wähler:innen an seiner Identität und Loyalität gegenüber Taiwan zu zerstreuen.

Auch Taiwans langjährige Präsidentin Tsai Ing-wen hat die Entwicklung einer taiwanischen Identität auf Grundlage eines staatsbürgerlichen Nationalismus gefördert. In ihrer politischen Kommunikation wiederholte sie immer wieder die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Quelle nationalen Stolzes. Bei Reden zum Nationalfeiertag der Republik China bezog sie sich explizit auf die gemeinsamen Lebenserfahrungen aller Menschen, die „in Taiwan Fuß gefasst haben“¹ und klammerte die Geschichte der Republik auf dem chinesischen Festland vor 1945 bewusst aus. Stattdessen konzentrierte sie sich auf die Errungenschaften der taiwanischen Gesellschaft als Gemeinschaft,

1 Präsidentschaft Taiwan, „President Tsai delivers 2021 National Day Address“, 10. Oktober 2021, <https://www.president.gov.tw/News/26253> (1.2.2024)



Ma Ying-jeou (links) während eines Wahlkampfauftritts mit dem taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui vor der Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle in Taipeh wenige Tage vor der Bürgermeisterwahl, 4. Dezember 1998

sei es im Bereich Demokratie, Pandemiebekämpfung oder technologischer Fortschritt. Auch der zunehmende Druck aus China spielte in ihrer Kommunikation natürlich eine Rolle. Nationaler Zusammenhalt gewinnt im Angesicht einer wachsenden Bedrohung von außen weiter an Bedeutung – eine Linie, die ihr Amtsnachfolger Lai Ching-te vermutlich fortsetzen wird.

Bei allen noch bestehenden Differenzen zwischen den verschiedenen Volksgruppen, zwischen *Benshengren* und *Waishengren*, Han-Chines:innen und Indigenen, Hakka und Hoklo, verbindet die Menschen in Taiwan heute vor allem ihr Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten. Das ist, wie Tsai es nannte, der „größte gemeinsame Nenner“¹, auf den sich Taiwans pluralistische Gesellschaft einigen kann.

1 Ye Suping, „Jinian Huang Xinjie Cai zongtong: Taiwan zui da gongyueshu ziyou minzhu“ [In Erinnerung an Huang Hsin-chieh, Präsidentin Tsai: Liberale Demokratie ist Taiwans größter gemeinsamer Nenner], Central News Agency, 24. August 2018, <https://www.cna.com.tw/news/aip/201808240229.aspx> (28.4.2024)





8 Bedrohte Demokratie – Der Konflikt in der Taiwanstraße

Taiwan gehört zu den am meisten bedrohten Staaten der Welt. Fast täglich nähern sich chinesische Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe der Insel und untermauern die verbalen Drohgebärden gegenüber Taiwan. Die zunehmenden militärischen Aktivitäten Chinas führen wiederum zu einer stärkeren Aufrüstung Taiwans, der USA, Japans und anderer Staaten in der Region.

Aus Sicht der Volksrepublik ist Taiwan nicht mehr als eine abtrünnige Provinz, die mit dem Festland „wiedervereinigt“ (chin. *tongyi*) werden muss. Dabei ist der Begriff „Wiedervereinigung“ irreführend, weil Taiwan zum einen nie Teil der Volksrepublik war und zum anderen die große Mehrheit der taiwanischen Bevölkerung kein Teil der Volksrepublik werden möchte. Korrekter ist der Begriff der Annexion, der im Völkerrecht die illegale militärische Eroberung eines fremden Territoriums bezeichnet. Das offizielle Ziel der Volksrepublik China ist ein friedlicher und freiwilliger Zusammenschluss von Taiwan mit dem chinesischen Festland. Allerdings erscheint dies zurzeit sehr unwahrscheinlich, weil die taiwanische Bevölkerung ihre eigene Freiheit und demokratische Selbstbestimmung nicht aufgeben möchte. Als Teil der autoritären Volksrepublik China würden die Taiwaner:innen ihre Freiheit, ihre Menschenrechte und das Recht, ihre eigene Regierung zu wählen, verlieren.

Entsprechend setzt die Volksrepublik China zunehmend auf die Strategie, Taiwan, sowie seine Verbündeten und Partner unter Druck zu setzen, um so Taiwans Verteidigungsfähigkeit einzuschränken. Erreichen will sie damit, dass Taiwan entweder dazu gezwungen wird, einen Zusammenschluss mit dem chinesischen Festland zu den Bedingungen der Volksrepublik zu akzeptieren, oder als letztes Mittel durch eine militärische Invasion erobert werden kann.

Chinas Strategie zur Schwächung Taiwans

Die offizielle Strategie der Volksrepublik China ist eine „friedliche Wiedervereinigung“. Allerdings läuft dieses Ziel auf eine Veränderung des Status quo und die Zerstörung der bestehenden Republik China (Taiwan) hinaus. Der Status quo existiert bereits seit über 70 Jahren. Die Vision der Volksrepublik für Taiwans Status nach einem Zusammenschluss mit dem Festland hat China in sogenannten Weißbüchern dargelegt, die in den Jahren 1993, 2000 und 2022 veröffentlicht wurden. Das letzte „Weißbuch“ zeigt eine Verhärtung der chinesischen Position. Taiwan soll unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ eine gewisse politische Autonomie genießen. Allerdings zeigt das Beispiel Hongkongs, auf das diese Formel angewandt wurde, dass diese „Autonomie“ weder

Demokratie noch umfassende Freiheitsrechte bedeuten würde. Das „Weißbuch“ von 2022 droht ebenfalls allen Taiwaner:innen, die sich gegen die Kommunistische Partei wenden, mit politischer Verfolgung. Darüber hinaus wird eine „Umerziehung“ der taiwanischen Bevölkerung angestrebt, um sie auf Linie der Kommunistischen Partei zu bringen und ihnen die demokratischen Wertvorstellungen abzuerziehen.

Zur Umsetzung dieses Ziels verfolgt die Volksrepublik China gegenüber Taiwan eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite werden Anreize für einen Zusammenschluss geschaffen und auf der anderen Seite politischer, wirtschaftlicher und militärischer Druck aufgebaut, um Taiwan einzuschüchtern und den Status quo unattraktiv erscheinen zu lassen.

Da die überwältigende Mehrheit der Taiwaner:innen, wie erwähnt, nicht den Wunsch hegt, Teil der Volksrepublik zu werden, sind die Anreize, die die Kommunistische Partei setzt, bislang nicht ausreichend. Das Hauptproblem ist dabei, dass es kein Angebot für einen politischen Status Taiwans gibt, der die Demokratie und Freiheit der Menschen garantieren würde. Insofern bemüht sich die Volksrepublik, wirtschaftliche Anreize zu setzen und somit auch die eigene Diktatur attraktiver aussehen zu lassen. Im Jahr 2018 wurden 31 Maßnahmen verabschiedet, die unter anderem die Rechte und Möglichkeiten für Taiwaner:innen, auf dem Festland zu leben und zu arbeiten, für bilaterale Kooperationen in Bildung und Forschung und für den Marktzugang und Investitionsmöglichkeiten taiwanischer Unternehmen in China gestärkt haben. Es gibt geschätzt etwa eine Million Taiwaner:innen, die in der Volksrepublik leben und arbeiten, häufig für eines der zahlreichen taiwanischen Unternehmen in China. Insofern hat die Kommunistische Partei einen gewissen Erfolg mit ihrer Strategie, da die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten sehr eng sind.

Allerdings hat das bislang nichts an der Haltung der taiwanischen Bevölkerung gegenüber einer Eingliederung in die Volksrepublik geändert. Es gibt auch nur sehr wenige Taiwaner:innen, die die Staatsbürgerschaft der Volksrepublik annehmen, obwohl das sehr einfach möglich ist; sie müssen nur die Staatsbürgerschaft der Republik China aufgeben. Die politische Wirkung der wirtschaftlichen Anreize der Volksrepublik bleibt somit begrenzt. Sie führen zwar dazu, dass relativ viele Menschen in Taiwan an guten Beziehungen mit der Volksrepublik interessiert sind, aber dies wird strikt getrennt von einer politischen Vereinigung, die sich kaum jemand in Taiwan wünscht – und wenn, dann höchstens als Teil eines demokratischen Chinas.

Aus diesem Grund zielt der zweite Teil der Doppelstrategie der Volksrepublik darauf ab, durch die Anwendung von politischem, wirtschaftlichem und militärischem Druck sowohl Taiwans formale Unabhängigkeit zu verhindern als auch Taiwan zu einer Vereinigung mit dem Festland zu zwingen. Darunter fallen Aktivitäten und Taktiken, die sich in einer sogenannten Grauzone befinden. Das bedeutet, dass sich die chinesischen Aktivitäten in der Schwebelage zwischen Krieg und Frieden halten und nicht eindeutig einem der beiden Zustände zuzuordnen sind. Der politische und wirtschaftliche Druck der Volksrepublik zielt zum Ersten auf Taiwan selbst, zum Zweiten auf die internationale Gemeinschaft, insbesondere internationale Organisationen, und zum Dritten auf Staaten, Unternehmen und Personen, die als Unterstützer Taiwans angesehen werden.

Weil die Politik der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) in Peking als chinakritisch wahrgenommen wird, hat die Volksrepublik wirtschaftliche Sanktionen gegen einige landwirtschaftliche Produkte aus Taiwan verhängt, darunter Ananas und bestimmte Fischarten. Die Bedeutung der chinesischen Importbeschränkungen für Taiwans Volkswirtschaft ist zwar insgesamt gering, trifft aber Taiwans Agrarsektor, insbesondere in Südtaiwan. Die chinesische Regierung sucht gezielt taiwanische Agrarprodukte aus, bei denen der chinesische Markt einen hohen Anteil der Exporte ausmacht, um die taiwanische Regierung unter Druck zu setzen. Die Landwirt:innen sind eine wichtige Wählergruppe der in Taiwan regierenden DPP.

Wegen Taiwans fragilem völkerrechtlichem Status und dem Druck aus China ist das Land zweitens nur in wenigen internationalen Organisationen Vollmitglied, darunter der Welthandelsorganisation (WTO) und dem Internationalen Olympischen Komitee. Als Mitglied muss Taiwan einen anderen Namen verwenden. So kann es nur als „Chinesische Taipei“ und unter einer eigens gestalteten Flagge an Olympischen Spielen teilnehmen. Unterhalb einer Vollmitgliedschaft bemüht sich die taiwanische Regierung aktiv um die Partizipation an Aktivitäten internationaler Organisationen. In den vergangenen Jahren versuchte Taiwan, an den jährlichen Vollversammlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Interpol teilzunehmen, den obersten Entscheidungsgremien der beiden Organisationen. Die internationale Gemeinschaft hätte von Taiwans erfolgreicher Bekämpfung der Coronapandemie viel lernen können. Doch die Volksrepublik verhinderte dies, um jeden Anschein einer taiwanischen Souveränität zu vermeiden.

Die Bemühungen der Volksrepublik hören drittens nicht dabei auf, Taiwans internationalen Handlungsspielraum einzuschränken und seine Diplomatie zu

torpedieren. Nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen sehen sich gezwungen, genau darauf zu achten, dass sie sich an die offiziellen Positionen der Volksrepublik halten, wollen sie ihre häufig als unverzichtbar angesehenen Beziehungen zu China nicht aufs Spiel setzen. Das gilt nicht nur für Taiwan, sondern auch für andere territoriale Ansprüche Chinas im Süd- und Ostchinesischen Meer und gegenüber Indien oder bei sensiblen Themen wie Tibet, Xinjiang, Hongkong oder Menschenrechten. Wer Chinas Position nicht folgt, wird „bestraft“. Die Sanktionen umfassen meist einen Boykott von Produkten und Dienstleistungen.

Die Unterstützung eines Managers der US-amerikanischen Basketballliga für die Protestbewegung in Hongkong, die Weigerung mehrerer Bekleidungsunternehmen, Baumwolle aus Xinjiang zu verarbeiten, weil diese in Zwangsarbeit hergestellt sein könnte, oder die Verwendung eines Zitats des Dalai Lama auf der Webseite von Mercedes-Benz hatten beispielsweise einen Boykott der jeweiligen Sportorganisationen und Unternehmen durch chinesische Konsument:innen, angestachelt durch die staatlichen Medien, zur Folge. Vor einigen Jahren bedrängte die Volksrepublik zudem internationale Fluglinien, damit diese bei den Namen der Destinationen auf ihren Webseiten Taiwan zu Taiwan (China) oder einer vergleichbaren Wortwahl ändern. Zentral aus chinesischer Sicht ist eine Formulierung, die unmissverständlich Taiwan als Teil Chinas ausweist. Einige Fluglinien, zum Beispiel japanische, haben daraufhin Ländernamen gänzlich von ihren Webseiten genommen und ermöglichen in Asien nur noch die Auswahl von Städten, um die Forderung der Volksrepublik zu umgehen. Und die Sanktionen treffen auch den Kulturbereich: Schauspieler:innen aus Taiwan, die in der Volksrepublik arbeiten oder in ihren Filmen gezeigt werden wollen, müssen sich ohne Wenn und Aber zu ihrer chinesischen Identität bekennen und dürfen sich nicht als Taiwaner:innen bezeichnen oder mit Hoheitssymbolen, wie der Flagge der Republik China, posieren (siehe Kapitel 7, „Chou Tzu-yu“).

Zudem ist Taiwan das Hauptziel von chinesischer Einflussnahme und Desinformationskampagnen. Über klassische Medien, wie Fernsehen und Tageszeitungen, sowie über soziale Medien verbreitet die Volksrepublik ihre Propaganda mit zwei Hauptzielen: die Volksrepublik und eine Vereinigung Taiwans mit ihr positiv darzustellen sowie Taiwans Demokratie in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen. Einige sogenannte rote Medien in Taiwan, benannt nach der roten Farbe der Kommunistischen Partei, die vor allem die Positionen der Volksrepublik wiedergeben, gehören chinafreundlichen Unternehmer:innen. Eines der bekanntesten ist die Tageszeitung *China Times*, die oft wie ein Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas klingt und in ihrer







Berichterstattung kritische Themen, wie die Menschenrechtslage in China, vermeidet. Zudem werden immer wieder Falschinformationen verbreitet, deren Ziel es ist, das Vertrauen der taiwanischen Bevölkerung in die eigene Regierung und das demokratische System zu untergraben, denn je schlechter Taiwans Demokratie in der Berichterstattung dasteht, desto leuchtender das Beispiel der chinesischen Diktatur. Dabei soll die Unterminierung des demokratischen Systems in Taiwan auch die Moral der Taiwaner:innen schwächen. So wird unter anderem verbreitet, dass die Mehrheit von ihnen nicht bereit wäre, sich gegen einen chinesischen Angriff zu verteidigen, oder dass Taiwans Militär unvorbereitet sei und keine Chance hätte einen Angriff abzuwehren. Dies soll dazu führen, dass im Falle eines Angriffs viele Menschen in Taiwan keinen Widerstand leisten und sich China ergeben würden.

Die oben beschriebenen Instrumente Chinas, mit denen Taiwans Souveränität untergraben und die Bevölkerung eingeschüchtert werden sollen, haben auch eine militärische Dimension. Dazu gehört die regelmäßige Verletzung der taiwanischen ausschließlichen Wirtschaftszone und der taiwanischen Luftüberwachungszone (ADIZ) durch die Volksbefreiungsarmee. Dies betrifft zwar nicht Taiwans Hoheitsgewässer, die sogenannte Zwölfmeilenzone, und den Luftraum über Taiwans Landmasse, dennoch zeigen sich inzwischen jede Woche chinesische Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe in den von Taiwan überwachten Luft- und Seegebieten. Dies markiert eine militärische Eskalation der Volksrepublik, die erst seit wenigen Jahren in dieser Form stattfindet. So überfliegt Chinas Luftwaffe immer wieder die sogenannte Mittellinie. Die 1955 von US-General Benjamin O. Davis gezogene fiktive Linie in der Mitte der Taiwanstraße sollte eine sichere Distanz von taiwanischen und chinesischen Kampfflugzeugen gewährleisten und einen Konflikt zwischen beiden Seiten vermeiden. Seit September 2020 hat China die Mittellinie etliche Male verletzt und gleichzeitig ihre Existenz bestritten, obwohl sich die chinesische Luftwaffe mehrere Jahrzehnte an die Wahrung dieser symbolischen Grenze gehalten hat.

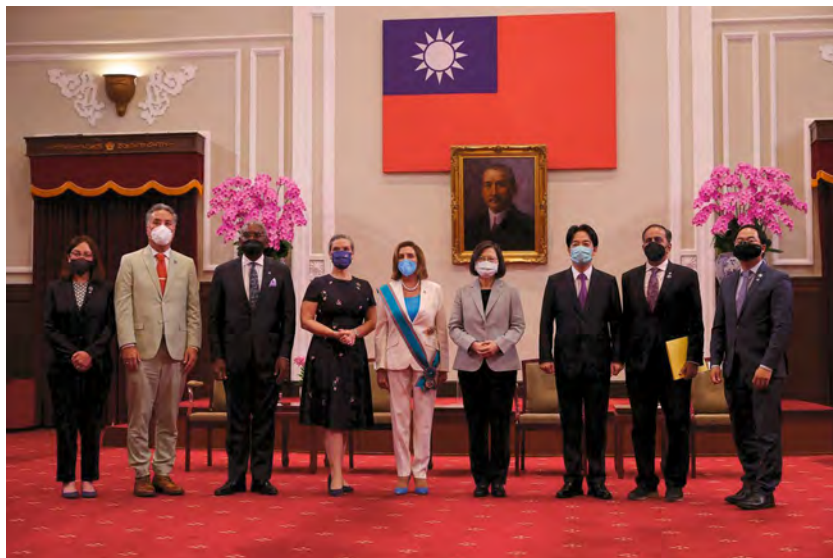
Im August 2022 und im April 2023 hielt China zudem groß angelegte Militärübungen um Taiwan herum ab, bei denen verschiedene militärische Szenarien, wie eine Blockade der Insel, geübt wurden. Sie standen beide Male in Zusammenhang mit Treffen der Präsidentin Tsai und den Sprecher:innen des US-Repräsentantenhauses. Im August 2022 hatte Nancy Pelosi, als Sprecherin des US-Repräsentantenhauses dritthöchste Politikerin der USA (nach dem Präsidenten und der Vizepräsidentin), Taiwan besucht. Dies markierte den

Taiwanische Hoheitsgewässer, Mittellinie und Luftüberwachungszone (ADIZ)



-  Mittellinie, Medianlinie (inoffizielle Demarkationslinie zwischen der VR China und Taiwan)
-  Innere Gewässer (Taiwan)
-  12-Meilen-Zone (Taiwan)
-  ADIZ Air Defense Identification Zone (Luftüberwachungszone)
-  de facto Taiwan ADIZ
-  Taiwan ADIZ nach MND

Quellen:
 R.O.C. Ministry of National Defense (MND) (Taiwanisches Verteidigungsministerium);
<https://www.marineregions.org>



Die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen (Mitte) zusammen mit der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi während ihres historischen Besuchs in Taipeh, 3. August 2022

höchstrangigen Besuch aus den USA seit 25 Jahren – im Jahr 1997 hatte es den letzten Besuch eines Sprechers des US-Repräsentantenhauses gegeben.

Ende März und Anfang April 2023 besuchte Tsai die USA, offiziell nur als Privatperson und nicht als Staatsoberhaupt der Republik China (Taiwan). Während dieses Besuchs traf sie aber den damaligen Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy. China kritisierte beide Zusammenkünfte scharf und führte die groß angelegten Militärübungen durch, um damit sowohl Taiwan als auch die USA zu warnen und die militärische Fähigkeit der chinesischen Streitkräfte, der sogenannten Volksbefreiungsarmee, für eine Blockade oder Invasion der Insel zu stärken.

Zu Chinas Taktik zählt auch die Schwächung des taiwanischen Militärs. So kostet es Taiwan jedes Jahr einen nicht unerheblichen Teil des Verteidigungsbudgets, eigene Kampfflugzeuge aufsteigen zu lassen, um die Bewegungen der Flugzeuge und Boote der Volksbefreiungsarmee zu überwachen. Die häufigen Einsätze führen ebenfalls zur Ermüdung der Pilot:innen und des Materials. Darüber hinaus macht eine Normalisierung dieser Aktivitäten durch die Volksrepublik es einfacher, einen Überraschungsangriff zu planen und durchzuführen. An

manchen Tagen fliegen Dutzende von chinesischen Kampfflugzeugen gemeinsam in den taiwanischen Luftüberwachungsraum. Die Ausweitung der militärischen Aktivitäten der Volksrepublik erhöht zudem die Gefahr einer ungewollten Kollision mit Kampfflugzeugen oder Kriegsschiffen Taiwans. Gleichzeitig hat Chinas aggressives Verhalten aber auch zu höheren Investitionen Taiwans in das eigene Militär in den vergangenen Jahren beigetragen.

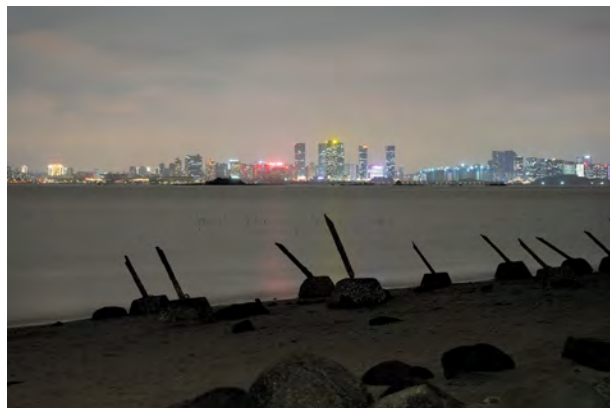
Szenarien einer gewaltsamen Annexion Taiwans

Sollte die „Grauzonentaktik“ der Volksrepublik, gepaart mit wirtschaftlichen Anreizen für Taiwan, nicht zu einer Vereinigung von China und Taiwan führen, steht als letztes Mittel auch das Szenario einer gewaltsamen Annexion im Raum. Eine gewaltsame Annexion Taiwans würde nach der Mehrzahl der diskutierten Szenarien entweder durch eine Blockade Taiwans und/oder eine Invasion der Insel durch die chinesischen Streitkräfte erfolgen.

Im ersten Szenario würden chinesische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge die taiwanische Hauptinsel vollständig blockieren und möglicherweise sogar zu Taiwan gehörende kleinere Inseln, wie Kinmen, Matsu oder Penghu, angreifen und besetzen. Diese Inseln liegen in der Taiwanstraße und wären für China relativ einfach zu erobern.

Das Ziel einer Blockade und/oder weiterer militärischer Aktionen unterhalb einer Invasion von Taiwans Hauptinsel wäre, Taiwan in Verhandlungen zu zwingen, bei denen die taiwanische Regierung einer Annexion durch die

Panzersperrn am Strand der taiwanischen Insel Little Kinmen mit der chinesischen Metropole Xiamen im Hintergrund, August 2023



Volksrepublik zu deren Bedingungen zustimmen müsste. Dieses Szenario hätte aus Sicht Chinas den Vorteil, dass eine solche Operation militärisch für die Volksbefreiungsarmee durchführbar wäre. Allerdings erscheint es unwahrscheinlich, dass Taiwan nicht versuchen würde, die Blockade mit dem eigenen Militär zu durchbrechen. In dem Fall würde es letztlich zu einem Krieg zwischen beiden Seiten kommen. Eine Blockade könnte der Beginn einer militärischen Operation gegen Taiwan sein, bei der die Volksrepublik Schritt für Schritt die Anwendung militärischer Gewalt eskaliert, bis Taiwan kapituliert oder aus Sicht der Volksrepublik ausreichend Konzessionen macht, das heißt, sich einer Annexion unter für die Volksrepublik akzeptablen Bedingungen nicht länger verweigert.

Das zweite Szenario einer Invasion Taiwans durch die Volksbefreiungsarmee könnte als letzter Schritt in einer Eskalationsspirale erfolgen, nachdem Taiwan vorher bereits durch politische und wirtschaftliche Sanktionen, Propaganda und eine Blockade geschwächt worden wäre. In dem Fall wäre eine Invasion der letzte Schritt in einem vergleichsweise langsamen Prozess. Das Szenario einer schrittweisen Eskalation birgt auf der einen Seite weniger Risiken für China, weil es bei jeder Eskalationsstufe neu entscheiden kann, einen Schritt weiterzugehen oder – zum Beispiel bei einem Eingreifen der USA oder unerwartet heftigem Widerstand der Taiwaner:innen – sich wieder zurückziehen. Auf der anderen Seite birgt dieses Vorgehen die Gefahr, dass Taiwan und seine Alliierten sich besser vorbereiten und effektiver Widerstand leisten können.

Entsprechend könnte eine Invasion auch die letzte Stufe eines Überraschungsangriffs sein. In diesem Szenario würde China mit einem massiven Raketenangriff und Cyberangriffen auf Taiwans kritische Infrastruktur beginnen mit dem Ziel, Militärbasen, Häfen und Flugplätze inklusive des dort stationierten militärischen Geräts zu zerstören und taiwanische Soldat:innen in diesen Einrichtungen zu töten. Der nächste Schritt bestünde aus großflächigen Luftangriffen, mit denen die noch funktionierende kritische Infrastruktur ausgeschaltet und die chinesischen Streitkräfte die Kontrolle über den Luftraum erlangen würden. Erst danach würde die eigentliche Invasion mit Landungsschiffen beginnen, unterstützt durch Fallschirmjäger. Die Landungsoperation wäre für China der riskanteste Part. Das letzte Mal erfolgreich war eine solche Operation bei der Landung der Alliierten in der Normandie, und diese erforderte eine Vorbereitung von mehr als einem Jahr und war eine logistische und militärische Meisterleistung. Eine Eroberung Taiwans würde die Landung von einigen Hunderttausend chinesischen Soldat:innen erfordern.

In dieser Phase des Krieges zwischen beiden Seiten würden vor allem Widerstandsgeist und -kraft der taiwanischen Streitkräfte und der Verteidigungswille der Bevölkerung eine entscheidende Rolle spielen. Voraussetzung dafür ist, dass mobile Waffensysteme, wie Raketenwerfer und Panzerfäuste, ebenso Drohnen, Minen und eine große Anzahl von Raketen zur Verfügung stehen. In der ersten Phase würden Raketen zur Zerstörung von Schiffen und Flugzeugen der Volksbefreiungsarmee eingesetzt werden und später – nach der Landung chinesischer Truppen – gegen Hubschrauber, Panzer und andere Fahrzeuge. Bei einem entschlossenen Widerstand der taiwanischen Streitkräfte und Bevölkerung wäre es für China schwierig und nur unter hohen Verlusten möglich, Taiwan zu erobern. Trotzdem könnte sich Taiwan eines massiven chinesischen Angriffs über mehrere Tage oder Wochen hinaus nur mit Unterstützung durch die USA und gegebenenfalls andere Staaten, wie Japan und Australien, erwehren.

Es gibt verschiedene Szenarien und Meinungen von Expert:innen über die Frage, welche Seite in einem Konflikt den Sieg davontragen würde. In jedem Fall wäre es ein Pyrrhussieg, unabhängig davon, wer gewinnen würde. Für Taiwan wäre jeder Krieg eine Katastrophe. Selbst im Falle der erfolgreichen Abwehr einer chinesischen Invasion wären vermutlich weite Teile der Insel zerstört und viele Menschen tot oder verwundet. Aber auch für China und die USA wäre ein Krieg sehr kostspielig und mit hohen Verlusten verbunden. Sowohl die USA als auch China verfügen zudem über Nuklearwaffen, die im schlimmsten Fall ebenfalls zum Einsatz kommen könnten. Hinzu kommt, dass ein Krieg zwischen den beiden größten Wirtschafts- und Militärmächten der Welt zu einer Weltwirtschaftskrise führen würde. Der Nachrichtendienst Bloomberg errechnete erst im Januar 2024, dass ein Konflikt um Taiwan zehn Prozent des weltweiten BIP vernichten würde, mehr als die Coronapandemie oder der Krieg in der Ukraine. Diese Zahl bezieht sich vor allem auf den Ausfall der Halbleiterproduktion in Taiwan und die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Nächstes Jahr, in zehn Jahren oder nie?

Bei der Frage nach dem möglichen Zeitpunkt für einen Krieg zwischen China und Taiwan gibt es ebenfalls unterschiedliche Einschätzungen: Einige rechnen mit einem eher kurzfristigen Szenario in den Jahren 2025 bis 2027, während andere Expert:innen eine Invasion in den 2030er- oder 2040er-Jahren für wahrscheinlicher halten. Die Einschätzungen basieren auf unterschiedlichen

Projektionen über das Machtgleichgewicht zwischen China auf der einen Seite und Taiwan und den USA auf der anderen. Je nachdem, wie sich die Volkswirtschaften und militärischen Fähigkeiten beider Seiten entwickeln, variiert der Zeithorizont.

Diejenigen, die in Bezug auf Chinas weitere wirtschaftliche Entwicklung eher pessimistisch sind, halten eine Invasion in den nächsten Jahren für wahrscheinlicher, weil China in zehn oder fünfzehn Jahren vielleicht nicht mehr die militärische Stärke für einen erfolgreichen Angriff hätte. Für einen Angriff noch in den 2020er-Jahren spricht auch, dass Taiwan, die USA und andere Verbündete, wie Japan, unter Umständen darauf nicht ausreichend vorbereitet sind. Die USA haben erst unter der Regierung von Präsident Trump ernsthaft damit begonnen, ihre militärischen Ressourcen im asiatisch-pazifischen Raum auszubauen und sich auf einen Konflikt mit China vorzubereiten. In Taiwan hat ein substanzieller Anstieg der Verteidigungsausgaben und der Investitionen in die Streitkräfte sowie die Verbesserung des Trainings für Reserveeinheiten erst nach dem Jahr 2016 begonnen. China hingegen hat seit Jahrzehnten seine Militärausgaben mit Blick auf einen Krieg gegen Taiwan und die USA fast jedes Jahr um zweistellige Prozentzahlen erhöht. Die USA konzentrieren sich zwar auch zunehmend auf die Bedrohung durch China, verfügen aber über ein globales Netzwerk von militärischen Stützpunkten und haben weitere Bündnisverpflichtungen, die sie erfüllen müssen. Die US-amerikanische Unterstützung für die Ukraine ist dabei nur ein Beispiel. Chinas Staats- und Parteiführer soll laut US-amerikanischen Geheimdienstberichten die chinesische Volksbefreiungsarmee angewiesen haben, bis zum Jahr 2027 für eine Invasion Taiwans vorbereitet zu sein. Im Jahr 2027 ist zudem das hundertjährige Jubiläum der Gründung der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Ob und wann es zu einem militärischen Konflikt über Taiwan kommt, hängt somit von vielen Faktoren ab. Dabei wird Chinas Staats- und Parteiführer Xi Jinping eine wichtige Rolle einnehmen. Viele gehen davon aus, dass er während seiner Amtszeit, die nach der Abschaffung der Amtszeitbegrenzung mit seiner Lebenszeit zusammenfallen kann, Chinas imperiale Ambitionen umsetzen will. Bis 2049 soll sein Leitbild des „Wiedererstarkens der chinesischen Nation“ und des „chinesischen Traums“ verwirklicht werden, das ohne eine Annexion Taiwans durch die Volksrepublik China unvollständig wäre.

Auf der einen Seite präsentiert sich Xi eindeutig als entschlossener und skrupelloser Diktator, der Großmachtfantasien hegt und sich einen Platz in den

Xi Jinping als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas auf einem Propagandaplakat aus dem Jahr 2013, zusammen mit einer Luftaufnahme der umstrittenen Diaoyu/Senkaku-Inseln, Chinas erstem Flugzeugträger, der Liaoning, und anderen Symbolen militärischer Stärke



Geschichtsbüchern sichern möchte als der Staats- und Parteiführer, der China als Weltmacht etabliert hat. Die Einverleibung Taiwans wäre dabei ein zentraler Baustein. Auf der anderen Seite weiß er, dass ein Krieg mit einem hohen Risiko verbunden wäre. Sollte China den Krieg verlieren oder nicht ausreichend auf die wirtschaftlichen Konsequenzen, wie umfassende Sanktionen, eine tiefe wirtschaftliche Rezession und den Verlust von Handelspartnern, vorbereitet sein, dann drohen in China selbst innere Unruhen und der Kommunistischen Partei möglicherweise ein Verlust ihrer Herrschaft. Insofern ist nicht nur unsicher, zu welchem Zeitpunkt eine Invasion droht, sondern auch, ob es überhaupt jemals dazu kommt. Sicher ist nur, dass Taiwan, die USA und die EU auf einen solchen Konflikt vorbereitet sein müssen mit dem Ziel, ihn durch eine vereinte Kraftanstrengung und effektive Abschreckung zu verhindern.

Die Rolle der USA als Schutzmacht Taiwans

In jedem politischen und militärischen Szenario für Taiwans Zukunft kommt den Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle zu, da Taiwan auf sich allein gestellt kaum in der Lage sein würde, einem chinesischen Angriff über mehrere Wochen oder Monate zu widerstehen. Die USA sind die militärische Schutzmacht Taiwans, auch wenn es keine formale Beistandsverpflichtung wie bei der NATO oder den Allianzen der USA mit Japan, Südkorea oder den Philippinen mehr gibt. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurde der bis dahin bestehende Beistandspakt im Jahr 1979 aufgekündigt.

Seitdem bildet der *Taiwan Relations Act* (TRA) die rechtliche Grundlage der Beziehungen aufseiten der USA. Das Gesetz wurde 1979 vom US-Kongress mit großer Mehrheit verabschiedet. Es verpflichtet die USA, Waffen zur Selbstverteidigung an Taiwan zu liefern, und betont, dass jede gewaltsame Veränderung des Status quo von den USA „mit großer Sorge“ (engl. *grave concern*)¹ betrachtet werden würde. Jede Veränderung des Status quo dürfe zudem nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen zwischen China und Taiwan erfolgen. In Bezug auf Waffenlieferungen an Taiwan verdeutlichen die USA, dass diese abhängig seien von der Bedrohung Taiwans durch China, das heißt, die USA würden mit ihren Waffenlieferungen das Ziel verfolgen, Taiwans Verteidigungsfähigkeit gegenüber der Volksrepublik zu sichern. Oder anders ausgedrückt: je größer die Bedrohung, desto mehr Waffen. In den sogenannten sechs Rückversicherungen (engl. *six assurances*) von Präsident Reagan an Taiwan aus dem Jahr 1982 wird erneut betont, dass die USA keine Position zu Taiwans Souveränität einnehmen und die Waffenlieferungen an Taiwan fortsetzen werden.

Die USA verfolgen in Bezug auf einen möglichen Konflikt um Taiwan eine sogenannte strategische Mehrdeutigkeit (engl. *strategic ambiguity*), das heißt, sie behalten sich die Entscheidung vor, ob und wie sie bei einem chinesischen Angriff auf Taiwan reagieren würden. Die zunehmend aggressive chinesische Haltung hat allerdings dazu geführt, dass sich die USA deutlicher als früher positionieren. Präsident Joe Biden hat seit seinem Amtsantritt im Jahr 2021 mehrmals betont, dass die USA Taiwan bei einem chinesischen Angriff verteidigen würden. Seine Regierung hat danach zwar jedes Mal relativiert, dass sich die US-amerikanische Position nicht geändert habe, aber dennoch erwarten dies alle Seiten, nicht nur Taiwan, sondern auch China. In Washington ist die Debatte um eine mögliche Veränderung hin zu einem eindeutigen Bekenntnis zu Taiwans Verteidigung in vollem Gange. Auf der einen Seite bietet die „strategische Mehrdeutigkeit“ den USA die Möglichkeit, flexibel reagieren und sich mehrere Optionen offenhalten zu können. Gleichzeitig soll die damit verbundene Unsicherheit auch unüberlegte Handlungen Taiwans verhindern, zum Beispiel eine einseitige formale Unabhängigkeitserklärung. Eine solche Erklärung würde China vermutlich als Kriegsgrund betrachten und könnte die USA damit in einen direkten militärischen Konflikt mit der Volksrepublik hineinziehen. Auf der anderen Seite

1 Taiwan Relations Act, Public Law 96-8 96th Congress, 1. Januar 1979, <https://www.ait.org.tw/taiwan-relations-act-public-law-96-8-22-u-s-c-3301-et-seq/> (1.2.2024)

US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus in Washington beim virtuellen Treffen mit dem chinesischen Staats- und Parteiführer Xi Jinping, 15. November 2021



besteht die Sorge, dass die Mehrdeutigkeit der USA nicht mehr ausreicht, um die Volksrepublik von einem Angriff auf Taiwan abzuschrecken.

Taiwan hat für die USA eine große Bedeutung. Zum Ersten würde eine Annexion Taiwans das Kräfteverhältnis deutlich zugunsten Chinas verändern. Taiwan wäre für die chinesische Hochseeflotte ein idealer Stützpunkt, um ungehindert im Pazifik zu operieren, die zentralen Schifffahrtsrouten im Ost- und Südchinesischen Meer zu kontrollieren oder Japan zu bedrohen und anzugreifen. Zum Zweiten würde mit der Republik China die einzige konsolidierte Demokratie im chinesischen Kulturraum, die es je gegeben hat, aufhören zu existieren. Der Verlust Taiwans wäre ein herber Schlag für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte weltweit und ein Symbol für den globalen Vormarsch von Autoritarismus und Repression. Zum Dritten würde die Weigerung oder militärische Unfähigkeit der USA, Taiwan zu verteidigen, ihre Glaubwürdigkeit stark beschädigen. Ihr globales System militärischer Allianzen wäre gefährdet und würde von ihren Verbündeten infrage gestellt, wenn die USA nicht in der Lage wären, die Sicherheit eines langjährigen und engen Partners wie Taiwan zu garantieren. Staaten wie Japan oder Südkorea würden sich dann vermutlich entweder China annähern oder weiter aufrüsten und gegebenenfalls eigene Nuklearwaffen entwickeln, um sich im Zweifel gegen China wehren zu können. Zum Vierten ist Taiwans Wirtschaft, insbesondere seine Halbleiterindustrie, unverzichtbar für die Volkswirtschaften nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch Deutschlands und anderer hoch entwickelter Staaten. Die Kontrolle der Halbleiterindustrie durch China oder die Zerstörung in einem Krieg würde zu einer globalen Rezession führen.

Nicht nur die USA, auch Taiwans asiatische Nachbarstaaten, die EU und Deutschland haben also ein Interesse daran, ein solches Szenario zu verhindern. Davon abgesehen sollten die zahlreichen Toten und Verletzten bei einem Krieg in der Taiwanstraße und der Verlust der Freiheit und demokratischen Selbstbestimmung für die Taiwaner:innen der Weltgemeinschaft bereits Grund genug geben, für die Bewahrung der taiwanischen Demokratie einzutreten.

Gegenstrategien Taiwans und seiner Verbündeten

Taiwan, die USA und Nachbarstaaten Taiwans reagieren auf Chinas zunehmend aggressives Verhalten gegenüber Taiwan mit neuen Strategien und Taktiken und einer Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben.

Taiwan

Seit dem Amtsantritt von Tsai als Präsidentin im Jahr 2016 wurden die taiwanischen Ausgaben für die Landesverteidigung deutlich gesteigert, auf über 20 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2023. Dazu tragen verschiedene Sonderausgaben bei, wie der Kauf von F-16-Kampfflugzeugen von den USA und die wachsende Produktion von Raketen in Taiwan. Das geschätzte Militärbudget der Volksrepublik beträgt aber mindestens das Fünfzehnfache. Taiwan hat zudem die bestehende Wehrpflicht für Männer von vier Monaten auf ein Jahr erhöht und die Reservestreitkräfte und den Zivilschutz gestärkt. Die verlängerte Wehrpflicht gilt seit Januar 2024.



Einweihungszeremonie zur Indienstnahme von 64 nachgerüsteten F-16V-Kampfflugzeugen auf einem Luftwaffenstützpunkt in Chiayi im Südwesten Taiwans: Präsidentin Tsai Ing-wen sitzt während eines Briefings im Cockpit. 18. November 2021

Taiwans Militär verfolgt zum einen eine sogenannte Stachelschweinstrategie, die eine Invasion durch China so schwierig und kostspielig wie möglich machen soll. Ihre Grundpfeiler bilden mobile Defensivwaffen, wie Raketen – insbesondere Panzerabwehrraketen und Flugabwehrraketen, wie die US-amerikanischen Javelin und Stinger –, Drohnen, Minen und Befestigungsanlagen. Zum anderen modernisiert Taiwan seine „großen“ Waffensysteme, wie Kriegsschiffe, U-Boote, Panzer und Kampfflugzeuge, was allerdings sehr teuer ist. Dieses eher traditionelle Gerät ist erforderlich, um auf chinesische „Grauzonentaktiken“ zu reagieren, wie das Eindringen chinesischer Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe in Taiwans Luftüberwachungsraum und Gewässer. Bei einer chinesischen Invasion wären sie hingegen nur von begrenztem Nutzen. Viele Flugzeuge und Schiffe würden vermutlich innerhalb von wenigen Stunden oder Tagen durch massive chinesische Raketenangriffe und Bombardements zerstört werden. Da Taiwan im Vergleich zu China über deutlich geringere finanzielle Ressourcen verfügt, wäre es nach Ansicht vieler Expert:innen sinnvoller, die „Stachelschweinstrategie“ konsequent zu priorisieren und nur ein Mindestmaß an modernen großen und traditionellen Waffensystemen zu unterhalten. Vor allem die USA drängen Taiwan, stärker auf diese Strategie zu setzen, um sich besser auf das Szenario einer Invasion vorzubereiten, während Taiwans Verteidigungsministerium weiterhin den großen und kostspieligen Waffensystemen, wie F-16-Flugzeugen, U-Booten und Kriegsschiffen, eine wichtige Rolle in der militärischen Strategie und Planung zuweist.

Vereinigte Staaten

Die USA selbst haben ebenfalls damit begonnen, ihre militärische Präsenz im pazifischen Raum zu stärken. Sie gehen davon aus, dass die chinesische Seite in einem Krieg um Taiwan darauf abzielen würde, die US-Streitkräfte daran zu hindern, Taiwan zu Hilfe zu kommen, entsprechend der sogenannten *Anti-Access / Area Denial*-Strategie (A2/D2), die dem Gegner den Zugang zu und die Bewegung in einem Operationsgebiet zu verwehren oder deutlich zu erschweren versucht. Der Großteil der US-Streitkräfte in der Region ist auf einige wenige Militärbasen in Japan, Südkorea und auf der Insel Guam konzentriert. Diese Militärbasen und die US-Flotte aus Flugzeugträgern spielen eine zentrale Rolle in den Konfliktszenarien. Die chinesische A2/D2-Strategie bestünde nach der Einschätzung von Militärstrateg:innen in massiven Raketenangriffen auf die Militärbasen und Flugzeugträger sowie andere Kriegs- und Versorgungsschiffe, die im Westpazifik operieren und/oder sich Taiwan nähern.

China hat dafür Tausende von Raketen mit verschiedener Reichweite und hoher Durchschlagskraft entwickelt und produziert, darunter als neueste Waffen Hyperschallraketen. Flugzeugträger sind als mobile Ziele zwar nicht einfach zu treffen und die Träger und ihre Begleitschiffe verfügen über effektive Raketen- und Flugabwehrsysteme, ein gleichzeitiger Beschuss von Dutzenden oder sogar Hunderten Raketen wäre aber nicht einfach abzuwehren.

Die USA haben daraufhin begonnen, ihre Strategie zu verändern, um die Verwundbarkeit ihrer Streitkräfte für chinesische Angriffe zu reduzieren. Eine hohe Mobilität und breite Streuung ihrer Streitkräfte auf viele Standorte sind die Eckpfeiler dieser neuen angepassten Strategie der „verteilten Tödlichkeit“ (engl. *distributed lethality*). Ziel ist, dass sich kleine Einheiten der US-Marineinfanterie, bewaffnet mit mobilen Raketen und Drohnen, über die zahlreichen Inseln im Westpazifik verteilen und von dort chinesische Schiffe, Flugzeuge und Armeeeinheiten angreifen. Die US-Luftwaffe baut zudem die Zahl der militärischen Basen und Landeplätze in der Region aus und identifiziert zusätzlich potenzielle konventionelle oder improvisierte Landeplätze, sodass US-Kampfflugzeuge und Bomber an vielen Standorten landen könnten. Im Kriegsfall würden sich die Armee wie auch die Luftwaffe der USA nicht nur über ein weites Areal verteilen, sondern sich auch rasch von einem Ort zum nächsten bewegen bzw. im Falle von Flugzeugen so lange wie möglich in der Luft bleiben und nur zum Tanken und Nachladen von Munition und Raketen kurz landen. Ein taktischer Vorteil der USA besteht in der hoch entwickelten Flotte von Atom-U-Booten, die im Falle eines Konfliktes voraussichtlich eine wichtige Rolle bei der Zerstörung der chinesischen Flotte spielen könnte.

Japan

Schließlich kommt den US-Alliierten eine bedeutende Rolle zu, vor allem Japan, Australien und den Philippinen. Japan verfügt – auf einem ähnlichen Niveau wie Südkorea – nach den USA und China über die stärksten Streitkräfte in der Region und hat ein großes Interesse an der Bewahrung von Stabilität und Frieden in der Taiwanstraße. Japan und Taiwan unterhalten enge freundschaftliche Beziehungen und betonen beide demokratische Werte und die Achtung der Menschenrechte. Zudem wären chinesische Militärstützpunkte auf Taiwan eine Bedrohung für Japan. Die nächstgelegenen Inseln Japans, wie die kleine Insel Yonaguni, liegen nur etwas mehr als hundert Kilometer von der taiwanischen Ostküste entfernt.

China hegt nach wie vor Ressentiments gegenüber Japan aufgrund von Japans brutalem Krieg gegen China in den 1930er- und 1940er-Jahren, bei dem Millionen Chines:innen getötet, misshandelt und verwundet wurden. Beide Seiten erheben Anspruch auf die Inseln Senkaku (japanischer Name) bzw. Diaoyu (chinesischer Name), eine unbewohnte Inselgruppe im Ostchinesischen Meer, die von strategischer und – durch reiche Fischgründe – von begrenzter wirtschaftlicher Bedeutung ist und die von Japan verwaltet wird. China unterstützt zudem das totalitäre Regime in Nordkorea, das Japan feindlich gesinnt ist.

Die rasante Aufrüstung und Modernisierung der chinesischen Volksbefreiungsarmee beunruhigt Japan ebenfalls, gepaart mit Chinas zunehmend aggressivem Auftreten in seiner Nachbarschaft. Japan hat aus diesem Grund seine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der Region ausgebaut, darunter auch mit Taiwan. Weiterhin plant es als Teil der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie eine Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben von etwa einem Prozent des jährlichen BIP im Jahr 2022 auf zwei Prozent im Jahr 2027. Japan fasst zudem den Erwerb neuer Waffensysteme, wie Langstreckenraketen, ins Auge, um bei einem Angriff zurückschlagen zu können. Japans Streitkräfte dürfen laut der japanischen Nachkriegsverfassung nur defensiv eingesetzt werden, aber da die USA wichtige Militärbasen auf Okinawa und den japanischen Hauptinseln unterhalten, wäre Japans Territorium in einem Krieg um Taiwan wahrscheinlich direkt betroffen.

Die USA, Japan, Australien und Indien kooperieren zudem seit einigen Jahren verstärkt im sogenannten Quadrilateralen Sicherheitsdialog, der meist nur Quad genannt wird. Die Zusammenarbeit ist relativ lose und keine Allianz wie die NATO mit Bündnisverpflichtungen. Die intensivere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der vier Staaten mit jährlichen Gipfeltreffen der Regierungschef:innen und der Außenminister:innen kann aber – entgegen allen öffentlichen Beteuerungen – als Gegengewicht zu China verstanden werden.

Japans früherer Premierminister Abe Shinzo hat das Konzept des „freien und offenen Indo-Pazifiks“ ins Leben gerufen, das von den USA unter der Trump-Regierung, der Quad insgesamt und den meisten anderen Staaten in der Region, mit Ausnahme von China, übernommen wurde. Diesem Konzept liegt die Idee zugrunde, den geografischen Raum des Asien-Pazifiks um den Indischen Ozean zu erweitern und damit das Schwergewicht Indien als Spieler auf dem geopolitischen Schachbrett in Asien zu etablieren. Indien hat ein angespanntes Verhältnis zu China, weil beide Seiten einen ungeklärten Territorialkonflikt im Himalaya haben und China Indiens Erzrivalen Pakistan unterstützt. Indien hat aber den Anspruch, eine eigenständige Großmacht zu

sein. Das Land sucht die Nähe und Zusammenarbeit mit den USA und seinen Verbündeten, aber verfolgt eine von den USA unabhängige Politik und wird sich kaum in ein festes Bündnissystem integrieren lassen. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Indiens Weigerung, Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine zu verurteilen.

Australien

Australien hatte dagegen über viele Jahre gute Beziehungen zu seinem größten Handelspartner China gesucht. Chinas politischer Druck auf das Land inklusive Sanktionen gegen australische Produkte, wie hohe Importzölle auf australischen Wein, führte allerdings zu einer Richtungsänderung. China hat über offensiv vorgetragene politische Forderungen und Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft über Jahre versucht, Australien dazu zu bringen, Chinas Positionen in der internationalen Politik zu übernehmen und von öffentlicher Kritik an China abzusehen. So zeigte es sich 2020 verärgert über Australiens Forderung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung über den Ursprung von COVID-19. Letztlich war die chinesische Politik aber kontraproduktiv und hat zu einer weiteren Annäherung Australiens an den Bündnispartner USA und zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit dem Quad und AUKUS geführt.

Die AUKUS-Partnerschaft (Australien, United Kingdom, USA) wurde im Jahr 2021 ins Leben gerufen als Bündnis für eine militärische Zusammenarbeit zwischen Australien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dabei geht es für Australien im Kern um den Erwerb mehrerer atomgetriebener U-Boote und die gemeinsame Entwicklung der nächsten Generation dieser Schiffe zusammen mit Großbritannien und den USA in den nächsten Jahrzehnten. Zudem werden ab Ende der 2020er-Jahre US-amerikanische und britische Atom-U-Boote im Rotationsprinzip in einer australischen U-Bootbasis stationiert werden. Atomar betriebene U-Boote sind schwer zu orten und können aufgrund des autonomen Antriebs für mehrere Monate unter der Wasseroberfläche bleiben. Die lange Tauchdauer würde es Australien ermöglichen, mit diesen U-Booten nah an die chinesische Küste zu fahren, ohne auftauchen und damit eine Entdeckung fürchten zu müssen.

AUKUS gibt Australien einen wichtigen strategischen Vorteil und ist ein deutliches Bekenntnis zur Allianz mit den USA. Zudem integriert es Großbritannien stärker als bisher als sicherheitspolitischen Akteur, der ebenfalls die USA unterstützt, in die Indo-Pazifische Region. AUKUS bedeutet nicht, dass Australien oder Großbritannien sich unbedingt an einem potenziellen

militärischen Konflikt um Taiwan beteiligen würden, aber es erhöht die Wahrscheinlichkeit und unterstreicht, dass in Australien China als die größte Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen wird.

Philippinen und Südkorea

Die Philippinen sind ein weiterer Bündnispartner der USA. Das vergleichsweise schwache philippinische Militär wäre in einem Konflikt mit China vermutlich keine große Hilfe. Aber die Philippinen verfügen über eine Reihe von Militärbasen, Häfen und Flugplätzen, die für das US-Militär in einem militärischen Konflikt mit China von Bedeutung wären. Das Land liegt in der Nähe von China und Taiwan und hat viele Inseln, die als Standorte für US-Streitkräfte dienen könnten. Im Februar 2023 haben beide Seiten ein Abkommen über die Öffnung weiterer Militärbasen auf den Philippinen für die USA abgeschlossen. Es ist Teil der neuen US-amerikanischen Strategie, ihre Streitkräfte im Falle eines Konfliktes weit zu streuen, um damit den chinesischen Raketen keinen konzentrierten Beschuss einiger weniger Ziele zu ermöglichen. Die Philippinen wiederum befinden sich mit China im Südchinesischen Meer in einem Territorialkonflikt.

Ein weiterer wichtiger Verbündeter der USA in der Region ist Südkorea, das über hochgerüstete und moderne Streitkräfte verfügt. Doch da Südkorea vor allem auf die Bedrohung durch Nordkorea fokussiert ist, hätte das Land vermutlich nur wenige militärische Ressourcen, die es in einem Krieg zwischen China und den USA zur Unterstützung entsenden wollen würde und könnte.

Ein amphibisches Angriffsschiff der America-Klasse (Mitte rechts) in Formation mit einem Landhubschrauber-Dock der Royal Australian Navy, einem japanischen Hubschrauber-Zerstörer und einem Amphibienschiff der koreanischen Marine während der Übung „Talisman Sabre“ in der Korallensee, 29. Juli 2023



Die Zusammenarbeit zwischen Japan, Südkorea und den USA hat sich aber ebenfalls intensiviert. Auf einem Gipfeltreffen im August 2023 haben die drei Staaten ihr Bekenntnis zu mehr Zusammenarbeit und die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße bekräftigt.

Insgesamt teilen alle Nachbarstaaten Chinas und Taiwans die Sorge vor einer Eskalation des Konflikts um Taiwan und haben Interesse an einer Bewahrung von Frieden und Stabilität in der Region. Viele Staaten sind dabei entweder Alliierte der USA oder stehen ihnen nahe, da sie eine chinesische Hegemonie in Ostasien fürchten. Die USA bilden ein wichtiges Gegengewicht und werden häufig als Garant für Sicherheit und Stabilität gesehen. Gleichzeitig ist China für die meisten Staaten in der Region ein wichtigerer Handelspartner als die USA, sodass sie sich vor allem eine Bewahrung des Status quo wünschen: Die USA garantieren ihre Sicherheit, aber gleichzeitig können sie weiter mit China Handel treiben.

Was können Deutschland und die EU tun?

Deutschland und die Europäische Union sollten aufgrund der gravierenden Konsequenzen eines Krieges in der Taiwanstraße versuchen, diesen zu verhindern, und sich gleichzeitig darauf vorbereiten. Ein Krieg würde vor allem die europäische Wirtschaft hart treffen. Die EU, und Deutschland im Besonderen, sind sowohl mit China als auch mit Taiwan wirtschaftlich eng verflochten. Zudem sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Verbündete der EU und Deutschlands. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die EU vollständig aus einem Krieg heraushalten könnte, falls ein so enger Alliierte wie die USA beteiligt wäre.

Zur Prävention gehört in erster Linie, einen Beitrag dazu zu leisten, den Preis eines Krieges für China hochzutreiben und damit den Frieden in der Taiwanstraße zu sichern. Die EU kann durch Androhung von wirtschaftlichen und politischen Sanktionen das chinesische Kalkül beeinflussen und zur Abschreckung Chinas beitragen.

Weiterhin könnten Deutschland und die EU die eigene Widerstandsfähigkeit stärken, indem die wirtschaftliche Abhängigkeit von China verringert wird. Dies betrifft die Senkung und die Substituierung der Importe kritischer Produkte aus China, wie seltene Erden, Medikamente oder Hochtechnologiegüter. Eine weitere Strategie wäre, die Abhängigkeit europäischer Unternehmen vom chinesischen Markt zu reduzieren und den Anteil chinesischer Unternehmen an kritischer Infrastruktur in der EU, zum Beispiel in den Bereichen

Telekommunikation und Transport, einzuschränken. Dabei geht es weniger um eine Entkopplung der europäischen und chinesischen Volkswirtschaften (*de-coupling*) als um eine Verringerung der Risiken von zu großer Abhängigkeit (*de-risking*; siehe Kapitel 5, „Einfluss“).

Schließlich wäre es im Interesse der EU, Taiwan stärker zu unterstützen, um die Insel widerstandsfähiger gegen chinesische Drohgebärden oder im Extremfall eine Invasion zu machen. Dabei muss die EU nicht unbedingt direkte militärische Hilfe leisten, beispielsweise Waffen liefern. Die Förderung des bilateralen Handels, Investitionen und mehr politische Unterstützung helfen Taiwan bereits. Nur ein prosperierendes Taiwan ist in der Lage, die erforderlichen finanziellen Ressourcen für die eigene Verteidigungsfähigkeit aufzuwenden und im Systemwettbewerb mit der Volksrepublik zu bestehen. Die Bewahrung des Status quo setzt ein starkes Taiwan voraus.



9 Schlusswort



„Wir mögen ein kleines Land und ein kleines Volk sein, aber wir sind ein gutes Land voll guter Menschen.“

Nylon Cheng (1947–1989), 1987, aus dem Gefängnis

Dieses Zitat des Publizisten und Herausgebers Nylon Cheng, der sich trotz jahrelanger Repressionen nicht einschüchtern ließ und auch aus dem Gefängnis heraus den Glauben an sein Land und seine Fähigkeit zu Fortschritt und Demokratie nie aufgab, fasst unseren Eindruck von Taiwan und seinen Menschen treffend zusammen.

Im Rahmen dieses Buchprojekts haben wir versucht, die wichtigsten Informationen über Taiwan, seine wechselhafte Geschichte, geopolitische Lage, nationale Identität und wirtschaftliche Bedeutung für ein deutsches Publikum verständlich zu machen – kein leichtes Unterfangen. Je mehr wir uns mit der Materie befasst haben, desto klarer wurde, dass es im Grunde unmöglich ist, ein so komplexes Land wie Taiwan in einem einzigen Buch vollständig abzubilden.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Taiwans Geschichte zu erzählen. Die wohl häufigste Variante beginnt 1945 mit der Übernahme der Insel durch die Kuomintang-Regierung. Eine andere nimmt ihren Ausgang mit Taiwans Demokratisierung in den 1990er-Jahren und rückt taiwanische Stimmen ins Zentrum der Betrachtung. Wir haben noch früher begonnen und Taiwans Geschichte von der ersten menschlichen Besiedlung her aufgerollt, um zu zeigen, dass die Insel und ihre Menschen nicht so eindimensional sind, wie sie manchmal dargestellt werden, und dass Taiwan über die Jahrhunderte immer wieder zum Spielball fremder Mächte wurde.

Es ist wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass die Mehrheit der Entscheidungen, die Taiwans völkerrechtlichen Status bis heute beeinflussen, über die Köpfe der Taiwaner:innen hinweg getroffen wurden. Daher ist es gut, dass wir mittlerweile mehr über Taiwan sprechen. Aber es ist höchste Zeit, dass wir auch mit Taiwan sprechen.

In diesem Buch haben wir uns daher bemüht, Taiwans Perspektive stärker in den Fokus zu nehmen. In der medialen Berichterstattung und auch in der Forschung hat lange eine chinesische Sicht auf Taiwan dominiert und das Land wurde nur am Rande behandelt. Die Gründe dafür lagen vor allem in der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Volksrepublik China in der Welt, aber auch in den Logiken und Strukturen der Medien- und Forschungslandschaft. Es ist gut und richtig, dass sich das allmählich ändert und Taiwan als eigenes Subjekt wahrgenommen wird.

Die erhöhte Aufmerksamkeit hat aber nicht nur Vorteile. Die Inselrepublik wird heute vor allem durch zwei Brillen gesehen: Chinas militärische Bedrohung und Halbleiter. Auch diese Themen haben wir in diesem Buch beleuchtet. Dennoch ist es uns wichtig, daran zu erinnern, dass ein Krieg nicht unmittelbar bevorsteht und auch nicht unabwendbar ist, auch wenn die Berichterstattung vor allem seit den groß angelegten chinesischen Militärmanövern im August 2022 oft etwas anderes suggeriert. Deutschland und die Europäische Union haben die wirtschaftspolitischen Hebel in der Hand, einen Angriff auf die Insel für China zu kostspielig zu machen.

Unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und unserem Hunger nach den neuesten Halbleitern hat Taiwan auch als wichtiger Wertepartner unsere Solidarität verdient. Unter den zehn liberalsten Demokratien der Welt (siehe *Democracy Index 2023*) ist Taiwan das einzige Land außerhalb des westlichen Kulturkreises. Es ist darunter auch das einzige Land, das erst vor 30 Jahren eine 40 Jahre währende Diktatur abgeworfen hat – und das vollkommen friedlich. Die Menschen in Taiwan haben jahrzehntelang für Freiheit und Demokratie gekämpft und sich ihre Rechte erstritten. Für die Mehrheit von ihnen würde eine Annexion durch die Volksrepublik eine erneute Kolonialisierung durch eine fremde Macht bedeuten, die ihnen ihre Freiheiten gewaltsam nehmen würde.

China hat deutlich gemacht, was das konkret bedeuten würde: Umerziehungslager wie in Xinjiang sind nur ein Beispiel. Das Versprechen, Taiwan einen hohen Grad an Autonomie zu gewähren und ein anderes Gesellschaftsmodell zuzulassen, klingt angesichts der Beispiele Tibet und Hongkong hohl. Wenn wir Taiwans Situation betrachten, sollten wir uns nicht vom ethnonationalistischen Narrativ der chinesischen Propaganda beeinflussen lassen. Das taiwanische Volk hat jahrzehntelang unter einer nationalistischen Diktatur gelitten. Es sollte nicht schon wieder von chinesischen Nationalisten unterdrückt werden. Auch für die Stabilität der Region wäre es eine Katastrophe, wenn dieser Leuchtturm der liberalen Demokratie fallen würde. Es ist in unserem eigenen Interesse, dass es nicht dazu kommt.

Zuletzt gilt unser herzlicher Dank der Bundeszentrale für politische Bildung und dem professionellen und detailorientierten Lektorat von Karen Klaffke und Barbara Lauer. Weiterhin danken wir allen, die dieses Buch durch ihre hilfreichen Kommentare bereichert haben.

Zeitstrahl: Taiwan seit dem 16. Jahrhundert

1544	Erste westliche Erwähnung Taiwans durch portugiesische Seefahrer („Ilha Formosa“)
1624	Die niederländische Ostindien-Kompanie baut eine militärisch befestigte Siedlung in Südtaiwan.
1626	Spanien errichtet in Nordtaiwan ein Fort, wird jedoch 1642 wieder von den Niederländern verdrängt.
1661/62	Der chinesische Piratenfürst Koxinga nimmt die niederländischen Siedlungen in Südtaiwan ein.
1668	Die Niederländer ziehen sich endgültig aus Taiwan zurück.
1683	Koxingas Erben verlieren gegen eine Großoffensive der Truppen des chinesischen Qing-Kaiserreiches.
1684	Der Kangxi-Kaiser erklärt Taiwan zu einer Präfektur des Qing-Kaiserreiches.
1874	„Mudan-Zwischenfall“: Japan schickt eine Strafexpedition nach Taiwan, nachdem Besatzungsmitglieder eines Handelsschiffes der Ryūkyū-Inseln durch taiwanische Indigene getötet wurden.
1885	Der Qing-Hof erhebt Taiwan in den Rang einer Provinz.
1895	Vertrag von Shimonoseki: Nach der Niederlage im Ersten Sino-Japanischen-Krieg tritt das Qing-Kaiserreich Taiwan und die Pescadore an Japan ab.
1895	Gründung der kurzlebigen Republik Formosa
1895	Beginn der japanischen Kolonialherrschaft
1912	Gründung der Republik China (ohne Taiwan)
1930	„Wushe-Rebellion“: letzter bewaffneter Aufstand gegen die japanische Herrschaft in Taiwan
1943	Kairoer Erklärung zwischen Großbritannien, den USA, und der Republik China
1945	Potsdamer Erklärung und Aufruf an Japan zu kapitulieren
1945	Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und Übergabe Taiwans in die Obhut der Republik China
1947	„228-Zwischenfall“: brutale Niederschlagung eines inselweiten Volksaufstandes und anschließende „Säuberungsaktionen“ durch die KMT
1949	Die KMT verliert den chinesischen Bürgerkrieg und flieht mit dem gesamten Staatsapparat der Republik China nach Taiwan. Mao Tse-tung ruft in Peking die Volksrepublik China aus.
1952	Friedensvertrag zwischen Japan und der Republik China (sog. Vertrag von Taipeh)
1955	Erste Taiwanstraßenkrise: Chinesische Truppen erobern die bis dahin von der Republik China kontrollierten Yijiang- und Dachen-Inseln.

1958	Zweite Taiwanstraßenkrise: Chinesische Truppen nehmen die von Taipeh kontrollierten Kinmen- und Matsu-Inseln unter Beschuss.
1971	Mit der UN-Resolution 2758 wird die Republik China aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen. Ihr Sitz fällt an die Volksrepublik China.
1979	Die USA beenden die diplomatischen Beziehungen zur Republik China und erkennen die Volksrepublik China an; der <i>Taiwan Relations Act</i> bildet die neue Grundlage der US-taiwanischen Beziehungen.
1979	Der „Kaohsiung-Zwischenfall“ wird zum Wendepunkt für die taiwanische Demokratiebewegung.
1987	Aufhebung des Kriegsrechts in Taiwan
1988	Lee Teng-hui (KMT) wird als erster Taiwaner Präsident.
1991	Aufhebung der Notstandsgesetze
1992	Erste freie Parlamentswahlen; Ende der Diktaturzeit
1995/96	Dritte Taiwanstraßenkrise: China versucht Taiwans erste demokratische Präsidentschaftswahlen durch das Abfeuern von Raketen zu beeinflussen.
1996	Erste freie und direkte Präsidentschaftswahlen, die Lee Teng-hui gewinnt
2000	Chen Shui-bian (DPP) wird als erster Oppositionspolitiker zum Präsidenten gewählt.
2008	Ma Ying-jeou (KMT) wird zum Präsidenten gewählt.
2014	Sonnenblumen-Bewegung: Aktivist:innen besetzen das Parlament und stoppen eine weitere wirtschaftliche Integration mit der Volksrepublik.
2015	Ma Ying-jeou und Xi Jinping treffen sich in Singapur, es ist das erste Treffen der Staatsoberhäupter beider Seiten.
2016	Tsai Ing-wen (DPP) wird als erste Frau Präsidentin Taiwans, die DPP gewinnt erstmals eine Mehrheit im Parlament.
2019	Rede Xis zu Taiwans Status und Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong
2022	Vierte Taiwanstraßenkrise: Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi besucht als hochrangigste Politikerin der USA seit 1997 Taiwan. China reagiert mit groß angelegten Militärmanövern und schießt Raketen über die Hauptinsel Taiwan.
2024	Taiwans Vizepräsident Lai Ching-te (DPP) wird zum neuen Präsidenten gewählt.

Index

Symbole

228-Zwischenfall 136, 178

A

Abe Shinzo 169
Altmaier, Peter 122
Annexion Taiwans 98, 159
Arbeitsmigrant:innen 75
Aufarbeitung der Dikaturzeit 61
AUKUS 170
Australien 170

B

Baerbock, Annalena 112, 129
Benshengren 139
Bentuhua (Taiwanisierung, Lokalisierung) 46, 90, 142
Besiedlung 24
 Asiatische Eroberungsversuche 25
 Koxinga und die Zhengs (Tungning) 29
 Niederländer 28
 Spanier 28
Biden, Joe 164
Borell, Josep 115

C

Carter, Jimmy 84
CECC *siehe* Zentrales Kommandozentrum für Epidemien

Chang, Morris 127
Chen Cheng 82
Chen Chien-jen 72
Chen Shih-chung 73
Chen Shui-bian 91, 179
Chen Yi 42, 138
Chiang Ching-kuo 45, 50, 87, 126, 140
Chiang Kai-shek 16, 42, 82, 84, 141
Chiang Wei-shui 135
Chi Chia-wei 58
Chinesischer Bürgerkrieg 43
Chinesische Verfassung (VR) 14, 98
Chou Tzu-yu 145
Coronapandemie 69
Council of Indigenous Peoples 66

D

Davis, Benjamin O. 156
Demokratiebewegung 50
Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP) 46, 55, 91, 154
Demokratisierungsprozess 46, 50
Desinisierung 47, 142
Deutsche Taiwanpolitik 111, 172
DPP *siehe* Demokratische Fortschrittspartei
Dritte Taiwanstraßenkrise 143, 179
Dulles, John Foster 82

E

Ein-China-Politik 85, 102, 113
Ein-China-Prinzip 85, 88, 102
Erste Taiwanstraßenkrise 178
EU-Chinapolitik 102, 113, 118

EU-Taiwanpolitik 102, 118, 172
De-facto-Vertretungen 106
Einfluss Chinas *siehe* EU-Chinapolitik
Einfluss der USA *siehe* US-amerikanische Taiwanpolitik
Europäisches Parlament 109
Exekutiv-Yuan 52

F

Formosa *siehe* Ilha Formosa und Republik Formosa

G

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU 102
Gender Equity Education Act 60
Gleichgeschlechtliche Ehe 57
Großbritannien 170

H

Halbleiter 122, 127
Hongkong 89, 145, 152, 179
Hsiao Bi-khim 52

I

Ilha Formosa 26, 178
Indien 169
Indigene Bevölkerung 32, 65
Japanische Herrschaft 40
Indigene Völker (historisch) 24, 29, 32
Indigenous Historical Justice and Transitional Justice Committee 68
Indigenous Peoples Basic Law 65

J

Japan 34, 168
Japanische Herrschaft 36, 38, 40, 123, 134, 178
Joint Communique of the United States of America and the People's Republic of China 84
Judikativ-Yuan 53

K

Kairoer Erklärung (Cairo Declaration) 81, 178
Kaohsiung-Zwischenfall 46, 179
KMT *siehe* Kuomintang
Kōminka-Bewegung *siehe* Japanische Herrschaft
Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 16
Konsens von 1992 (1992 Consensus) 88
Kontroll-Yuan 54
Konvention von Montevideo 94
Ko Wen-je 56
Koxinga (Zheng Chenggong) 29, 178
Kriegsrecht 44, 50
Kuomintang (KMT) 16, 43, 50, 55, 62, 140, 178

L

Lai Ching-te 52, 148, 179
Lee Teng-hui 46, 50, 62, 87, 89, 138, 142, 147, 179
Legislativ-Yuan 53
LGBTQ+ 57
Li Kwoh-ting 127
Lin Hsien-tang 38
Liu Mingchuan 35

M

Mao Tse-tung 83, 97, 178
Ma Ying-jeou 62, 90, 147, 179

McCarthy, Kevin 158
Middag (Königreich) 32
Mittellinie 156
Mudan-Zwischenfall 34, 178
Musha-Zwischenfall *siehe* Wushe-Rebellion

N

Nationales Menschenrechtsmuseum 18, 50, 64
Nationalisten *siehe* Kuomintang
New People Society 39
Niederlande 104
Nixon, Richard 45, 84
Nylon Cheng (Cheng Nan-jung) 50, 138, 176

P

Parteienlandschaft 55
Pavel, Petr 107
Pelosi, Nancy 156, 179
Philippinen 171
Potsdamer Erklärung (Potsdam Declaration) 81, 178
Prüfungs-Yuan 54

Q

Qiandao-See-Zwischenfall 143
Qing-Herrschaft 31, 178
Quadrilateraler Sicherheitsdialog (Quad) 169

R

Republik China 42, 92
 Flagge 145
 Gründung 16, 81, 178
 Verfassung 51, 92

Republik Formosa 36, 135, 178
Flagge 37
Resolution 2758 83, 86, 179
Rover-Zwischenfall 34

S

Scholz, Olaf 112
Sechs Rückversicherungen (six assurances) 164
Sinisierung 31, 134
Sino-British Joint Declaration 89
Sonnenblumen-Bewegung 144, 179
Staatlichkeit 94
Stachelschweinstrategie 167
Status quo 94, 146, 152
Südkorea 171
Sun Yat-sen 16

T

Taiwan Aboriginal Rights Association 65
Taiwanische Identität 134, 142 *siehe auch* Bentuhua
Taiwanische Strategien gegen chinesische Aggression 166
Taiwanische Volkspartei (Taiwan People's Party, TPP) 56
Taiwan Relations Act (TRA) 85, 164, 179
Tang-wai 45
Tapani-Zwischenfall 38
Todesstrafe 60
Transitional justice 61
Trump, Donald 117, 162
Tsai Ing-wen 52, 58, 62, 68, 89, 91, 147, 156, 179
TSMC (Taiwan Semiconductor Manufacturing Company) 127, 129

U

- Übergabe an die Republik China 42, 136, 178
- Unabhängigkeit 97, 146
 - Flagge der Unabhängigkeitsbewegung 146
- US-amerikanische Chinapolitik 84
- US-amerikanische Taiwanpolitik 116, 163, 167

V

- Verfassung der Volksrepublik China *siehe* Chinesische Verfassung
- Vertrag von San Francisco 82
- Vertrag von Shimonoseki 36, 178
- Vertrag von Taipeh 82, 178
- Vierte Taiwanstraßenkrise 179
- Völkerrechtlicher Status 80, 86, 94, 154
- Volksrepublik China (Gründung) 83, 178

W

- Waishengren 87, 134, 139, 140
- Weißer Terror 43, 50
- Wilde-Lilien-Bewegung 50
- Wushe-Rebellion 41, 178

X

- Xi Jinping 14, 89, 117, 162, 179

Z

- Zentrales Kommandozentrum für Epidemien (Central Epidemic Command Center, CECC) 72
- Zheng Chenggong *siehe* Koxinga
- Zweite Taiwanstraßenkrise 179

Bildnachweise

1 Einleitung

- S. 12/13 Sean Hsu/stock.adobe.com
- S. 18 Tom Wang / Alamy Stock Foto
- S. 19 Hugh Mitton / Alamy Stock Foto

2 Eine Geschichte von Besiedlung und Fremdherrschaft

- S. 22/23 David Demes
- S. 28 picture alliance / akg-images | akg-images
- S. 31 Gisling, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons
- S. 33 Jean-Baptiste Régis, Public domain, via Wikimedia Commons
- S. 35 Sammlung Hsu Chung Mao
- S. 37 Jeff Dahl, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons
- S. 39 Autor:in unbekannt, Public domain, via Wikimedia Commons
- S. 44 World History Archive / Alamy Stock Foto
- S. 47 picture-alliance / dpa | Robyn_Beck

3 Die taiwanische Demokratie

- S. 48/49 IMAGO / ZUMA Wire
- S. 51 LAM YIK FEI/NYT/Redux/laif
- S. 52 Sean Hsu / Alamy Stock Foto
- S. 53 David Demes
- S. 54 ZUMA Press, Inc. / Alamy Stock Foto
- S. 59 David Demes
- S. 63 picture alliance / Wiktor Dabkowski | Wiktor Dabkowski
- S. 68 flickr / Office of the President, Republic of China (Taiwan)
- S. 74 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Chiang Ying-ying
- S. 75 SOPA Images Limited / Alamy Stock Foto

4 Ein Land, das es nicht geben darf

- S. 78/79 Delphotos / Alamy Stock Foto
- S. 80 picture alliance / REUTERS | Ann Wang
- S. 85 UN Photo / Yutaka Nagata

- S. 86 Digital Image Library / Alamy Stock Foto
- S. 93 Zuma Press, Inc. / Alamy Stock Foto
- S. 96 flickr / Gobierno de Guatemala

5 Die EU und Taiwan als Werte- und Handelspartner

- S. 100/101 JLBvdWOLF / Alamy Stock Foto
- S. 108 CTK / Alamy Stock Foto
- S. 113 ZUMA Press, Inc. / Alamy Stock Foto
- S. 116 European Union

6 Hightech-Insel und Siliziumschild

- S. 120/121 Idealink Photography / Alamy Stock Foto
- S. 124 Yu Ruji, Public domain, via Wikimedia Commons
- S. 128 Cynthia Lee / Alamy Stock Foto

7 Taiwans Identität im Wandel

- S. 132/133 picture alliance / Wiktor Dabkowski | Wiktor Dabkowski
- S. 137 CPA Media Pte Ltd / Alamy Stock Foto
- S. 139 SUNG LUNG-CHUAN / Nylon Cheng Liberty Foundation Memorial Museum
- S. 141 picture alliance / AP
- S. 145 Pacific Press Media Production Corp. / Alamy Stock Foto
- S. 148 picture alliance / REUTERS | Simon Kwong

8 Bedrohte Demokratie – Der Konflikt in der Taiwanstraße

- S. 150/151 ZUMA Press, Inc. / Alamy Stock Foto
- S. 158 ROC President Office / Alamy Stock Foto
- S. 159 David Demes
- S. 163 Pictorial Press Ltd / Alamy Stock Foto
- S. 165 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Susan Walsh
- S. 166 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Johnson Lai
- S. 171 US Navy Photo / Alamy Stock Foto

9 Schlusswort

- S. 174/175 Raul Ariano/Redux/laif

